



Ortswechsel – Biografische Zäsuren des oberösterreichischen Revolutionärs Heinrich Reisecker

FLORIAN SCHWANNINGER

Heinrich Reisecker wurde am 2. Juli 1891 in Kirchdorf am Inn, Bezirk Ried im Innkreis im damaligen Erzherzogtum Österreich ob der Enns (heute Oberösterreich), geboren. Seine Eltern Franziska und Alois Reisecker waren Besitzer einer „Sölde“, also eines Kleinbauernhofs. Reisecker erlernte in den Jahren 1906 bis 1909 in Ried im Innkreis das Malerhandwerk. Zuvor hatte er vermutlich nicht ganz ein Jahr als Kellner in Linz gearbeitet. Es dürfte nach dem Schulbesuch die erste Arbeitsstelle gewesen sein. Von 1909 bis Ende 1912 war Heinrich Reisecker als Malergeselle u.a. in Wien tätig. Danach ging er nach Genua, wo er für einige Monate ebenfalls als Maler arbeitete. „Wanderlust“ war das ausschlaggebende Motiv, wie er selbst 1976 angab. Mitte Juli 1913 führte ihn diese Wanderlust weiter in die USA. Reisecker verdingte sich für ungefähr ein Jahr als Kellner in New York und auf einem Atlantikdampfer. Im Sommer 1914 kehrte er nach Europa, aber in die neutrale Schweiz, zurück.¹

Als Kriegsgegner in der Schweiz

In der Schweiz war Heinrich Reisecker wieder als Maler tätig, bis Ende Dezember 1914 in Davos. Ab Jänner 1915 lebte er mit einigen kürzeren Unterbrechungen in Zürich. Laut eigener Aussage erreichten ihn dort drei Einberufungsbefehle der k. u. k. Armee, Reisecker leistete ihnen jedoch aufgrund seiner politischen Gesinnung nicht Folge. Vielmehr avancierte er, der bereits vorher Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei war, zu einem Leitungsmitglied der Organisation der österreichischen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in der Schweiz, die rund 400 Personen umfasste. Nach Schweizer Sprachgebrauch war Reisecker durch seine Verweigerung des Einrückens ein „Refraktär“. Diese wurden zusammen mit den Deserteuren statistisch erfasst und nachrichtendienst-

lich überwacht.² Die Organisation, in der sich Reisecker betätigte, war von der Schweizer Sozialdemokratie gegründet worden. Jedes Mitglied musste Beiträge entrichten, um jene Mitglieder, die kein eigenes Einkommen hatten, unterstützen zu können. Diese wären sonst „in’s Lager gesteckt“ worden.³

Darüber hinaus ist über die politischen Aktivitäten Reiseckers in Zürich nichts Genaueres bekannt. Die Schweiz war in diesen Jahren jedoch ein Sammelpunkt für Revolutionäre und Kriegsgegner aus verschiedenen Ländern, vor allem aus Russland. So erwähnt Heinrich Reisecker in einem Interview aus dem Jahre 1975, er habe in Zürich Lenin, Angelica Balabanoff „und noch mehrere russische Genossen kennengelernt“.⁴ Auch seiner Familie erzählte er von seiner Begegnung mit Lenin.⁵ Von Lenin ist überliefert, dass er an zahlreichen Veranstaltungen der aus- und inländischen Linken in Zürich teilnahm und dort Reden hielt.

In Zürich wurde Heinrich Reisecker nicht nur politisch geprägt. Am 14. Oktober 1916 heiratete er hier die aus Schärding stammende Franziska Grubmüller, eine Schneiderin. Mit ihr, die seine politische Gesinnung teilte, blieb er bis an sein Lebensende verheiratet. Der Ehe sollten zwei Kinder – 1920 und 1925 geboren – entspringen.

Gründung der Kommunistischen Partei in Oberösterreich

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges im November 1918 wurde Heinrich Reisecker von der Gruppe der „Refraktäre“ und Deserteure beauftragt, in Österreich über eine geschlossene Rückkehr zu verhandeln. Es habe auch der Wunsch bestanden, sich in die neu entstehende Volkswehr einzugliedern. Reisecker fuhr in der Folge nach Linz, um darüber mit dem sozialdemokratischen Landesparteiobmann Josef Dametz und dessen Stellvertreter Josef Gruber zu verhandeln. Diese hätten keine Möglichkeit ge-

sehen, das Vorhaben zu unterstützen und verwiesen ihn nach Wien.⁶ Linz könnte auch nur ein kurzfristig anberaumter Zwischenstopp gewesen sein, denn in Zürich hatte sich Reisecker am 21. Dezember 1918 nach Wien abgemeldet.⁷

In Wien führte Reisecker laut seinen eigenen Schilderungen Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Staatssekretär des Äußeren Otto Bauer und dem Vertreter des linken Flügels der Partei Friedrich Adler. Sie hätten jedoch die Meinung vertreten, dass „ein korporatives Überschreiten der Grenze internationale Verwicklungen auslösen würde“. Sie gaben den Rat, die „Refraktäre“ und Deserteure sollten einzeln die Grenze überqueren. Reisecker berichtete dies anschließend per Brief nach Zürich.⁸ Der Aufenthalt in Wien war offenbar folgenreich für Reiseckers – nicht nur politische – Biografie. In der Hauptstadt nahm er nämlich Kontakt zur neu entstandenen Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (KPDÖ) auf. Heinrich Reisecker schilderte später, dass er von den führenden Funktionären der KPDÖ Franz Koritschoner und Paul Friedländer nach Oberösterreich entsandt worden sei, um hier die Partei aufzubauen.⁹

Zuerst dürfte Heinrich Reisecker nach seiner Rückkehr aus der Schweiz noch hauptsächlich in Schärding wohnhaft gewesen sein, wo seine Schwiegereltern lebten. Laut einem Polizeibericht übersiedelte er im Februar 1919 nach Linz, wo er „als Erster die kommunistische Idee vertreten hatte und Anhänger um sich sammelte“.¹⁰ Reisecker war an der Gründung der KPÖ in Oberösterreich federführend beteiligt. In einem Bericht der oberösterreichischen Landesregierung an das Bundesministerium für Inneres über die Aktivitäten der KP in Oberösterreich vom 24. März 1922 wird ausgeführt: „Die Partei entstand in Linz im Dezember 1918. Der derzeit in Schärding wohnende Malergehilfe Heinrich Reisecker, [...] unternahm es, die mit der



Heinrich Reisecker in jungen Jahren

Führung der sozialdemokratischen Partei unzufriedenen Elemente, welche durch arbeitslose Personen und politisch indifferente Leute bald eine Verstärkung erfuhren, zu sammeln und am 2. Dezember die Abhaltung einer kommunistischen Versammlung vorzubereiten, wozu als Referent der Agitator, Buchdruckerhilfe Karl Steinhar[d]t erschienen war.¹¹ Da Unruhen befürchtet wurden, untersagten die Behörden jedoch diese erste Versammlung. Dennoch setzte Reisecker seine Tätigkeiten mit Hilfe der Wiener Parteileitung fort. Nach dem gescheiterten Versuch wurde die erste öffentliche Versammlung für den 7. Februar 1919 festgesetzt. Auch diese wurde verboten – Hintergrund war der aufgrund von Ausschreitungen und Plünderungen über Linz und Umgebung verhängte Ausnahmezustand. Aufgrund der katastrophalen Ernährungssituation war es nicht nur in Linz zu Hungerunruhen gekommen. Am 4. und 5. Februar 1919 ereigneten sich in Linz Plünderungen und Straßenkämpfe, die auch zu einem Todesopfer führten. Von 5. bis 12. Februar verhängte man daher über Linz und Umgebung das Standrecht.¹²

Die deutschnational-liberale *Tages-Post* berichtete über die oben erwähnte verbotene Versammlung und den aus Wien angereisten „Kommunistenführer Karl Steinhardt“, eine „vielgenannte geheimnisvolle Persönlichkeit“. Er habe „alle die lichtscheuen Elemente“ in einer Versammlung im Gasthaus „Zum Elephanten“ in der Linzer Bethlehemstraße zu einer Parteigruppe organisieren wollen. Die Bethlehemstraße wurde von Ma-

linesoldaten abgesperrt und Steinhardt laut diesem Artikel zusammen mit Heinrich Reisecker, dem „Vertrauensmann der Linzer Kommunisten“, festgenommen.¹³ Steinhardt, der nach zwei Tagen wieder entlassen wurde, aber Linz umgehend verlassen musste, schildert diese Vorkommnisse auch in seinen Lebenserinnerungen, Reisecker wird darin jedoch nicht erwähnt.¹⁴ Beide schafften es nach ihrer Entlassung aus der Haft am 9. Februar 1919 in letzter Sekunde zum Zug nach Wien, um am ersten Parteitag der KPDÖ teilnehmen zu können.¹⁵

Nicht einmal eine Woche später reiste Karl Steinhardt aus Österreich ab, um sich auf abenteuerlichen Wegen durch das umkämpfte Osteuropa nach Moskau durchzuschlagen, wo am 2. März 1919 eine internationale Konferenz begann. Auf dieser sollte auf Steinhardts Antrag hin die Gründung der Kommunistischen Internationale beschlossen werden.

Die konstituierende Versammlung der Ortsgruppe Linz der KPDÖ fand schließlich am 21. Februar 1919 im Gasthaus „Zum Elephanten“ in der Bethlehemstraße statt. Laut einem Bericht im Zentralorgan der KPDÖ *Die soziale Revolution* durften die Mitglieder „Gesinnungsgenossen“ mitnehmen, worauf bei dieser Versammlung rund 1.000 Menschen anwesend waren. Die Hauptrede hielt Elfriede Friedländer, am Ende wurde ein provisorischer Ausschuss gewählt, in dem neben Reisecker die Genossen Gärtner und Siharsch vertreten waren. Am nächsten Tag fand eine Frauenversammlung statt, an der laut dem Bericht 1.200 bis 1.500 Personen teilnahmen. Wiederum hielt Elfriede Friedländer ein Referat. Die führende Sozialdemokratin Marie Beutlmaier trat als Gegenrednerin auf. Laut dem Bericht wollten viele Zuhörer sie am Weiterreden hindern, „und es gelang der Genossin Friedländer und dem Genossen Reisecker nur mit großer Mühe die Masse zu beruhigen und der Frau Beutlmaier [sic!] wieder das Wort zu verschaffen“. Einige hundert Personen seien an diesem Tag in die KPDÖ eingetreten. Nach zwei Monaten umfasste sie in Linz bereits mehr als 1.000 Mitglieder.¹⁶

Welche Funktionen Heinrich Reisecker zu welchem Zeitpunkt in der oberösterreichischen KPDÖ bekleidete, lässt sich nicht genau eruieren. Die Angaben in der Literatur weichen voneinander ab, auch seine eigenen lassen keine genaue Rekonstruktion zu. Es dürfte gesichert sein, dass Reisecker der erste Landessekretär war, in Personalunion

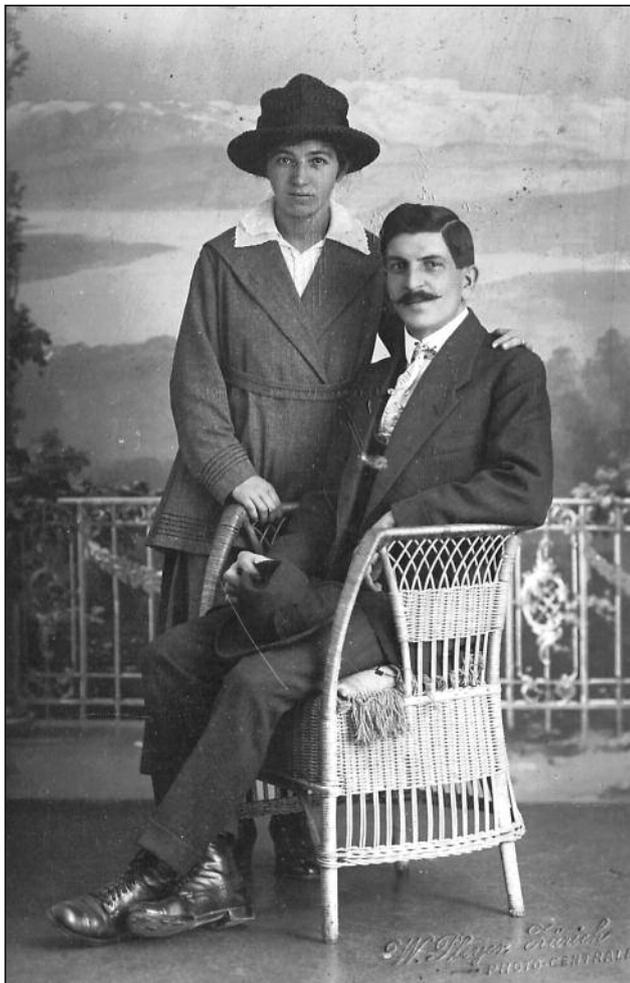
mit dem Landesobmann. Daneben war er noch Leiter der Linzer Organisation. Heinrich Reisecker baute in der Folge ein Netz an Ortsgruppen auf. In Schärding habe dabei der sozialdemokratische Bürgermeister versucht, die Gründungsveranstaltung zu verhindern und forderte, den „Saujuden“ Reisecker in den Inn zu werfen.¹⁷

Die KPDÖ dürfte am Höhepunkt der „revolutionäre[n] Nachkriegskrise in Österreich“¹⁸ tatsächlich größeren Zuspruch genossen haben. Der anfänglich starke Zulauf zur KPDÖ in Linz wurde von den Behörden auf die „ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse, Arbeitslosigkeit und die stetig wechselnde Teuerung und die von Wien aus genährte feindliche Stellungnahme gegen die sozialdemokratische Partei“ zurückgeführt. Die Anhänger der KPDÖ kämen „aus den Reihen der Bauarbeiter und Schiffswerftangestellten, zu denen sich die Arbeitslosen und unzufriedenen Elemente gesellten“.¹⁹

Oberösterreich als Hochburg der Rätebewegung

Eine Institution, in der die KPDÖ einen gewissen Einfluss entwickeln und die SDAP zeitweise unter Druck setzen konnte, waren die Arbeiterräte. Sie stammten aus der Zeit der großen Streiks im Jänner 1918 und gelangten vor allem im Jahr 1919 zu großer Bedeutung. Oberösterreich war zwischen dem Kriegsende und dem Frühjahr 1919 allgemein „die Hochburg der österreichischen Rätebewegung“. Die oberösterreichische Sozialdemokratie stand teilweise weiter links als anderswo und viele Funktionäre unterstützten die Rätebewegung von Beginn an.²⁰ Richard Strasser, Werftarbeiter und Vorsitzender des Arbeiterrats, war ein profilierter Vertreter des linken Flügels, zu dem Reisecker ein enges politisches Verhältnis hatte. Strasser lud für 19. Februar 1919 zu einer Konferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs in den Saal des Kaufmännischen Vereinshauses in Linz, dem 52 Delegierte Folge leisteten. Ziel waren die Erneuerung und Aktivierung der Rätebewegung und ihre Stärkung. Erstmals wurden auch zwei Kommunisten eingeladen, daran teilzunehmen – wenn auch ohne Stimmrecht: Heinrich Reisecker aus Linz und das Mitglied des Zentralkomitees Johann Eichinger aus Wien.²¹

Das erklärte Ziel Strassers war es, dass die Räte nicht mehr bloße Vollzugsorgane der sozialdemokratischen Partei sein sollten. Die Konferenz fasste wichtige



Hochzeit von Heinrich und Franziska Reisecker, Zürich 1916

Beschlüsse und in der Folge nahm die österreichische Rätebewegung vor dem Hintergrund der Zuspitzung der sozialen und politischen Lage – auch in den Nachbarländern Bayern und Ungarn – einen raschen Aufschwung. Interessanterweise fand am selben Tag wie die erwähnte Konferenz eine Krisensitzung der Provisorischen Landesregierung statt. Anlass waren Gerüchte über neue Hungerunruhen und einen angeblichen spartakistischen Putsch. Der zur Sitzung hinzugezogene Arbeiterrat Robert Mehr versuchte zu beruhigen und berichtete, dass der Arbeiterrat bereits eine Besprechung mit den kommunistischen Führern durchgeführt habe. Diese hätten versichert, dass sie mit diesen Gerüchten oder einem Putsch nichts zu tun haben würden. Der ebenfalls hinzugezogene deutschnationale Linzer Bürgermeister Karl Sadleder zweifelte daraufhin an der politischen Zuverlässigkeit Richard Strassers. Heinrich Reisecker selbst wurde bei dieser Sitzung von Arbeiterrat mehr „als besonnen, aber schwärmerisch“ charakterisiert.²²

Vielen galt er aber offenbar als gefährlicher Rädelsführer, denn nach der so genannten „Wildererschlacht von Molln“

am 14. März 1919, bei der vier angebliche Sicherheitskräfte getötet wurden,²³ wurde Reisecker in einer Zeitung als „Initiator“ der Unruhen dargestellt. In Molln und vor allem in Steyr war es aufgrund des Vorgehens der Gendarmerie zu heftigen Protesten von Arbeitern gekommen.

Nach der Umarbeitung des Statuts der Arbeiterräte erhielt schließlich auch die KPDÖ Sitz und Stimme im Linzer Arbeiterrat. Diese wurden von Leopold Siharsch wahrgenommen. Mit der österreichweit erfolgten Einbindung der Kommunisten erhoffte sich die Sozialdemokratie, deren „Einfluss in geordnete Bahnen zu lenken“. Auch sollte mittels der Rätebewegung Druck auf die bürgerlichen Kräfte zur Durch-

setzung der sozialdemokratischen Reformvorhaben ausgeübt werden. Im April 1919 kam „die erhitzte innenpolitische Szene in Österreich an den Siedepunkt“. Die Arbeitslosigkeit war auf ein Rekordhoch gestiegen.²⁴ Die Kommunisten und andere Linke sowie die beiden Räterepubliken im Osten und Westen drängten, dass Österreich ihrem Beispiel folgen solle. So seien laut Reisecker Vertreter der Räterepublik aus München nach Linz gekommen und hätten den oberösterreichischen Arbeiterrat – erfolglos – gebeten, er solle „auch loschlagen“.²⁵ Die Sozialdemokratie warnte jedoch „vor dem Experiment einer proletarischen Diktatur, die unvermeidlich mit einer Katastrophe und einer blutigen Niederlage enden würde“. Die Arbeiterbewegung könne hingegen auf dem Boden des parlamentarisch-demokratischen Systems ihre Forderungen sicherer und ohne derartige Opfer erreichen.²⁶

Abschwung und Ende der revolutionären Phase

Das Blatt wendete sich im Frühjahr und Sommer 1919 rasch. Nicht zuletzt in Folge der blutigen Niederschlagung der Räterepubliken in Bayern Ende

April/Anfang Mai 1919 und in Ungarn Anfang August 1919 nahmen die revolutionären Bestrebungen in Mitteleuropa einen deutlichen Abschwung. Die KPDÖ verzeichnete einen Abstieg, „der womöglich noch rasanter als der schnelle Aufstieg verlief“. Die Mitgliederzahl sank in kurzer Zeit von 40.000 auf 10.000, die Parteikasse leerte sich, da die finanzielle Unterstützung aus Ungarn wegbrach, und viele Ortsgruppen zerfielen.²⁷ Allgemein konnten sich die politischen Verhältnisse in Österreich im Laufe des Jahres 1919 stabilisieren, außerdem sank die Arbeitslosigkeit stark. Die Mehrheit der Arbeiterbewegung war nicht für die Ausrufung einer Räterepublik in Österreich eingetreten. Der „ersehnte revolutionäre Korridor in Mitteleuropa“²⁸ kam letztlich nicht zustande, daran konnten auch abenteuerliche und putschistische Unternehmungen eines Teils der KP-Führung nichts ändern. Die blutigen Ereignisse des 15. Juni 1919 in Wien markierten den Bedeutungsverlust der KPDÖ. Danach wechselte auch in Linz der Großteil der Parteimitglieder zur Sozialdemokratie über, die hier wie erwähnt prononciert links orientiert war.²⁹

Einen weiteren Einschnitt stellten in Linz die blutigen Unruhen am 10. Mai 1920 dar. Bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten, der Polizei und der Volkswehr kamen am Linzer Hauptplatz neun Menschen ums Leben, zahlreiche wurden verletzt.³⁰ In der Nacht wurde noch das Standrecht verhängt, es kam es zu zahlreichen Verhaftungen, auch von Kommunisten. Auch wenn keine Putschabsichten nachgewiesen werden konnten, wurde der KPDÖ Aufwiegelung und Verhetzung vorgeworfen. Es kam zu zahlreichen Haftstrafen und Kündigungen. Ein Bericht der oberösterreichischen Landesregierung ging danach davon aus, dass die Partei durch diese Ereignisse stark geschwächt sei. Ihre Versammlungen würden nur mehr schwach besucht. Zu diesem Niedergang dürften aber auch interne ideologische Auseinandersetzungen beigetragen haben.³¹

Wendepunkte

Heinrich Reisecker befand sich während dieser Vorkommnisse schon nicht mehr in Linz. Im September 1919 war er wieder in das Haus seiner Schwiegereltern in Schärding übersiedelt.³² Die Partei brauchte nach dem Zusammenbruch der ungarischen und der bayerischen Räterepubliken „einen verlässlichen Verbindungsmann“ an der Gren-



Wahlplakat der KPÖ aus dem Jahr 1920

ze. Reisecker dürfte in Linz auch Probleme mit einem Wiener Funktionär gehabt haben. Er habe die Leute bei Demonstrationen aufgepeitscht und sich dann davongemacht.

Heinrich Reisecker schmuggelte laut eigenen Angaben „hunderte Genossen über die Grenze“³³ und fungierte als „der wichtigste Verbindungsmann der KP an der österreich-bayerischen Grenze“.³⁴ Diesem Zweck war vermutlich auch seine berufliche Tätigkeit als Maler in der bayerischen Grenzstadt Passau dienlich.³⁵ Auch den Behörden war bekannt, dass Reisecker den „Schmuggel von Kommunisten, kommunistischer Propaganda und Druckschriften über die Reichsgrenze von Bayern nach Österreich und umgekehrt“ organisierte. Zwei Brüder seiner Frau, einer davon in Linz wohnhaft, dürften Reisecker dabei behilflich gewesen sein. Da Reisecker den bayerischen Behörden schon bekannt war, transportierte er sein Material nicht mehr über den Inn, sondern über die „trockene Grenze“ bei der Bahnstation Pyret. Der Bericht erwähnt auch den Transport „bulgarischer und rumänischer Kommunisten“ über „Schärding-Passau“ und den Ort Haibach in der Gemeinde Freinberg.³⁶

Im Frühling 1920 wurde Reisecker von bayerischen Gendarmen gefasst, konnte aber beim Transport Richtung Passau,

der über österreichisches Gebiet führte, entkommen. Die Umstände dieser Verhaftung und die Weigerung österreichischer Gendarmen, am Transport des verhafteten Reisecker mit dem Zug nach Passau mitzuwirken, wurden in der *Roten Fahne* ausführlich geschildert. Der Bericht endete mit der Bemerkung: „Wildwest in Österreich!“ Im April konnte Heinrich Reisecker eine gut besuchte Veranstaltung in Schärding durchführen. Dort trat auch Karl Steinhardt aus Wien als Redner auf.³⁷ Der Verfasser des Polizeiberichts, Polizeioberkommissär Otto Steinhäusl (er war in der NS-Zeit

Polizeipräsident von Wien), empfahl im Juni 1920, „Reisecker im Falle einer Beanstandung aus der Gemeinde Schärding [...] abzuschaffen“, um ihn „als Bindeglied zwischen Wiener und reichsdeutschen Kommunisten“ ausschalten zu können.³⁸

Im Herbst 1920 – im Vorfeld der Nationalrats- und Gemeinderatswahlen – war Reisecker in Schärding noch politisch aktiv.³⁹ Ein Bericht des *Schärding-ger Wochenblatts* hielt fest, dass er am 6. Oktober 1920 bei einer Wahlkampfversammlung der Nationalsozialisten als Gegenredner auftrat. Laut dem Bericht wurden die nationalsozialistischen Redner von den anwesenden politischen Gegnern „auf das gröblichste unterbrochen und es nahm den Anschein, als wollte man diese Versammlung zu sprengen versuchen.“ Es wurde lobend festgehalten, dass es „durch das besonnene Eingreifen des Kommunisten Reisecker [...] zu keinem ernstem Zwischenfall“ kam.⁴⁰

Die Wahlen am 17. Oktober 1920 – die Wahl zur Nationalversammlung im Jahr 1919 hatte die KP noch boykottiert – brachten eine herbe Enttäuschung für die Kommunisten. Bundesweit erreichten sie mit rund 27.000 Stimmen nur 0,9 Prozent, in Schärding verpassten sie mit 63 Stimmen (3,10 Prozent) ein Gemeinderatsmandat. 85 Stimmen wären notwen-

dig gewesen. Die Nationalsozialisten hatten mit genau dieser Stimmenanzahl ein Mandat geschafft.⁴¹ Im Laufe der 1920er Jahre sollte die KPÖ landes- und bundesweit weiter an Einfluss verlieren und stagnieren. So kandidierte sie bei den nächsten Wahlen in Oberösterreich 1923 nur mehr im Wahlkreis Hausruckviertel.⁴² Erst Anfang der 1930er und vor allem nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 konnte die Partei wieder einen Aufschwung verzeichnen.

Vom Inn an den Rhein

Vermutlich Ende Sommer/Anfang Herbst 1921 verließ Heinrich Reisecker das Innviertel und übersiedelte nach Feldkirch in Vorarlberg,⁴³ wo er als Maler tätig wurde. Als Grund seiner Übersiedelung gab Reisecker in den 1960er Jahren an, dass „ein weiteres Verbleiben in Schärding unmöglich“ geworden und er „auf Anraten der Partei ins Vorarlberger Ländle“ gezogen war. Dort habe er weiterhin Grenzarbeit geleistet.⁴⁴ Wie sich diese konkret gestaltete, ist jedoch nicht bekannt. Auch fehlen Informationen, warum Reisecker ausgerechnet nach Vorarlberg übersiedelte bzw. entsandt wurde. Ein Grund könnten seine Erfahrungen in der Schweiz und etwaige Kontakte dorthin gewesen sein.

Heinrich Reisecker konnte offenbar in seiner neuen Heimat wirtschaftlich relativ schnell Fuß fassen. Im *Feldkircher Anzeiger* vom 10. September 1921 suchte „H. Reisecker, Malermeister“ einen Lehrling, 1924 weiteres Personal und im Jahr darauf „mehrere tüchtige, gelernte Maler und Anstreicher“.⁴⁵ Seine Frau betätigte sich als Schneiderin von Damenkleidung.⁴⁶ 1926 eröffnete er auch eine „Auto- und Wagenlackiererei“.⁴⁷ In der ersten Zeit dürfte sich Reisecker in Feldkirch nicht an exponierter Stelle politisch betätigt haben. Den vorliegenden Informationen zufolge spielte er beim Aufbau der KPÖ in Vorarlberg um 1925 keine Rolle. Erst kurz vor der Illegalität der KPÖ – sie wurde im Mai 1933 verboten – taucht Heinrich Reisecker wieder in einschlägigen Akten auf. In der Illegalität sollte er jedoch zu einer zentralen Figur in der Vorarlberger Partei werden.⁴⁸

Im Widerstand gegen das NS-Regime

In den Jahren der austrofaschistischen Diktatur kam Heinrich Reisecker aufgrund seiner Betätigung für die illegale KPÖ zwei Mal in Haft – 1934/35 und 1937.⁴⁹ Unter diesem Regime, das mit

der katholischen Kirche eng verbunden war, trat er im Jahr 1936 schließlich auch aus der Kirche aus.⁵⁰ In der NS-Zeit wurde Reisecker zu einer der führenden Figuren des Widerstands in Feldkirch. Er leitete eine linke Widerstandsgruppe.⁵¹ 1942 nahmen ihn die NS-Behörden für rund drei Monate in Haft. Die Festnahme erfolgte am 6. Mai 1942⁵² – somit am gleichen Tag wie jene von Johann August Malin, der später in München-Stadelheim hingerichtet wurde. Mit ihm dürfte Reisecker politisch eng zusammengearbeitet haben, Malin war auch in Reiseckers Betrieb tätig. Reisecker führte seine Enthaltung – die Gestapo konnte ihm nichts nachweisen – auf Malins Standhaftigkeit gegenüber der Gestapo zurück.⁵³ Eine Bedrohung stellte auch die NS-Rassen- und Gesundheitspolitik für die Familie Reisecker dar. Sohn Heinrich jun. hatte von Geburt an eine körperliche Behinderung und dies ließ die Familie befürchten, er könne dem NS-Terror zum Opfer fallen.⁵⁴

Heinrich Reisecker verfügte auch über Kontakte in die Ostschweiz, u.a. zum britischen Geheimdienst in St. Gallen.⁵⁵ Ein Schreiben des dortigen British Vice-Consulate bestätigte im Jahr 1946, „dass er den Alliierten in ihren Kriegsanstrengungen wertvolle Dienste geleistet hat“.⁵⁶ Worin die Unterstützung konkret bestand, ist nicht bekannt. Es sind dazu auch keine Angaben oder Aufzeichnungen von Heinrich Reisecker erhalten. Da in der Schweiz 1938 aus politischen Gründen ein Einreiseverbot gegen ihn verhängt worden war, dürften diese Kontakte vermutlich über Mittelsmänner wahrgenommen worden sein. Diese „Grenzsperre“ bestand noch in den späten 1950er Jahren, wurde aber für Kurzbesuche aufgehoben.⁵⁷

Die Rolle Reiseckers im Widerstand ist sicherlich nicht zu unterschätzen, auch wenn seine Tätigkeit – vermutlich aufgrund seiner politischen Zuordnung – kaum ausführlichere Erwähnung in der späteren Literatur finden sollte. In den ersten Jahren nach der Befreiung vom NS-Regime wurde Heinrich Reiseckers Tätigkeit jedoch durchaus gewürdigt, auch von Personen und Institutionen, die ihm politisch nicht nahe standen. So hieß es in einem Bericht des *Office of Strategic Services* (OSS), einem US-Nachrichtendienst, über Vorarlberg: „The head of the civil resistance group is Resegger (sic!), a nominal Communist.“⁵⁸ 1947 hob auch der Priester Georg Schelling, selbst ein Häftling im Konzentrationslager Dachau, die wichtige Rolle von



Familie Reisecker, ca. 1937, v.l.n.r.: Tochter Margareta, Heinrich Reisecker, seine Frau Franziska, Sohn Heinrich.

Reisecker im Widerstand in Feldkirch hervor. Reiseckers Gruppe habe auch sehr gut mit dem katholisch-konservativen Widerstand zusammengearbeitet „und die Führung der ganzen Bewegung gegenüber dem Ausland“ übernommen. Vor allem in der letzten Phase des Krieges und der NS-Herrschaft „gab es einen regen Austausch von Nachrichten“. Die Kontakte „liefen zu einem englischen Vertreter in St. Gallen und später zum französischen Oberkommando in Mühlhausen“. Auch Waffen und Munition habe Reisecker „in großen Mengen zu beschaffen“ gewusst.⁵⁹

Zwischen Anerkennung und Marginalisierung

1945/46 fungierte Reisecker als Obmannstellvertreter der Österreichischen Demokratischen Widerstandsbewegung, Land Vorarlberg, der Vertreter der verschiedenen Parteien angehörten.⁶⁰ Ab Juli 1945 war Heinrich Reisecker Mitglied der ersten Gemeindevertretung Feldkirchs nach der Befreiung vom NS-Regime, 1946 bis 1950 amtierte er als Stadtrat in Feldkirch. Die ÖVP hatte 1946 ein Mandat im siebenköpfigen Stadtrat freiwillig an die KPÖ in Person von Reisecker abgegeben.⁶¹ In der Partei übte er bis in die 1970er Jahre verschiedene Funktionen auf Orts-, Bezirks- und Landesebene aus. Politisch war die KPÖ in Feldkirch jedoch schon ab den ersten Wahlen marginalisiert. Weit abgeschlagen blieb sie hinter den anderen Parteien zurück und Heinrich Reisecker konnte nach den ersten demokratischen Kommunalwahlen im Jahr 1950 nicht mehr in das Rathaus einziehen.⁶²

Wirtschaftlich dürfte sich Reiseckers Malerbetrieb auch nach 1945 gut entwickelt haben. Ein Bericht des Polizeidienstes der Schweizerischen Bundesanwaltschaft aus dem Jahr 1955 hält fest, dass er in seinem Malerbetrieb „zeitweise 10–12 Arbeiter“ beschäftige, er sei weiters „Besitzer von zwei Wohnhäusern und wird daher als finanziell gut gestellter Mann taxiert. [...] Dessen ungeachtet sei Reisecker seiner kommunistischen Überzeugung treu geblieben und mache aus ihr kein Hehl. [...] Er sei allerdings nicht stur kommunistisch eingestellt, indem er z.B. nicht alles blindlings verteidige, was in den Volksdemokratien geschehe.“⁶³

Heinrich Reisecker entsprach vermutlich kaum den Stereotypen und Klischeebildern, die in der österreichischen Öffentlichkeit des Kalten Kriegs in Bezug auf Kommunisten präsent waren. Wie aus Erzählungen verschiedener Menschen in Feldkirch hervorgeht, war Reisecker trotz seiner allgemein bekannten politischen Gesinnung und Aktivität – die er bis an sein Lebensende beibehielt – ein geachteter Bürger. Hier dürfte nicht zuletzt auch seine Rolle während der NS-Zeit und vor allem in den Tagen der Befreiung und der unmittelbaren Nachkriegszeit beigetragen haben. Heinrich Reisecker starb am 7. Dezember 1983 92-jährig in Feldkirch. Seine Frau Franziska starb am 25. Februar 1986 ebenso in Feldkirch.⁶⁴

Anmerkungen:

1/ Archiv der Stadt Linz (AdStL), Nachlass Peter Kammerstätter, Kt. 123, Heinrich Reisecker: Lebenslauf und Fragebogen, 1976; Arbeitsbuch



Heinrich Reisecker (1891–1983)

Heinrich Reisecker, Privatbesitz Jutta Pilgram; Slapnicka, Harry: Oberösterreich – die politische Führungsschicht 1918 bis 1938. Linz 1976, S. 219. Weitergehende Angaben siehe Schwanninger, Florian: Heinrich Reisecker: Kurzer Sturm und langer Atem. Eine biographische Skizze Heinrich Reiseckers vor dem Hintergrund der Revolution 1918/19, in: *Der Bundschuh*. Heimatkundliches aus dem Inn- und Hausruckviertel. Ried im Innkreis 2018 (Schriftenreihe des Museums Innviertler Volkskundehaus, Bd. 21), S. 82–89; ders.: Kommunist und Widerständler Heinrich Reisecker, in: Wanner, Gerhard (Hg.): Vorarlberg und Europa. Feldkirch 2019 (Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft, Bd. 80), S. 195–213.

2/ Schweizerisches Bundesarchiv (SBAR), E27, 06.H.3.h.1.b, Statistik, Listen der Deserteure und Refraktäre.

3/ AdStL, Nachlass Peter Kammerstätter, Kt. 123, Gedächtnisprotokoll von Peter Kammerstätter über ein Gespräch mit Heinrich Reisecker am 30.7.1964.

4/ AdStL, Nachlass Peter Kammerstätter, Kt. 251, Interview von Peter Kammerstätter mit Heinrich Reisecker am 13.12.1975.

5/ Gespräch mit Jutta Pilgram in Feldkirch am 20.5.2019. Pilgram sei auch für die Überlassung von Fotos aus dem Familienbesitz gedankt.

6/ AdStL, Interview.

7/ Auskunft von Max Schultheiss (Stadtarchiv Zürich), 25.2.2014.

8/ AdStL, Interview.

9/ AdStL, Gedächtnisprotokoll.

10/ AdStL, Nachlass Peter Kammerstätter, Kt. 123, Relation von Polizeioberkommissär Otto Steinhäusl, Wien, 13.6.1920.

11/ Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der

Republik, BKA/Inneres, 22/Oberösterreich, Kt. 5100, Zl. 21.643/22, zit. nach: März, Peter: „Kommunistische Umtriebe in Oberösterreich“. Die KPÖ Oberösterreich 1918 bis 1938, in: OÖLA (Hg.): Oberösterreich 1918–1938, Bd. 3. Linz 2015, S. 133–186, hier S. 135f.

12/ März, Peter/Fuchs, Sabine: Soziale Verwerfungen oder revolutionäre Periode? Das Kriegsende 1918 und der politische Umbruch in Oberösterreich, in: OÖLA (Hg.): Oberösterreich 1918–1938, Bd. 5. Linz 2016, S. 61–221, hier S. 111–122.

13/ *Tages-Post*, 8.2.1919, S. 3.

14/ Steinhardt, Karl: Lebenserinnerungen eines Wiener Arbeiters, hg. und eingeleitet von Manfred Mugrauer. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2013 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 7), S. 198f.

15/ AdStL, Gedächtnisprotokoll.

16/ *Die soziale Revolution*, 1.3.1919, S. 3; Hautmann, Hans: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs. Wien, Frankfurt/M., Zürich: Europa Verlag 1971, S. 135.

17/ AdStL, Interview.

18/ Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924 (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung). Wien, Zürich: Europaverlag 1987, S. 288.

19/ Oberösterreichisches Landesarchiv, Stathalterei 1850–1926, Kriegssammlung Erster Weltkrieg, Kt. 114, Abt. 6B, Zl. 772/19, zit. nach: März: „Kommunistische Umtriebe“, S. 137.

20/ März/Fuchs: Soziale Verwerfungen, S. 92.

21/ Hautmann: Rätebewegung, S. 270.

22/ März/Fuchs: Soziale Verwerfungen, S. 143.

23/ Dies.: Die wirtschaftliche Situation nach Kriegsende und der Wildererstand von Molln, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 24. Jg. (2017), Nr. 4, S. 5–6.

24/ Hautmann: Rätebewegung, S. 285f., 314 und 351.

25/ AdStL, Gedächtnisprotokoll.

26/ Hautmann: Rätebewegung, S. 289.

27/ Hautmann: Die verlorene Räterepublik, S. 202.

28/ Karl, Michaela: Die Münchner Räterepublik. Porträts einer Revolution. Düsseldorf: Patmos Verlag 2008, S. 238.

29/ Hautmann: Die verlorene Räterepublik, S. 183–190, hier S. 203.

30/ März/Fuchs: Soziale Verwerfungen, S. 199–215.

31/ März: „Kommunistische Umtriebe“, S. 140.

32/ AdStL, Relation.

33/ AdStL, Fragebogen.

34/ Gugerbauer, Anna: Die Vorgeschichte des Nationalsozialismus in der Grenzstadt Scharding. Dissertation Universität Wien 2009, S. 650.

35/ AdStL, Fragebogen.

36/ AdStL, Relation.

37/ *Die Rote Fahne*, 23.4.1920, S. 3.

38/ AdStL, Relation.

39/ *Die Rote Fahne*, 24.9.1920, S. 6.

40/ Zit. nach: Gugerbauer: Die Vorgeschichte des Nationalsozialismus, S. 650.

41/ Ebd., S. 663.

42/ März: „Kommunistische Umtriebe“, S. 170.

43/ Auskunft von Stephan Lagler (Amt der Stadt Feldkirch,) 2.4.2014.

44/ AdStL, Gedächtnisprotokoll.

45/ *Feldkircher Anzeiger*, 10.9.1921, S. 3; *Bregenzner/Vorarlberger Tagblatt*, 15.5.1924, S. 4; *Tages-Post*, 21.4.1925, S. 12.

46/ *Feldkircher Anzeiger*, 15.4.1922, S. 3.

47/ *Vorarlberger Volksblatt*, 23.1.1926, S. 8.

48/ Mitteilung von Wolfgang Weber, 11.3.2018.

49/ Vorarlberger Landesarchiv (VLA), Amt der Vorarlberger Landesregierung III, Abt. IVa–168/369, Heinrich Reisecker.

50/ Auszug aus den Pfarrmatriken, übermittelt von Inge Wimmer (Gemeinde Kirchdorf am Inn) am 6.3.2014.

51/ Nachbaur, Ulrich: Österreich als Opfer Hitlerdeutschlands. Das Rot-Weiß-Rot-Buch 1946 und die unveröffentlichten Vorarlberger Beiträge. Regensburg: Roderer Verlag 2009 (Quellen zur Geschichte Vorarlbergs, Bd. 11), S. 459.

52/ VLA, Abt. IVa–168/369.

53/ Weber, Jürgen/Weber, Wolfgang: „Jeder Betrieb eine rote Festung!“ Die KPÖ in Vorarlberg 1920–1956. Feldkirch 1994 (Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft, Bd. 32), S. 159f.

54/ Gespräch mit Jutta Pilgram am 20.5.2019.

55/ Volaucnik, Christoph: Feldkirch 1945 bis 1955, in: Nachbaur, Ulrich/Niederstätter, Alois (Hg.): Aufbruch in eine neue Zeit. Vorarlberger Almanach zum Jubiläumsjahr 2005. Bregenz: Vorarlberger Landesarchiv 2006, S. 159–189, hier S. 162.

56/ Bestätigung des British Vice-Consulate, 30.3.1946, Privatbesitz Jutta Pilgram.

57/ SBAR, E4320B, C 08–3342, Dossier Heinrich Reisecker, Bescheinigung der Schweizerischen Bundesanwaltschaft, 24.5.1957, Schweizerischer Polizeianzeiger, Bern, 21.4.1958.

58/ OSS-Report, 13.6.1945, Subject: Austria, Political Situation in Vorarlberg, in: Rathkolb, Oliver (Hg.): Gesellschaft und Politik in der Zweiten Republik. Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung. Wien, Köln, Graz: Böhlau Verlag 1985, S. 372.

59/ Schelling, Georg: Festung Vorarlberg. Ein Bericht über das Kriegsgeschehen 1945 in unserem Lande. Bregenz: Teutsch 1947, S. 125.

60/ Nachbaur: Österreich als Opfer, S. 459.

61/ Volaucnik: Feldkirch, S. 181

62/ Wanner, Gerhard: Geschichte der Stadt Feldkirch 1914–1955. Feldkirch 2000 (Schriftenreihe der Rheticus Gesellschaft, Bd. 39), S. 176f.

63/ SBAR, E4320B, C 08–3342, Aktennotiz, Bern, 17.1.1955.

64/ Gemeinde Kirchdorf, Mitteilung über Sterbefall, Feldkirch, 13.12.1983; Auskunft von Stephan Lagler (Amt der Stadt Feldkirch), 2.4.2014.

Angeblicher Putschplan der KPÖ: eine Fälschung von Nazi-Agenten

MANFRED MUGRAUER

Über Jahrzehnte stand sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in der öffentlichen Meinung die Vorstellung im Mittelpunkt, die Sowjetunion habe nach 1945 eine „Sowjetisierung“ Österreichs beabsichtigt und die KPÖ als Hebel zur kommunistischen Machtübernahme benutzt. Die Streikbewegung vom September und Oktober 1950 erschien in dieser Sicht als Höhepunkt einer langen Reihe von Putschversuchen. Die Sowjetisierungsthese samt Putschlegende dominierte die frühe, vom Kalten Krieg beeinflusste Geschichtsschreibung und die Memoirenliteratur der ersten Nachkriegsjahrzehnte.

Erst in den 1970er Jahren wurde in ersten ausgewogeneren wissenschaftlichen Beschäftigungen mit der KPÖ-Politik der unmittelbaren Nachkriegszeit nachgewiesen, dass die KPÖ zu keinem Zeitpunkt ein Instrument von Machtergreifungsplänen der Sowjetunion war.¹ Dieses Klischee spielt zwar im kollektiven Gedächtnis Österreichs immer noch eine gewisse Rolle, seit den 1970er Jahren vertritt jedoch „kein Historiker mehr ernsthaft die These der geplanten Sowjetisierung Österreichs“, wie Oliver Rathkolb bereits in den 1980er Jahren feststellte.²

Revival der Putschlegende

Nach wie vor präsent ist hingegen die Putschthese, die von gewaltsamen Umsturzversuchen der KPÖ ausgeht, mit oder ohne Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht. Solche Auffassungen finden sich in jüngerer Vergangenheit nicht nur bei damaligen Protagonisten des Kalten Krieges wie Franz Olah oder Fritz Molden, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur, etwa bei Roman Sandgruber im Band „20. Jahrhundert“ der Reihe „Geschichte Österreichs“ aus dem Jahr 2003. Der Linzer Historiker spricht dort vom Oktoberstreik des Jahres 1950 als letztes Aufblitzen „einer auf eine gewaltsame Machtübernahme gerichteten kommunistischen Aktivität in Österreich und damit eines Versuchs einer Eingliederung des Landes in das östliche Lager“.³ Wolfgang Mueller, heute Professor am Institut für Osteuropäische Geschichte der

Universität Wien, weist zwar in seinen Studien über die sowjetische Besatzungsmacht überzeugend und quellenfundiert nach, dass keine Sowjetisierung Österreichs beabsichtigt war, behauptet aber dennoch, dass die KPÖ „die Regierung wiederholt durch putschartige Unruhen zu stürzen versuchte“ und sich die Besatzungszeit insgesamt durch „kommunistisch inspirierte Unruhen“ ausgezeichnet habe.⁴ Der vor Kurzem verstorbene Hugo Portisch brachte in seinen 2015 erschienenen Erinnerungen die Stellung von Heinrich Dürmayer als Leiter der Wiener Staatspolizei mit der Gefahr in Verbindung, „dass ein kommunistischer Putschversuch in Wien mithilfe der Staatspolizei und Duldung der Sowjetmacht durchgeführt werden könnte“.⁵

Bereits 1997 warf der Salzburger Historiker Ernst Hanisch am Zeitgeschichtetag die hypothetische Frage auf, ob die 68er-Geschichtsschreibung die „Gefahr der kommunistischen Machtergreifung in Ostösterreich“ unterschätzt habe.⁶ Zuletzt hat der Grazer Historiker Siegfried Beer im Jahr 2015 einen seit 1989 zugänglichen Bericht des amerikanischen Heeresnachrichtendienstes CIC veröffentlicht, wonach am 8. Oktober 1947 in Wien eine Besprechung kommunistischer Parteifunktionäre mit sowjetischen und jugoslawischen Militärs über einen geplanten kommunistischen Aufstand stattgefunden habe.⁷ Wenngleich von der überwiegenden Mehrheit der HistorikerInnen zurückgewiesen, ist die Putschthese in der Bewertung der Streikbewegung vom September und Oktober 1950 anhaltend präsent.⁸

„Aktionsplan“ der KPÖ

Einen neuen Aufschwung erhielt die Putschlegende Ende der 1980er Jahre durch einen Quellenfund des österreichisch-amerikanischen Historikers Günter Bischof. Er machte im Pariser Militärarchiv Chateau de Vincennes einen angeblichen Putschplan der KPÖ vom 15. November 1948 ausfindig, der der französischen Besatzungsmacht in die Hände gefallen war. Seither hat Bischof dieses als „Aktionsplan“ bezeichnete Dokument in mehreren Publikationen als Beleg für „ausführliche

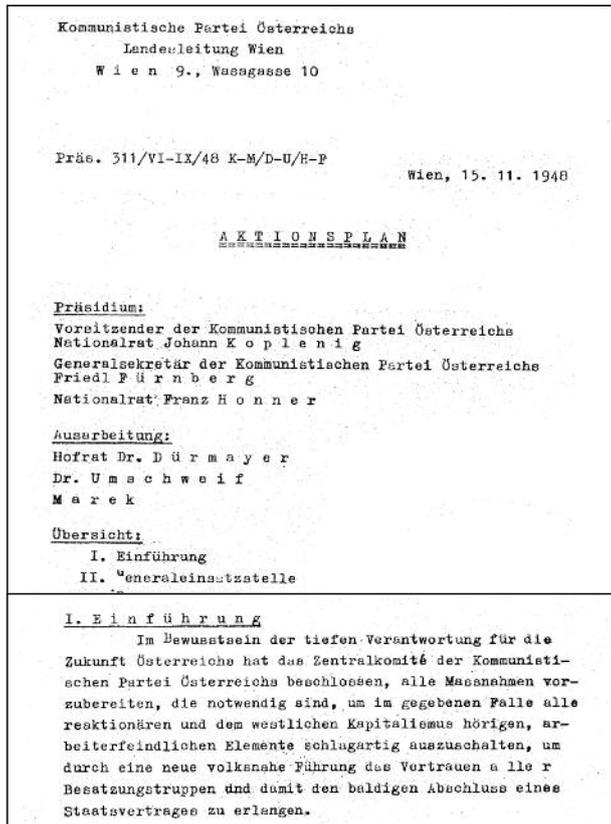
Putschpläne“ der KPÖ herangezogen. Das Papier sei ein Beweis dafür, „daß die österreichischen Kommunisten ihren Budapester und Prager Genossen keineswegs nachstehen wollten“.⁹

Zwar wurde die Authentizität des Dokuments von Historikern wie etwa Oliver Rathkolb, Peter Ruggenthaler und Stefan Karner angezweifelt,¹⁰ dessen ungeachtet avancierte der „Aktionsplan“ zum vielzitierten Beleg für die angeblichen Putschabsichten der KPÖ. Schien es in den 1980er Jahren bereits danach, dass Sowjetisierungs- und Putschthesen aus dem Arsenal des Kalten Krieges endgültig überwunden seien, findet man seither – anknüpfend an Bischofs Beiträge – in zahlreichen zeitgeschichtlichen Publikationen zumindest die „Sprachregelung“, dass die HistorikerInnen „immer noch geteilter Meinung“ über die Echtheit der angeblichen KPÖ-Putschpläne seien.¹¹

2005 wertete etwa Wolfgang Mueller den Aktionsplan als Indiz dafür, dass „die KPÖ als [...] Alternativszenario“ zur Teilung des Landes „eine gewaltsame Machtergreifung erwogen haben könnte“.¹² Ein Jahr später war bei Mueller zu lesen: „Ein zweites Alternativkonzept für die KPÖ war die gewaltsame Machtergreifung durch einen Putsch“,¹³ womit die Putschthese erstmals bei sonst ausgewogen argumentierenden Historikern rehabilitiert wurde. Auch Siegfried Beer schätzt das von ihm 2015 veröffentlichte CIC-Dokument über eine angebliche Besprechung von KPÖ-Funktionären mit sowjetischen und jugoslawischen Offizieren im Oktober 1947 als Beweis dafür ein, dass tatsächlich ein „serious thinking about a forceful regime change“ stattgefunden habe. Die Inhalte dieses Berichts „prove that concrete planning sessions for a Communist takeover of government in Austria have taken place, probably at various (party) levels“, so Beer.¹⁴

Plumpe Fälschung

Der von Bischof aufgefundene „Aktionsplan“¹⁵ sieht auf 40 Seiten sehr detailliert die geplante Machtübernahme der KPÖ in Wien durch 17.000 AktivistInnen vor (S. 9). Ganz so, als würde man HistorikerInnen späterer Generationen



Angieblicher „Aktionsplan“ der KPÖ, November 1948

ein griffiges Zitat liefern wollen, heißt es in einer allgemeinen „Einführung“ des „Aktionsplans“, dass das Zentralkomitee der KPÖ „im Bewusstsein der tiefen Verantwortung für die Zukunft Österreichs“ beschlossen habe, „alle Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig sind, um im gegebenen Falle alle reaktionären und dem westlichen Kapitalismus hörigen, arbeiterfeindlichen Elemente schlagartig auszuschalten“. Durch eine „neue volksnahe Führung“ sollten „das Vertrauen aller Besatzungstruppen“ und der „baldige Abschluss eines Staatsvertrages“ erreicht werden (S. 2), was derart skurril anmutet, dass es schwerfällt, in eine ernsthafte Auseinandersetzung über die folgenden 38 Seiten einzutreten. Eine „Generaleinsatzstelle“ sollte die Aktivitäten in zehn verschiedenen Abschnitten Wiens leiten. Im operativen „Einsatzplan“, dem Herzstück des Aktionsplans, wurde detailliert festgelegt, welche öffentlichen Stellen und Gebäude – bis hin zu einzelnen Sektionslokalen von SPÖ und ÖVP – besetzt und welche wichtigen Personen festgenommen werden sollten. Sonderbeauftragte waren dazu ausersehen, wichtiges Aktenmaterial sicherzustellen.

In dieser Zeitschrift¹⁶ und in meinem 2020 erschienenen Buch über die Politik der KPÖ in den Jahren 1945 bis 1955 habe ich versucht, den Nachweis dafür zu erbringen, dass es sich beim angeb-

lichen „Aktionsplan“ um eine ausgesprochen plumpe Fälschung handelt.¹⁷ Der unprofessionelle Charakter der Fälschung wird bereits im Dokumentenkopf deutlich, wird hier doch eine „Landesleitung Wien“ der KPÖ angeführt, obwohl das Leitungsgremium der Wiener KPÖ damals wie heute als „Wiener Stadtleitung“ bezeichnet wurde und wird. Mehrere Nachnamen führender KPÖ-FunktionärInnen werden entweder falsch geschrieben oder sie tauchen mit falschen Vornamen auf. Die einzelnen Zuständigkeiten im Rahmen der Putschaktion müssten allen mit der KPÖ nur halbwegs Vertrauten als einigermaßen skurril anmuten. So war etwa Hella Altmann-

Ehemalige Nazis und westliche Geheimdienste

Neu veröffentlichte Forschungsergebnisse machen solche Argumente, die auf eine inhaltliche und formale Analyse des „Aktionsplans“ abzielen, künftig obsolet. Im *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies*, das seit 2007 vom *Austrian Center for Intelligence, Propaganda and Security Studies* in Graz herausgegeben wird, haben Thomas Riegler und Gerhard Sälter einen Beitrag über nationalsozialistische Netzwerke nach 1945 publiziert, worin auch ein neues Licht auf den angeblichen „Aktionsplan“ der KPÖ vom November 1948 geworfen wird.¹⁹ Der Zeithistoriker Thomas Riegler hat sich bisher vor allem

mit Forschungen über Nachrichtendienste („Intelligence Studies“) einen Namen gemacht,²⁰ Gerhard Sälter war Mitarbeiter der Unabhängigen Historikerkommission zur Geschichte des BND und hat 2016 eine Monographie über die „Organisation Gehlen“, dem Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes, vorgelegt.²¹

Schwerpunkt des Textes von Riegler und Sälter sind die Verbindungslinien zwischen Netzwerken ehemaliger Nationalsozialisten und westlichen Geheimdiensten in Österreich nach 1945. Bereits 1946 begannen die US-Geheimdienste, ehemalige Angehörige der NS-Geheimdienste und der Waffen-SS für nachrichtendienstliche und halb militärische Zwecke anzuwerben. Besonders ausgeprägt war das Interesse westlicher Nachrichtendienste an der KPÖ, nicht zuletzt aufgrund ihrer engen Verbindung zur sowjetischen Besatzungsmacht. Sowohl der britische als auch der amerikanische Geheimdienst observierten die Partei, wobei auch Parteimitglieder als Informanten angeworben wurden.²² In Parteilokale der KPÖ wurde im Auftrag des CIC eingebrochen, um Mitgliederkarteen und vertrauliche Dokumente zu entwenden.²³ Nachrichtendienstliche Operationen hatten das Ziel, Informationen aus dem engeren Führungskreis der KPÖ zu erhalten. Am bekanntesten ist der Fall des früheren SD-Mitarbeiters und SS-Obersturmbannführers Wilhelm Höttl, der im März 1946 vom CIC (*Counter Intelligence Corps*), dem Nachrichtendienst der US-Armee, angestellt wurde, um sein früheres Netzwerk als Balkan-Chef des Auslands-SD zu reaktivieren. Neben der Überwachung und Infiltration der KPÖ bestand das Ziel des Unternehmens „Mount Vernon“ darin, über Höttl eine „österreichische Nachrichtenorganisation“ aufzubauen, „die im Ernstfall als antibolschewistische Untergrundbewegung funktionieren soll“.²⁴ Das Projekt wurde im September 1949 wieder fallen gelassen.

Gestützt auf Unterlagen aus dem Archiv des BND – des Auslandsnachrichtendienstes der Bundesrepublik Deutschland – gelingt Riegler und Sälter nunmehr der Nachweis, dass der angebliche Putschplan der KPÖ aus dem Jahr 1948 auf Josef Adolf Urban zurückgeht – und damit auf einen ehemaligen NS-Spion, der nach 1945 in westlichen Diensten stand. Der frühere SS-Obersturmbannführer im Sicherheitsdienst Ausland floh im Juni 1946 aus dem US-Internierungslager Moosburg in Niederbayern nach Salzburg und lebte dort mit einer



Massenkundgebung der KPÖ am Wiener Rathausplatz am 17. Mai 1949 gegen das 3. Lohn-Preis-Abkommen.

gefälschten Identität. Er wurde 1946 oder 1947 unter falschem Namen vom CIC Linz angeworben, für den er bis Frühjahr 1950 tätig war.²⁵

Während seiner Tätigkeit für das CIC arbeitete Urban eng mit der Gruppe um den Grazer Kaufmann Theodor Soucek zusammen. Um Soucek hatte sich nach 1945 eine NS-Untergrundorganisation gebildet, die 1947 aufgedeckt und vor Gericht gestellt wurde.²⁶ Es war dies die bedeutendste Wiederbetätigungsaffäre der unmittelbaren Nachkriegszeit. Führende Mitglieder der Gruppe um Soucek waren Mitarbeiter oder Informanten des CIC, wie schon zeitgenössisch bekannt wurde.²⁷ Wie bei Riegler und Sälter nachzulesen ist, sagte das CIC ihnen Schutz vor Strafverfolgung zu. Der Handel lautete: „Informationen über Kommunisten von diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs gegen Informationen über den Stand der polizeilichen Erkenntnisse zum nationalsozialistischen Untergrund.“ Damit gehörte das CIC in Österreich „zu jenen US-Dienststellen, welche die Fokussierung auf eine Überwachung von Kommunisten unter Einbeziehung ehemaliger Nationalsozialisten als Informanten relativ früh vornahm.“²⁸

Josef Adolf Sturm wurde im September 1948 verhaftet, musste aber dem CIC überstellt werden. Zunächst Freigänger, wurde er im Frühjahr 1949 aus der Haft entlassen. Danach lieferte Sturm der Staatspolizei Material über die KPÖ. Er versprach, „die Pläne für eine befürchtete kommunistische Machtübernahme in Österreich, den sogenannten KPÖ-Putschplan, zu beschaffen. [...] Spätestens im Oktober 1949 erkannte das CIC

allerdings, dass der Putschplan und vergleichbare Dokumente, die Urban angeblich von sowjetischen Stellen beschafft hatte, gar nicht von diesen oder von der KPÖ stammten, sondern von Urban und seinen Leuten selbst hergestellt worden waren“, wie Thomas Riegler und Gerhard Sälter schreiben. Sie gehen davon aus, dass der von Urban gelieferte Putschplan mit dem „Aktionsplan“ identisch ist, der in den 1980er Jahren in einem französischen Archiv entdeckt wurde. Die „Fiktion eines Putsches“ dürfte damit „auf die Tätigkeit Urbans und seiner Freunde zurückgehen“, so die beiden Historiker. Urban wurde zwar vom CIC entlassen, arbeitete aber seit 1949 als Agent für die Organisation Gehlen und später auch für den BND.²⁹

Kein Ende der Putschlüge?

HistorikerInnen, die den angeblichen „Aktionsplan“ der KPÖ vom November 1948 – trotz fehlender Plausibilität und allen Argumenten zum Trotz – jahrzehntelang für authentisch gehalten haben, sind im Lichte dieser Forschungen blamiert. Bereits 2015 hat der Bundesvorstand des ÖGB einen Beschluss gefasst, dass die Behauptung, wonach es sich beim Oktoberstreik um einen kommunistischen Putschversuch gehandelt habe, als widerlegt zu betrachten sei.³⁰ Gewerkschaftsintern wurde damit ein Schlussstrich gezogen unter die Interpretation der Streikbewegung als geplanter Staatsstreich. Nun verlieren konservative HistorikerInnen mit dem „Aktionsplan“ des Jahres 1948 ihr wichtigstes Rückzugsgebiet, um nach wie vor von kommunistischen Umsturzplänen auszugehen. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob

die Putschlegende damit endgültig vom Tisch sein wird. Schon bisher unterstellten vor allem jene HistorikerInnen der KPÖ Putschabsichten, die aufgrund ihrer ideologisch motivierten Ressentiments zu keinem anderen Urteil gelangen konnten oder wollten. Zu befürchten ist, dass die Jagd nach sensationellen Dokumenten fortgesetzt werden wird, um den Mythos vom beabsichtigten „Kommunistenputsch“ weiter lebendig zu halten.

Anmerkungen:

1/ Aichinger, Wilfried: Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945. Wien 1977 (Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 1), S. 258; Gärtner, Heinz: Zwischen Moskau und Österreich. Die KPÖ – Analyse einer sowjetabhängigen Partei. Wien: Universitäts-Verlagsbuchhandlung Wilhelm Braumüller 1979 (Studien zur österreichischen und internationalen Politik, Bd. 3), S. 117.

2/ Rathkolb, Oliver: Literatur- und Forschungsbericht über das „Kriegsende 1945“ am Beispiel ausgewählter bundesdeutscher und österreichischer Publikationen, in: *Zeitgeschichte*, 12. Jg. (1985), Nr. 5, S. 176–186, hier S. 181.

3/ Sandgruber, Roman: Das 20. Jahrhundert. Wien: Pichler Verlag 2003 (Geschichte Österreichs, Bd. 6), S. 128.

4/ Mueller, Wolfgang: Kalter Krieg, Neutralität und politische Kultur in Österreich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 1–2/2009, 29.12.2008, S. 11–19, hier S. 11 und 14.

5/ Portisch, Hugo: Aufregend war es immer. Wals: Ecowin 2015, S. 74.

6/ Hanisch, Ernst: Überlegungen zum Funktionswandel des Antikommunismus. Eine österreichische Perspektive, in: Diendorfer, Gertraud/Jagschitz, Gerhard/Rathkolb, Oliver (Hg.): *Zeitgeschichte im Wandel*. 3. Österreichische Zeitgeschichtstage 1997. Innsbruck, Wien: StudienVerlag 1998, S. 37–45, hier S. 39.

7/ Beer, Siegfried: „Planned Communist Insurrection in Austria“. A CIC-Document on Putschplotting from October 1947, in: Dreidemy, Lucile u.a. (Hg.): *Bananen, Cola, Zeitgeschichte: Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2015, S. 681–691, hier S. 686–688 und 690f. (NARA, RG 319, Investigatory Records Depository (IRR), Dossier XE202574, Subject: Intelligence Report No. Z-240 v. 20.11.1947, Operation PAJAMAS, To: Deputy Director of Intelligence, EUCOM, Army Post of Office 757, U.S. Army, Planned Communist Insurrection in Austria, Date of observation: 8.10.1947).

8/ Vgl. Mugrauer, Manfred: Putschlegende revisited. Eine Bestandsaufnahme zum 70. Jahrestag des Oktoberstreiks, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 27. Jg. (2020), Nr. 3, S. 1–11.

9/ Bischof, Günter: „Prag liegt westlich von Wien“. Internationale Krisen im Jahre 1948 und

ihr Einfluß auf Österreich, in: ders./Leidenfrost, Josef (Hg.): Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949. Innsbruck: Haymon-Verlag 1988 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 4), S. 315–345, hier S. 333–338; ders.: „Austria looks to the West“. Kommunistische Putschgefahr, geheime Wiederbewaffnung und Westorientierung am Anfang der fünfziger Jahre, in: Albrich, Thomas u.a. (Hg.): Österreich in den Fünfzigern. Innsbruck, Wien: Österreichischer Studien-Verlag 1995 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, Bd. 11), S. 183–209, hier S. 187.

10/ Rathkolb, Oliver: Washington ruft Wien. US-Großmachtpolitik und Österreich 1953–1963. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 1997, S. 20; Karner, Stefan/Ruggenthaler, Peter: Stalin und Österreich. Sowjetische Österreich-Politik 1938 bis 1953, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2005. Berlin: Aufbau-Verlag 2005, S. 102–140, hier S. 119.

11/ Z.B. Schmidl, Erwin A.: „Rosinenbomber“ über Wien? Alliierte Pläne zur Luftversorgung Wiens im Falle einer sowjetischen Blockade 1948–1953, in: ders. (Hg.): Österreich im frühen Kalten Krieg 1945–1958. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2000, S. 171–192, hier S. 176.

12/ Mueller, Wolfgang: Die gescheiterte Volkdemokratie. Zur Österreich-Politik von KPÖ und Sowjetunion 1945 bis 1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2005. Berlin: Aufbau-Verlag 2005, S. 141–170, hier S. 157f., Anm. 89.

13/ Mueller, Wolfgang: Die politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungspolitik in Österreich 1945–1955, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 313–339, hier S. 328f.

14/ Beer: „Planned Communist Insurrection“, S. 682 und 688.

15/ Le Fonds des Archives du Ministère de la Défense, Service historique de l'armée de terre à Vincennes, Box 1 U 16, Dossier 2: „Mai 1945–Janvier 1955“, Kommunistische Partei Österreichs, Landesleitung Wien, Aktionsplan, 15.11.1948. Für die Überlassung einer Kopie dieses Dokuments bin ich Oliver Rathkolb zu Dank verpflichtet. Auszugsweise ist der „Aktionsplan“ abgedruckt in: Olah, Franz: Die Erinnerungen. Wien, München, Berlin: Amalthea 1995, S. 339–345.

16/ Mugrauer, Manfred: „Teilungspläne“ und „Putschabsichten“. Die KPÖ im Gedenkjahr 2005, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 12. Jg. (2005), Nr. 4, S. 8–15, hier S. 12f.

17/ Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ 1945–1955. Von der Regierungsbank in die innenpolitische Isolation. Göttingen: Vanden-

hoeck & Ruprecht 2020 (Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 14), S. 594–598.

18/ Knoll, Reinhold/Haidinger, Martin: Spione, Spitzel und Agenten. Analyse einer Schattenwelt. St. Pölten, Wien, Linz: NP Buchverlag 2001, S. 305–309, hier S. 309.

19/ Riegler, Thomas/Sälter, Gerhard: Nachkriegsorganisationen der Nationalsozialisten in Österreich und die Geheimdienste: NS-Netzwerke im Untergrund, im Verband der Unabhängigen, in der Organisation Gehlen und im BND, in: *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies*, 14. Jg. (2020), Nr. 1, S. 13–33.

20/ Riegler, Thomas: Österreichs geheime Dienste. Vom Dritten Mann bis zur BVT-Affäre. Wien: Klever Verlag 2019.

21/ Sälter, Gerhard: Phantome des Kalten Krieges. Die Organisation Gehlen und die Wiederbelebung des Gestapo-Feindbildes „Rote Kapelle“. Berlin: Ch. Links Verlag 2016.

22/ Bacher, Dieter: Der Freund meines Feindes ist mein Feind. Die Kommunistische Partei Österreichs im Visier amerikanischer und britischer Nachrichtendienste 1945–1955, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2016. Berlin: Metropol Verlag 2016, S. 163–180, hier S. 175.

23/ Am bekanntesten ist der Einbruch des CIC-Agenten und KPÖ-Mitglieds Kurt Zofka in die Räume der Bezirksleitung der KPÖ Wien-Favoriten (Die Räuberhöhle in der Michaelerstraße, in: *Österreichische Volksstimme*, 11.2.1950, S. 1; Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): Stalins letzte Opfer. Verschleppte und erschossene Österreicher in Moskau 1950–1953. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag, München: Oldenbourg Verlag 2009 (Kriegsfolgen-Forschung, Bd. 5), S. 583–585).

24/ Riegler, Thomas: Strukturen für den geheimen Krieg. Die CIA-Waffenlager, die Netzwerke des Dr. Höttl und das „Sonderprojekt“, in: Dreidemy u.a. (Hg.): Bananen, Cola, Zeitgeschichte, S. 665–680, hier S. 673.

25/ Riegler/Sälter: Nachkriegsorganisationen der Nationalsozialisten in Österreich, S. 15.

26/ Riegler, Thomas: Die „Rößner-Soucek-Verschöpfung“: NS-Untergrundbewegungen, Geheimdienste und Parteien im Nachkriegsösterreich, in: *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies*, 9. Jg. (2015), Nr. 1, S. 44–75.

27/ West, Franz: Neofaschismus (Zum Grazer Verschwörerprozeß), in: *Weg und Ziel*, 6. Jg. (1948), Nr. 6, S. 410–419, hier S. 413f.

28/ Riegler/Sälter: Nachkriegsorganisationen der Nationalsozialisten in Österreich, S. 15.

29/ Ebd., S. 15–17.

30/ Autengruber, Peter/Mugrauer, Manfred: Oktoberstreik. Die Realität hinter den Legenden über die Streikbewegung im Herbst 1950. Sanktionen gegen Streikende und ihre Rücknahme. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes 2016, S. 150f.

Werner Seppmann (1950–2021)

Am 12. Mai dieses Jahres verstarb Werner Seppmann. Sein Ableben ist ein großer Verlust für die marxistische Philosophie bzw. Soziologie, ja für das Denken im deutschen Sprachraum überhaupt. In Anknüpfung an den marxistischen Denker Leo Kofler hat Seppmann es immer wieder auf einzigartige Weise verstanden, entscheidende Impulse zu geben. Ich selbst durfte z.B. sehr von seiner Auseinandersetzung mit Louis Althusser („Das Elend der Philosophie“) profitieren. In Wien und Graz war Seppmann einige Male als Referent zu Gast.

Werner Seppmann war Vorstandsmitglied und zeitweiliger Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung sowie langjähriger Mitherausgeber der *Marxistischen Blätter*. Zusammen mit Ekkehard Lieberam hatte er die Leitung des Projekts *Klassenanalyse@BRD* im Rahmen der Marx-Engels-Stiftung inne. Er veröffentlichte zahlreiche Publikationen zur Sozialstrukturanalyse, Marxismusforschung, Ideologietheorie, Kritischen Gesellschaftstheorie, Klassenanalyse und Kultursoziologie.

Werner Seppmann kam über den Zweiten Bildungsweg zur wissenschaftlichen Arbeit. Nach Abschluss einer Bäckerlehre folgte ein Studium der Sozialwissenschaften und Philosophie, das an der Ruhr-Universität Bochum mit der Promotion zum Dr. rer. soc abgeschlossen wurde. Im Zentrum seiner sozialwissenschaftlichen Arbeiten stand die Beschäftigung mit den ideologischen und kulturellen Reproduktionsformen spätkapitalistischer Gesellschaften. In diesem Zusammenhang spielt die Frage eine forschungsleitende Rolle, warum die offensichtlichen Widersprüche der Sozialentwicklung sich nicht in widerständigen Einstellungsmustern manifestieren, sondern die Betroffenen krisenhafter Umwälzungen sich scheinbar bereitwillig einem vermeintlichen „Schicksal“ fügen.

MICHAEL WENGRAF

Anna Čadia – die rote Fürsorgerin und die Rote Hilfe in Leoben

HEIMO HALBRAINER

Als Christine Berger gemeinsam mit 60 Steirerinnen, darunter viele Unterstützerinnen der Partisanen der Österreichischen Freiheitsfront aus den Bezirken Leoben und Bruck an der Mur,¹ Anfang Oktober 1944 im Konzentrationslager Ravensbrück ankam, wurde sie in das „Zelt“, ein von der Lagerleitung provisorisch errichtetes Aufnahmelager, gebracht.² Dort wurde sie mit dem Schrecken des Konzentrationslagers konfrontiert, als sie sah, wie „sie mit der Scheibtruhe die Toten ins Krematorium geführt haben. Das war mein erster Anblick vom Lager“. Gleichzeitig begegnete sie dort aber auch einer „Leobnerin, die schon vier Jahre eingesperrt war“ und die sich gleich um sie kümmerte.³ Ähnliches berichtete auch Mathilde Auferbauer, die einen Monat später mit dem nächsten Transport aus der Steiermark in Ravensbrück ankam: „Im Zelt hat mich meine langjährige Freundin aus Leoben gesucht und gefunden.“⁴ Diese Leobnerin, diese Freundin war Anna Čadia, die gemeinsam mit anderen Frauen in den folgenden Wochen und Monaten im KZ Ravensbrück dafür sorgen sollte, dass Christine Berger, Mathilde Auferbauer und andere Frauen aus der Steiermark Unterstützung durch den illegalen Lagerwiderstand erhielten.

Schwierige Kindheit

Anna Čadia wurde am 18. Dezember 1903 als drittes Kind des Müllergehilfen Johann Čadia und seiner Frau Anna in Graz geboren.⁵ Beide Elternteile stammten aus Mähren, wo Johann Čadia in Slawitschin (Slavičín), Bezirk Ungarisch Brod (Uherský Brod) geboren wurde und der Vater bereits als Müller gearbeitet hat. Anna Ryznar stammte aus Studínky (Studénky), Bezirk Hohenstadt an der March (Zábřeh), wo ihre alleinerziehende Mutter Anna Bedienerin war.⁶ Nach Annas Geburt Ende des Jahres 1903 sollten noch vier weitere Kinder folgen, was die Mutter bald in eine schwierige Lage brachte, denn Ende des Jahres 1909 starb Johann Čadia mit nur 48 Jahren. In einem knappen Lebensbericht meinte Anna Čadia im Jahr 1964: „Schon vor dem Schuleintritt verlor ich meinen Vater. Mutter stand mit sechs Kindern, in Erwartung eines siebenten, vor der schier

unlösbaren Aufgabe, den notwendigen Lebensunterhalt allein aufbringen und zugleich Betreuerin der zum Großteil noch sehr kleinen Kinder zu sein. Damals in der alten österreichischen Monarchie konnte sie kaum auf Hilfe oder irgendwelche Unterstützung rechnen. In unendlicher Selbstlosigkeit führte Mutter einen fast aussichtslosen Kampf gegen Hunger, Kälte und Wohnungsschwierigkeiten für ihre große Kinderschar, die allen Leuten im Wege war. Tapfer überwand sie ihre Verzweiflung, wenn Krankheit oder vorübergehende Arbeitslosigkeit die Not und das Elend in unserer Familie noch verschärften. Nach Vaters Tod war der Ablauf unseres Lebens der, dass Mutter um 5 Uhr früh, während wir noch fest schliefen, zur Arbeit lief und um 7 Uhr, meist aber noch später, abends todmüde heimkam. Meine älteste Schwester, noch nicht 10 Jahre alt, war für ihre jüngeren Geschwister verantwortlich. [...] Sehnsüchtig erwarteten wir jeden Abend unsere Mutter. Die Kleineren waren oft schon vor Hunger und Müdigkeit auf dem Fußboden eingeschlafen. Während Mutter die einfache Mahlzeit dann schnell zubereitete, sah sie dazwischen noch unsere Schulhefte durch, bis das Essen fertig war. [...] Mutters Leitsatz war: „Einen anderen Reichtum als das Wissen kann ich euch nicht verschaffen – also lernt – und niemand kann Euch das wegnehmen!“ Und die Kinder lernten in der Schule. Sie wurden aber zudem von der Mutter politisiert. „Wir hatten eine Mutter, die viel las und einen scharfen Verstand besaß, so dass sie uns die Zusammenhänge in politischer und wirtschaftlicher Beziehung objektiv erklären konnte.“⁷ Dadurch konnte Anna Čadia – wie sie in einem kurzen politischen Lebenslauf für die KPÖ 1949 festhielt – schon sehr früh „die Einrichtungen unseres kapitalistischen Systems kennenlernen“, wie auch „die Indifferenz der eigenen Geschlechtsgenossinnen [...]. Vieles konnte ich verstehen, weil ich eine Mutter mit außergewöhnlich logischer Auffassungsgabe und opferbereiter Hingabe hatte, die keine Bedenken trug, uns Kindern all ihre Lebenserfahrungen von Not und Elend in der einfachsten und wahrheitsgemäßesten Weise zu erklären. Sie kann-

te keine falsche Scham wegen unserer Armut und sie war auch nicht bereit, sich billig aufkaufen zu lassen, um Korruption und Verbrechen der Unterdrückergeschichte zu decken.“⁸

Als die Mutter 1917 schwer erkrankte, musste die damals 13-jährige Anna gemeinsam mit ihren beiden auch nicht viel älteren Schwestern Maria und Franziska für den Unterhalt der achtköpfigen Familie sorgen. So arbeitete Anna in den folgenden Jahren als Hausgehilfin auf dem Land, als Hilfsarbeiterin in einer Grazer Brikett-Fabrik, in einer Zuckerbäckerei und einer Schuhcremefabrik und ab 1920 schließlich als Zeitungsausträgerin für die sozialdemokratische Tageszeitung *Arbeiterwille*. Zu diesem Zeitpunkt gehörte sie bereits der Sozialistischen Arbeiterjugend an und bald sollte sie auch Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei werden, wo sowohl ihre Mutter als auch ihre Schwester Franziska („Franzi“) im Landesfrauenkomitee sowie in der Sektion Eggenberg teils im Vorstand aktiv waren.

Die rote Fürsorgerin von Leoben

Anna Čadia arbeitete Anfang der 1920er Jahre immer wieder auch als Hausgehilfin in bürgerlichen Haushalten mit Kindern. „Diese Kinder werden“ – wie der *Arbeiterwille* im Zusammenhang mit den Problemen der Kinder nach dem Ersten Weltkrieg anmerkte – „umhegt und gepflegt, die Mütter haben keine Sorgen ums Einkommen. Diese Kinder wachsen in den allermeisten Fällen in freundlichen Wohnungen auf und der Mittagstisch ist auch reichlich besetzt.“ Dem gegenüber standen die Arbeiterkinder, die „sich selbst überlassen [sind]. Vater und Mutter müssen dem Verdienste nachgehen. Trotzdem ist das Einkommen zu gering, um den Kindern auch nur das Allernotwendigste an Nahrung und Kleidung zu verschaffen.“⁹ Regelmäßig konnte man daher in den steirischen Tageszeitungen von der „Verwilderung und Verwahrlosung der Jugend“ durch das Fehlen der Väter bzw. die Überforderung der Mütter, die für den Unterhalt aufkommen mussten, lesen. Verschiedene Vereine versuchten, die Jugendlichen von der Straße weg zu bekommen und



Anna Čadia (1. Reihe, links außen) in der Fürsorgeschule in Graz 1925

der Not und der zunehmenden Armut entgegen zu wirken. So wurde bereits im Mai 1917 das Städtische Jugendschutzamt in Graz erreicht, das im Zuge der Reformen der jungen Republik weiter ausgebaut wurde. Um gegen die Säuglingssterblichkeit und Tuberkulose vorzugehen, wurde ab 1919 eine Gesundheitsfürsorge aufgebaut, die von der Beratung schwangerer Frauen über die Kontrolle der Pflege und Entwicklung der Säuglinge bis hin zur Kleinkinderberatung reichte. 1919 startete auch die Schulfürsorge mit regelmäßigen Untersuchungen oder Erholungsurlaubsangeboten auf dem Land. Auch wurden Kindergärten und ab 1923 auch städtische Kinderhorte geschaffen, um „die Kinder in jeder Beziehung erzieherisch zu beeinflussen und so ihr körperliches, geistiges und sittliches Wohl zu fördern.“¹⁰ Um in diesen Ämtern, die in den 1920er Jahren in der ganzen Steiermark geschaffen wurden, genügend ausgebildete Fürsorgerinnen zu haben, wurde 1921 eine einjährige Fürsorgeschule des Landes eingerichtet. Die Mitbegründerin der *Vereinigung der Fürsorgerinnen Steiermarks*, Marie Watteck, meinte dazu: „Der Dienst der Fürsorgerin ist ungemain schwer, verantwortungsvoll und aufreibend. Nicht nur, daß die Fürsorgerin bei jedem Wetter ihren Außendienst versehen muß, ist sie – das liegt in der Natur der Sache – gezwungen, selbständig zu arbeiten, zu urteilen und zu berichten. Bei den Zweigen der Fürsorge, die rein gesundheitlicher Art sind, z.B. Säuglings- und Tuberkulosefürsorge, ist dies leichter, da ja für diese Arbeit der

Fürsorgerin genaue Richtlinien gegeben sind. Anders ist dies bei der allgemeinen Jugendfürsorge, bei der jeder Fall ganz individuell und aus sich heraus zu behandeln ist und wo es auf die Intelligenz, den Takt und die ganze Persönlichkeit der Fürsorgerin ankommt, wie sie den Fall auffaßt und bearbeitet. Aus all dem geht hervor, daß die Fürsorgerin nicht zu jung sein darf, nicht nur über eine feste körperliche Gesundheit, über große Widerstandskraft verfügen muß, sondern daß für diesen Beruf nur solche Menschen taugen, die auch über ein hohes sittliches Empfinden, über strengste Selbstzucht, über Intelligenz und über wahres soziales Gefühl gebieten; muß doch bei der Beurteilung eines jeden Falles das Verständnis für die Menschen, die es betrifft, das Einfühlen in ihre Leiden und Schwächen, in das ganze Umweltbild vorhanden sein. Scharfer Blick und Menschenkenntnis gehören daher auch zum Rüstzeug der Fürsorgerin. Daß die Fürsorgearbeit ohne gründliche Fachausbildung niemals dauerhaft entsprechend geleistet werden kann, ist selbstverständlich. Die Fürsorgerin soll ja den Leuten mit Rat und Tat an die Hand gehen; sie muß daher mit allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens, wie Rechtspflege, gesundheitliche Einrichtungen u. dgl. vertraut sein, sie muß auch in Krankenpflege, Wochenbettpflege, Hygiene, Erziehungslehre, Hauswirtschaft Bescheid wissen und daher alle diese Fächer, soweit sie für die Fürsorge in Betracht kommen, nebst den eigentlichen Fürsorgelehrfächern theoretisch und praktisch gut beherrschen. Die-

se Kenntnisse lassen sich nur in einem vollwertigen Fachkurs erwerben. [...] In der Steiermark haben wir in der staatlichen Fürsorgeschule, die ein ganzes Schuljahr währt und theoretisch-praktische Ausbildung gibt, eine vollwertige Fachschule.“¹¹

Als Anna Čadia 20 Jahre alt geworden war, schlug ihr ihre Schwester Franzl den Besuch der Fürsorgeschule vor, für die sie nun auch die altersmäßige Voraussetzung erfüllte. Sie bestand die Aufnahmeprüfung und besuchte ab Oktober 1924 ein Jahr lang diese Schule, wo sie neben Staatsbürgerkunde, Kommunalwesen, Jugendgesetzgebung auch Anatomie, Psychologie, Frauenheilkunde, Kinderheilkunde oder Orthopädie lernte. Als sie im Herbst 1925 die Schule abschloss, war man in Leoben gerade dabei, die Voraussetzungen für ein Bezirksfürsorgeamt zu schaffen. Hier hatte zunächst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs der Verein zur Förderung der Volksgesundheit und, als die Not immer größer wurde, 1921 das amerikanische Rote Kreuz die Fürsorgetätigkeit übernommen und ausgebaut. Nach einem Jahr übergab das amerikanische Rote Kreuz die Fortführung dem neu geschaffenen Fürsorgeausschuss für die Gemeinden Leoben, Donawitz, Göß, Niklasdorf, St. Peter-Freienstein und Proleb, aus dem am 1. Jänner 1926 ein Bezirksfürsorgeamt entstand.¹² Anna Čadia hielt in ihren Erinnerungen den Schritt, im Herbst 1925 als Sozialarbeiterin nach Leoben zu gehen, folgendermaßen fest: „So kam ich zu meinem geliebten Beruf. Aber wenn ich in meinem jugendlichen Idealismus gehofft hatte, die sozialen Mißstände im Verein mit meinen Berufskolleginnen nach und nach ausrotten zu können, wurde ich schon sehr bald durch die Realität anders belehrt. [...] Mein Arbeitsgebiet war Leoben-Donawitz. Die Arbeitslosigkeit in diesem Gebiet der Schwerindustrie – dem größten österreichischen Hochofen und Stahlwerk, einigen Papierfabriken und Sägewerken, der Gösser Brauerei und dem Asbest-Ziegelwerk in Leitendorf – hatte verheerende Folgen. [...] Zusammengepfercht in engen Wohnräumen – seit Jahren wurde nicht mehr gebaut –, unterernährt und in der schlechten Luft der noch mit halber Kraft arbeitenden Fabriken grassierten alle Arten von Krankheiten unter der werktätigen und arbeitslosen Bevölkerung. Diesen Zuständen stand die Fürsorge machtlos gegenüber. Sie war nichts anderes als das Feigenblatt der vollkom-

menen Unzulänglichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.“¹³

In und um Donawitz – über das der *Arbeiterwille* 1932 schrieb: „Es ist so eigenartig ruhig in Donawitz. Das Werk ist still – Donawitz ist ein Luftkurort geworden, kein Rauch, kein Staub verunreinigt die Luft, kein Hammerschlag dringt aus dem riesigen Eisenwerk.“¹⁴ – hieß Anna Čadia bald schon auf Grund ihrer politischen Haltung und ihres Engagements die „rote Fürsorgerin“ oder die „rote Schwester“. Sie bemühte sich aber nicht nur um die Schwangeren, Säuglinge, Tuberkulosekranken, Alkoholiker oder Jugendlichen, sie hatte sich ab 1927 auch um ihre Tochter Milada („Mila“) zu kümmern. Ihren jugoslawischen Freund, einen Studenten der Montan-Universität in Leoben, konnte und wollte sie nicht heiraten, denn dann hätte sie nach damaliger Rechtslage nicht nur die österreichische Staatsbürgerschaft verloren, sondern auch noch ihre Arbeit aufgeben müssen. So musste auch sie, wie viele der von ihr betreuten Frauen während der Weltwirtschaftskrise als Alleinerzieherin für ihre Tochter sorgen.

Widerstand gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus

Als am 12. Februar 1934 auch im Bezirk Leoben gekämpft wurde und – nachdem sich die Niederlage abzuzeichnen begonnen hatte – die Schutzbündler in die Berge gingen, war Anna Čadia unter den Frauen, die Lebensmittel auf die Hochalm brachten, wo sich sowohl die Leobner Schutzbündler als auch Koloman Wallisch mit seinen Leuten aus Bruck an der Mur zurückgezogen hatten. Während Wallisch in der Folge gefangen, zum Tode verurteilt und am 19. Februar 1934 in Leoben hingerichtet wurde, verlor die „rote Fürsorgerin“ ihre Anstellung als Sozialarbeiterin. Da aber die Fürsorgetätigkeit im Bezirk weiterhin dringend notwendig war, unterbreitete die nun austrofaschistische Stadtverwaltung von Leoben Anna Čadia ein Angebot der Wiedereinstellung, das sie auch propagandistisch nutzen wollte: „Mit freundlicher Miene machte man mir das durchaus ernstgemeinte aber zynische Angebot, durch Beitritt zur Vaterländischen Front meinen Posten wieder zu gewinnen. Wenn ich angenommen hätte, wäre es dem politischen Gegner ein gefundenes Fressen gewesen. Am nächsten Tag wäre im obersteirischen Lokalblatt publiziert worden: ‚Rote Schwester hält kluge Kapitulation für politisch gangbar!‘“¹⁵

Da dies für Anna Čadia aber politisch nicht gangbar war, waren die nächsten Monate und Jahre gekennzeichnet von Arbeitslosigkeit und Gelegenheitsarbeiten. Sie trat nach den Februarkämpfen – wie viele andere SozialdemokratInnen auch – der Kommunistischen Partei bei, wo sie innerhalb der *Roten Hilfe* aktiv wurde: „Das ist

schon in meinem Beruf gelegen. Diejenigen, die mich als Fürsorgerin gekannt haben, haben mich aufgesucht, weil sie in politische Schwierigkeiten gekommen sind. Der Mann war eingesperrt, Kinder waren da – die ‚rote Fürsorgerin‘ kann vielleicht helfen. Deshalb sind sie zu mir gekommen.“¹⁶ Als Delegierte der Obersteiermark fuhr sie im Sommer 1934 gemeinsam mit der Grazerin Christl Klementsitz nach Paris, wo zwischen 4. und 7. August 1934 der Internationale Frauenkongress gegen Krieg und Faschismus¹⁷ stattfand. Wieder in Leoben zurück, war sie weiter für die *Rote Hilfe* aktiv. Am 4. Oktober 1934 wurde sie erstmals festgenommen, da eine Anlaufstelle für Material und Kontakte nach Wien hochgegangen war. Nach fünf Wochen Untersuchungshaft und nachdem man ihr keine illegale Tätigkeit nachweisen konnte, wurde sie wieder freigelassen. 1935 erhielt sie schließlich wieder eine Arbeit bei der Leobner Arbeiter-Bäckerei.

In Leoben versuchte die KPÖ in den Monaten vor dem „Anschluss“ 1938 eine breite politische Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus zu schaffen, was ihr – wie in verschiedenen zeitgenössischen Zeitungsberichten nachzulesen ist – auch gelang.¹⁸ In den Tagen vor dem „Anschluss“ kam es noch zu einer letzten großen Kundgebung, über die der Leobner Chronist Josef Freudenthaler in seiner Chronik fassungslos festhielt: „Und so ereignete sich auch in unserer Stadt das Unglaubliche, daß die Sendlinge Moskaus auf Lastwagen der V.F. mit erhobener Faust durch die Straßen rasten, losgelassen auf eine Bevölkerung, die national war bis ins Herz!“¹⁹

Nach dem „Anschluss“ verhielten sich die KommunistInnen in Leoben vorerst unauffällig. Die Mitglieder der Zellen in Leoben, Donawitz, Vordernberg, Hiefrau



Kundgebung der KPÖ im 1. Mai 1946 in Graz

und Eisenerz trafen sich, kassierten Mitgliedsbeiträge und bauten neue Verbindungen auf.²⁰ Als 1939 Anton Buchalka in Kapfenberg eine neue Leitung für das gesamte Mur- und Mürztal aufbaute,²¹ stellte die Leitung der KPÖ Leoben ihm den Abziehapparat zur Verfügung, mit dem er zwischen Oktober und Dezember 1939 vier Flugschriften herstellte, die auch im Bezirk Leoben zur Verteilung gelangten. Ende Jänner 1940 setzte in Kapfenberg eine Verhaftungswelle ein, im Rahmen der auch die Leobner Leitung um Alois Pisnik und Markus Rössler und in weiterer Folge auch Anna Čadia und andere Mitglieder der *Roten Hilfe* festgenommen wurden. Als sie am 20. Mai 1940 verhaftet wurde, kam ihre Tochter Mila zu ihrer Schwester Franziska nach Graz, wo diese den ehemaligen Landesleiter der *Roten Hilfe* Josef Motschnik geheiratet hatte. Dieser war ab 1940 führend beim Aufbau der *Roten Gewerkschaft* in Graz beteiligt. Er wurde im August 1942 verhaftet und am 29. Juni 1943 vom Volksgerichtshof in Graz wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt und hingerichtet.²²

Anna Čadia wurde am 1. März 1941 gemeinsam mit Pisnik und Rössler vom Generalstaatsanwalt am Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Während Pisnik und Rössler wegen ihrer führenden Rolle innerhalb der KPÖ im Bezirk am 24. Juni 1941 zu jeweils zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, verurteilte das Gericht Anna Čadia – obwohl sie abtritt, Geld für die *Rote Hilfe* übernommen oder verteilt zu haben – zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus.²³

Solidarität im KZ Ravensbrück

Anna Čadia wurde in der Folge ins Zuchthaus nach Aichach (Bayern) überstellt. Von dort wurde sie allerdings nach



Anna Čadia (1903–2001)

der Verbüßung ihrer Haftstrafe am 24. November 1942 nicht freigelassen, sondern am 10. Dezember wieder der Gestapo übergeben, die grundsätzlich entscheiden konnte, ob jemand in der Folge freikommt oder in ein Konzentrationslager eingewiesen wird. Die Gestapo Graz entschied bei Anna Čadia – wie es im standardisierten Schutzhaftbefehl hieß: „Sie gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem sie nach Strafverbüßung wegen hochverräterischer Betätigung erwarten läßt, sie werde dem Reich, vornehmlich jetzt im Kriege, weiterhin auf jede erdenkliche Weise Schaden zuzufügen suchen.“²⁴ Daher wurde sie weiter in „Schutzhaft“ gehalten, die – wie es im Schutzhafterlass 1939 hieß – „grundsätzlich in staatlichen Konzentrationslagern zu vollstrecken“²⁵ ist. Für Anna Čadia bedeutete dies die Überstellung ins Konzentrationslager Ravensbrück.²⁶ Sie wurde am 15. Jänner 1943 über Wien, Prag, Leipzig und Berlin ins KZ Ravensbrück überstellt, wo sie am 30. Jänner die Häftlingsnummer 16.538 erhielt. Hier musste sie zunächst in der „Scheißkolonne“ Zwangsarbeit leisten, ehe sie ins „Bekleidungswerk“ kam. Von dort wurde sie Anfang des Jahres 1944 zum Planieren für das am Lagergelände errichtete „Siemenslager“ strafversetzt.

Schließlich kam sie – wie sie in einem Zeitzeuginnengespräch einmal bemerkte – auf Grund ihrer schönen Schrift in die Schreibstube der Politischen Abteilung des Lagers. Dort war auch schon die Wiener Kommunistin Maria Berner, die nur wenige Monate nach ihr aus dem

Zuchthaus Aichach ins KZ Ravensbrück überstellt worden war. Diese berichtete über deren Widerstand und Solidarität in einem Interview: „Wir, die Politischen, haben immer geschaut, wo sind Österreicherinnen, was kann man für sie tun. Immer wenn Transporte angekommen sind.“²⁷ Sie hatten ein Netzwerk aufgebaut, das dann versucht hat, die Österreicherinnen auf einen guten Arbeitsplatz oder wenn sie gefährdet waren in ein anderes Lager zu bringen. So wurde etwa ein Teil der Leobnerinnen in die Außenlager Magdeburg oder Eberswalde „überstellt“.²⁸

Anna Čadia suchte daher – als die Transporte aus Graz und Leoben in Ravensbrück ankamen – die neuangekommenen Frauen auf, wie Mathilde Auferbauer berichtete: „Im Lager war auch meine langjährige Freundin aus Leoben, die schon länger eingesperrt war. Sie hat mich dort gesucht und gefunden. Und durch sie habe ich alle anderen Frauen aus dem Widerstand, so gut es eben möglich war, kennen gelernt. Das war für mich eine große Hilfe. Und das Gefühl, nicht allein zu sein, gab mir wieder Mut.“²⁹ Der Widerstandsorganisation gelang es schließlich auch, Mathilde Auferbauer mehrfach vor der Selektion des Lagerarztes zu bewahren, indem sie sie in der Typhusbaracke versteckten, und sie schließlich aus dem Lager zu „schmuggeln“.³⁰ Kranke und entkräftete Steirerinnen, die im Krankenrevier lagen, wurden so oft es ging von Anna Čadia nach ihrer Arbeit aufgesucht und mit zusätzlichen Lebensmitteln versorgt.

Als die Rote Armee Ende April 1945 immer näher rückte, kam es zur Auflösung des Lagers und die Frauen wurden ab 27. April 1945 in Kolonnen zu je 800 auf Evakuierungsmärsche in Richtung Osten geschickt. Anna Čadia verließ in einer Kolonne am 30. April das Lager. Unterwegs floh sie gemeinsam mit den Wienerinnen Anna und Hilde Wundsam, Gisela und Pauli Hochmeister sowie der Grazerin Anka Edlinger aus der nur mehr schlecht bewachten Marschkolonne. Sie versteckten sich im Unterholz: „Unsere Herzen schlugen, als wenn eine Reiterkolonne hinter uns her wäre“, sollte sie später über diesen ersten Moment der Freiheit sagen. Sie gelangten nach Templin, von wo sie allerdings wieder umkehrten und zurück ins Lager gingen, da im Süden noch Krieg herrschte. Wieder im Lager kümmerte sich Čadia um die zurückgebliebenen Kranken. Erst Mitte Mai 1945 verließ sie mit weiteren Österreicherinnen Ravensbrück

und kehrte nach Graz zurück, wo sie sich bei ihrer Schwester Franzi, die sich um ihre Tochter gekümmert hatte, meldete. Hier traf sie auch ihre Mutter wieder.

Fürsorge nach 1945 in Graz

In der Steiermark, in die Čadia zurückkehrte, regierten ab Mai 1945 die drei Parteien (KPÖ, ÖVP, SPÖ) gemeinsam, wobei die KPÖ mit dem Landeshauptmann-Stellvertreter Viktor Elser, zuständig für Krankenanstalten und Gemeinden, sowie mit den Landesräten Ditto Pölzl (Kultur und Schule) sowie Raimund Bachmann (Soziale Verwaltung) drei der neun Regierungsmitglieder stellte. Ditto Pölzl holte Čadia in das von ihm geleitete Kulturamt der Landesregierung, doch war das nicht die Arbeit, die sie ausüben wollte. Sie wollte lieber mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, die durch den Krieg, die Not und Zerstörungen besonderer Hilfe bedurften. Um ihnen Unterstützung zukommen zu lassen, rief die KPÖ Anfang Juni 1945 in der überparteilichen *Neuen Steirischen Zeitung* alle „Kindergärtnerinnen, Fürsorgefrauen, Hortnerinnen, Krankenschwestern und Pflegerinnen“ auf, sich mit Zeugnissen und Unterlagen in der Landhausgasse zu melden.³¹ Es sei nämlich jetzt notwendig – wie der Leiter des Jugendamts Rudolf Glesinger festhielt – dass „das vielgeprüfte österreichische Volk aus dem grenzenlosen Elend, in das es der wahnsinnige Krieg gestürzt hat, wieder in eine bessere Zukunft“ geführt wird. „Die wirtschaftliche Not, in welcher sich tausende Kinder befinden, die ihrer Väter, zum Teil auch ihrer Mütter beraubt worden sind, ist viel größer als nach dem ersten Weltkrieg. Die Mütter, wenn solche noch vorhanden sind, werden gezwungen sein, durch eigene Arbeit das Brot für sich und ihre Kinder zu verdienen, da mit wirklich ausreichenden Witwen- und Waisenunterstützungen bei den beschränkten Mitteln unseres Staates kaum zu rechnen sein wird. Es wird sich daher die unabwiesbare Notwendigkeit ergeben, Krippen, Kindergärten und Horte in ausreichendem Maße für diese Kinder sicherzustellen. Außer diesen Tagesheimen werden für Vollwaisen geeignete Pflegeplätze ermittelt und Anstalten bereitgestellt werden müssen. [...] Die Anstalten selbst sind durch die Kriegsereignisse teils schwer beschädigt, teils ihrer ganzen Einrichtung beraubt, so daß vielfach eine gänzliche Neueinrichtung notwendig ist. Das Jugendamt sieht sich daher vor die Aufgabe gestellt, zunächst provisorische Unterkünfte für

die bedürftige Jugend zu errichten, da die Wiederherstellung der alten Anstalten bei dem heutigen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und Material eine geraume Zeit erfordern wird.“³² In den kommenden Wochen und Monaten konnten in Graz ein Säuglings- und ein Kleinkinderheim eröffnet werden, welche rund 120 Kinder aufnehmen konnten. Daneben standen im Jahr 1945 für Mädchen 30 und für Buben 50 Plätze in Kinderheimen zur Verfügung.

Der „Rosenhof“ – das Kinderheim für die Buben – wurde ab Juli 1945 von Anna Čadia als Heimleiterin geführt. „Es waren verlauste, zerfetzte, dreckige kleine Lumpen, die gestohlen haben und nicht in die Schule gegangen sind – aber lieb.“ Ihnen galt Anna Čadias ganze Liebe, um sie bemühte sie sich.³³

Als sie am Vorabend des 1. Mai 1948 mit 14 Kindern des Heimes an dem Fackelzug der KPÖ teilgenommen hatte, wurde dies zum Anlass genommen, sie zu kündigen.³⁴ Sie kehrte wieder zurück in die Fürsorgetätigkeit, wobei sie sich wieder um alle – von der Schwangeren bis hin zum Alkoholiker – kümmerte, ehe sie 1964 in Pension ging. Sie starb am 13. Mai 2001 im 98. Lebensjahr in Graz.

Anmerkungen:

1/ Die Liste ist abgedruckt bei Max Muchitsch: Die Rote Stafette. Vom Triglav zum Hochschwab. Wien 1985, S. 488f.

2/ Allgemein zu Ravensbrück: Annette Leo: Ravensbrück – Stammlager, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 4: Flossenbürg-Mauthausen-Ravensbrück. München 2007, S. 471–520.

3/ Helga Amesberger/Brigitte Halbmayr (Hg.): Vom Leben und Überleben – Wege nach Ravensbrück. Das Frauenkonzentrationslager in der Erinnerung, Bd. 2: Lebensgeschichten. Wien 2001, S. 246.

4/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) 50.104/209, Mathilde Auferbauer: Abschrift eines Tonbands, März 1987.

5/ Biografische Angaben stammen von den Matrikeln der verschiedenen Grazer Pfarren (St. Andrae, Mariahilf, St. Leonhard und Hl. Erlöser), in denen Anna Čadia und ihre Geschwister getauft wurden bzw. die Eltern am 6. Mai 1900 geheiratet haben. Weitere Informationen stammen von einem Gespräch, das Margitta Kaltenegger am 27. April 1988 mit Anna Čadia führte. Siehe dazu: Margitta Kaltenegger: Anna Čadia. Die rote Fürsorgerin von Leoben, in: Frauenreferat der KPÖ (Hg.): Frauen der KPÖ. Gespräche und Porträts. Wien 1989, S. 55–61 bzw. in: *Stimme der Frau*, Nr. 5/1988, S. 16f.; StLA, Opferfürsorge, 9–31–131/1992 (Anna Čadia).

6/ Mutter Čadia, in: *Wahrheit*, 6.4.1946; Ein tapferes Leben im Dienste der Arbeiterklasse. Genossin Anna Čadia feiert heute ihren 80. Geburtstag, in: *Wahrheit*, 8.4.1956.

7/ DÖW 50.104/11, Anna Čadia: Erinnerungsbericht fürs Ravensbrück-Archiv, 1964.

8/ Zentrales Parteiarchiv der KPÖ, Anna Čadia: Lebenslauf, 3.8.1949.

9/ Neuerliche Schädigung der bedürftigen Jugend, in: *Arbeiterwille*, 31.5.1925.

10/ Nicole-Melanie Goll: Das was bleibt. Ein Rückblick auf die 100-jährige Geschichte des Amtes für Jugend und Familie, hg. vom Amt für Jugend und Familie der Stadt Graz. Graz 2017, S. 32.

11/ Marie Watteck: Der Fürsorgerinnenberuf, in: *Deutsche Frauen-Zeitung*. Beilage des *Neuen Grazer Tagblattes*, 6.7.1924.

12/ Karl Jellenigg: Die Fürsorge in Leoben, in: *Arbeiterwille*, 9.1.1926.

13/ DÖW 50.104/11, Čadia: Erinnerungsbericht.

14/ Kampffront Donawitz, in: *Arbeiterwille*, 25.5.1932.

15/ DÖW 50.104/11, Čadia: Erinnerungsbericht.

16/ Anna Čadia im Gespräch mit Margitta Kaltenegger, 27.4.1988.

17/ Florence Hervé: Vor 85 Jahren: Internationaler Frauenkongress gegen Krieg und Faschismus in Paris, 4.–7. August 1934, in: *Wir Frauen*, Nr. 2/2019.

18/ So berichtete etwa der *Völkische Beobachter* am 26.10.1937 von den erfolgreichen kommunistischen „Zersetzungsversuchen“ in Leoben.

19/ Josef Freudenthaler: „Eisen auf immer dar!“ Geschichte der Stadt und des Bezirkes Leoben, Bd. 2: Heimkehr des steirischen Eisenbezirkes ins Großdeutsche Reich. Leoben 1938, S. 82.

20/ Zum Widerstand in Leoben siehe u.a. Heimo Halbrainer: „So was wie in Leoben ist seit der Eingliederung der Ostmark im Gau Steiermark noch nicht vorgekommen.“ – Widerstand und Opposition entlang der Eisenstraße, in: Werner Anzenberger/Christian Ehetreiber/Heimo Halbrainer (Hg.): Die Eisenstraße 1938–1945. NS-Terror-Widerstand-Neues Erinnern. Graz 2013, S. 91–122; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in der Steiermark. ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnen 1938–1945. Graz 2019, S. 305–313.

21/ Heimo Halbrainer: Anton Buchalka und der Widerstand der KPÖ in Kapfenberg und Umgebung 1938/39, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 25 Jg. (2018), Nr. 3, S. 13–16.

22/ Heimo Halbrainer: „Wenn einmal die Saat aufgegangen, ...“ Letzte Briefe steirischer Widerstandskämpferinnen und -kämpfer aus Todeszelle und Konzentrationslager. Graz 2019, S. 187–190.

23/ Oberlandesgericht Wien, Urteil gegen Alois Pisnik u.a., OJs 154/40 v. 24.6.1941.

24/ Als Beispiel hier: Schutzhaftebefehl der Geheimen Staatspolizei gegen Franz Riegler,

19.12.1941.

25/ Schutzhaftebefehl, 25.1.1939, zit. nach: Martin Broszat: Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 2. München 1989, S. 9–133, hier S. 74f.

26/ Zu den Steirerinnen im KZ Ravensbrück siehe: Helga Amesberger: Steirerinnen und Steirer im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, in: Maria Časar/Heimo Halbrainer (Hg.): „Die im Dunkeln sieht man doch“ – Frauen im Widerstand – Verfolgung von Frauen in der Steiermark. Graz 2007, S. 71–100.

27/ Maria Berner: Die Rettung, in: Karin Berger u.a. (Hg.): Ich geb Dir einen Mantel, daß Du ihn noch in Freiheit tragen kannst. Widerstehen im KZ. Österreichische Frauen erzählen. Wien 1987, S. 187–197, hier S. 189.

28/ Cilli Muchitsch und Marianne Krasovec berichten in ihren Erinnerungen, wie sie durch die Lagerorganisation in die Außenlager kamen, in: Berger u.a. (Hg.): Ich geb Dir einen Mantel, S. 40 und 45.

29/ DÖW 50.104/209, Auferbauer: Abschrift eines Tonbands.

30/ Zu ihrer Geschichte siehe Heimo Halbrainer: Karl und Mathilde Auferbauer – Ein Stück vergessener Leobner Widerstands- und Verlagsgeschichte, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 27 Jg. (2020), Nr. 1, S. 19–24.

31/ Fürsorge und Erziehung, in: *Neue Steirische Zeitung*, 3.6.1945.

32/ Rudolf Glesinger: Die nächsten Aufgaben der Jugendfürsorge, in: *Neue Steirische Zeitung*, 6.7.1945.

33/ Kaltenegger: Anna Čadia, S. 61.

34/ Mißbrauch unmündiger Kinder, in: *Steirerblatt*, 14.5.1948. Das große Grazer Schulprogramm, in: *Neue Zeit*, 18.6.1948.

Der Film von Jo Schmeiser, der Urnenkelin von Anna Čadia, kommt voraussichtlich im Herbst 2021 in die Kinos.
www.widerstandsmomente.at

„Ich bin nicht auf die Welt gekommen, um wegzuschauen.“

Widerstandsmomente Jetzt im Kino

Die Dokumentation von Jo Schmeiser, Regisseurin und Urnenkelin von Anna Čadia, erzählt die Geschichte der Widerstandskämpferinnen und -kämpfer aus der Steiermark, die im Konzentrationslager Ravensbrück inhaftiert waren. Der Film zeigt die Alltagsgeschichte der Frauen, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus kämpften. Er ist ein Dokument der Widerstandsbewegung in der Steiermark.

www.widerstandsmomente.at

„Nacht und Nebel“ von Alain Resnais

HELMUT RIZY

„Das Blut ist geronnen, die Münder sind verstummt, es ist nur eine Kamera, die jetzt diese Blocks besichtigen kommt. Ein eigentliches Grün bedeckt die müde getretene Erde. Die Drähte sind nicht mehr elektrisch geladen. Kein Schritt mehr, nur der unsere.“

Dieser Kommentar des Dichters und Schriftstellers Jean Cayrol begleitet die Bilder, die Alain Resnais' Kameramann Sasha Vierny zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau gedreht hat. Das Gras, das mittlerweile zwischen den Gleisen wucherte, auf denen einst Züge aus allen Teilen Europas hunderttausende Häftlinge anliefernten, die verrosteten Stacheldrahtzäune, die rissigen Mauern der Gaskammern, sie leiten den 30-minütigen Dokumentarfilm „Nuit et brouillard“ (Nacht und Nebel) ein, der wie kein anderer das Gedächtnis an die vom Nazi-Regime in den Konzentrationslagern begangenen Gräueltaten geprägt hat.

„Die Idee, einen solchen Film zusammenzustellen, kam nicht plötzlich, mehr als zehn Jahre nach den Ereignissen“, stellte der französische Filmregisseur Alain Resnais, der später vor allem durch seine Filme „Hiroshima, mon amour“ und „Letztes Jahr in Marienbad“ berühmt wurde, nach dessen Fertigstellung fest. „Die Idee entstand vielmehr innerhalb des ‚Komitees für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs‘, einer offiziellen französischen Organisation, die dem Büro des Ministerpräsidenten untersteht, und eine eigene Kommission hat, die sich ausschließlich mit der Geschichte der Deportationen befasst.“

Dokumentarfilme über deutsche KZs

Aus dem Kontrast zwischen den einleitenden Farbaufnahmen der verwaisten Landschaft des einstigen Konzentrationslagers und den folgenden Schwarzweiß-Aufnahmen aus den Nazi-Archiven sowie denen, die die Alliierten während und nach der Befreiung erstellten, erwächst die besondere Spannung, die Alain Resnais' Werk auszeichnet. Dabei war dieser Film keineswegs der erste Dokumentarfilm, der sich diesem Thema gewidmet hat. Die Bilder, die sich den

alliierten Soldaten bei der Befreiung der Lager boten, waren so schockierend, dass die sie begleitenden Kameraleute gar nicht umhinkonnten, dies in allen Details auf Film zu bannen, um – wie sie später anmerkten – für alle Zukunft festzuhalten, was hier geschehen war. Es sollte in Zukunft keine Möglichkeit geben, das, was sie gesehen hatten, zu leugnen.

1945 beauftragte das Britische Informationsministerium Sidney Bernstein, aus diesem Material einen Dokumentarfilm zusammenzustellen, der die deutsche Bevölkerung und insbesondere die deutschen Kriegsgefangenen mit den Verbrechen in den deutschen Konzentrationslagern konfrontieren, aber auch das britische Publikum informieren sollte – Arbeitstitel: German Concentration Camps Factual Survey. Der Unternehmer Sidney Bernstein hatte dem Ministerium schon während der Kriegsjahre als Ratgeber gedient, obwohl der überzeugte Sozialist vom Geheimdienst MI5 als „Sicherheitsrisiko“ eingestuft war, da er kommunistische Freunde hatte. Für die Produktion des Dokumentarfilms holte Bernstein den Regisseur Alfred Hitchcock nach London. Dieser wollte, dass für den Film zusätzlich noch Menschen aus der Umgebung der Konzentrationslager befragt würden.

Doch dann landete der Film bereits im September 1945 unvollendet im Archiv. Der Kalte Krieg wandelte den Blick der westlichen Alliierten auf Deutschland, die Entnazifizierung war nicht mehr von Bedeutung, wenn es darum ging, die BRD als treuen Verbündeten zu gewinnen. Für die britische Regierung kam noch hinzu, dass der Film zwangsläufig bei der eigenen Bevölkerung Mitleid mit den Jüdinnen und Juden hervorgerufen hätte, die sie zu jener Zeit mit Gewalt von Palästina fernzuhalten versuchte. Immerhin vollendeten beinahe sieben Jahre nach dem erzwungenen Ende der Arbeit am Film Studenten der Filmakademie am Londoner Imperial War Museum diesen dann doch. Erstmals gezeigt wurde der Film schließlich bei den Berliner Filmfestspielen 2014.

Anders als die Briten ließ die US-Besatzungsmacht in Deutschland ihr eigenes Projekt eines Films im Rahmen der Re-Education und Entnazifizierung fertigstellen. Regie bei diesem Film, der unter dem Titel „Death Mills“ (Die Todes-

mühlen) herauskam, führte der aus Prag stammende Theater- und Filmregisseur Hanuš Burger, der 1938 aus der Tschechoslowakei geflüchtet und über Frankreich in die USA emigriert war, wo er sich 1941 zum Kriegsdienst meldete und schließlich in einer Abteilung für Propaganda und Psychologische Kriegsführung eingesetzt war.

Auch er hatte einen berühmten Filmregisseur an seiner Seite: Billy Wilder. Geplant war ein Langfilm mit einer fiktiven Rahmenhandlung, doch drängten die Zeit – und auch hier: die geänderten politischen Bedingungen. So wurde der Film, der neben dem Filmmaterial, das nach der Befreiung in den KZs Bergen-Belsen, Buchenwald, Auschwitz, Majdanek und Dachau aufgenommen worden war, auch Befragungen von Mitgliedern des SS-Wachpersonals, die zwangsweise Führung der örtlichen Bevölkerung durch die Lager sowie die Besichtigung durch General Eisenhower und den Erzbischof von Canterbury zeigt, auf 22 Minuten zusammengeschnitten.

Die Uraufführung erfolgte im Oktober 1945 und ab Jänner 1946 wurde der Film in westdeutschen Kinos gezeigt. Die Erwartungen, er könnte das Bewusstsein der Deutschen wie auch der Österreicher entscheidend beeinflussen, erfüllten sich nicht. Billy Wilder war sich des Problems bewusst, als er meinte: „Die Leute werden später behaupten, das hätten wir in Hollywood mit Special Effects nachgestellt.“

Dies scheint sich auch zehn Jahre danach noch nicht geändert zu haben. Denn auch Alain Resnais betonte 1957 in Bezug auf seinen Film „Nacht und Nebel“: „Um es noch einmal zu wiederholen: Wir können für alle Bilder und Passagen des Films Unterlagen beibringen. Nicht ein einziges Bild, kein einziges Dokument und keine Filmszene wurde nachträglich ‚gestellt‘. [...] Es mag schwer fallen, daran zu glauben, dass das Unglaubliche wahr gewesen sein könnte, dass es über Jahre hinaus Wirklichkeit war.“ An anderer Stelle stellte er aber auch fest: „Ich will die Zuschauer nicht erschlagen, ich will sie verstören, sie wachrütteln, neugierig machen, sie etwas entdecken lassen. Und das hatten die Dokumentarfilme über die Lager gleich nach dem Krieg nicht erreicht.“

Resnais stand für seinen Film weitgehend das gleiche Material wie Bern-



Alain Resnais (1922–2014)

stein und Burger zur Verfügung. Verweigert wurde ihm allerdings jeder Zugriff auf Fotomaterial des *Service Cinématographique* der französischen Armee. Grund dafür mag gewesen sein, dass er im Jahr zuvor gemeinsam mit Chris Marker den Essayfilm „Les statues meurent aussi“ (Auch Statuen sterben) gedreht hatte, der mit der Feststellung „Wenn Menschen sterben, gehen sie in die Geschichte ein. Wenn Statuen sterben, werden sie Kunst“ beginnt. Die beiden Regisseure setzten sich darin mit dem Kolonialismus und der durch ihn geprägten Wahrnehmung afrikanischer Kunst in Europa auseinander – zu einer Zeit, da Frankreich mit Unabhängigkeitsbewegungen in Indochina und Afrika konfrontiert war. Obwohl der Film mit dem Jean-Vigo-Preis ausgezeichnet wurde, blieben Teile von ihm bis 1968 zensuriert.

Mauthausen–Überlebender Jean Cayrol

Ebenso bedeutend wie das Film- und Fotomaterial war für Alain Resnais jedoch auch der Kommentar, der die Bilder begleiten sollte. Er wollte den Auftrag für den Film nur annehmen, falls er eine Person, die das Schicksal der Deportation selbst erlebt hatte, als Autor gewinnen konnte. Und dies gelang ihm mit Jean Cayrol. Der 1911 in Bordeaux geborene Dichter und Schriftsteller hatte sich nach dem Einmarsch der deutschen Armee in Frankreich der katholischen Widerstandsgruppe *Confrérie Notre-Dame* angeschlossen. Seinen Arbeitsplatz als Bibliothekar der Handelskammer in seiner Heimatstadt nutzte er, um die deutschen U-Boot-Bewegungen im nahegelegenen Hafen zu beobachten und darüber nach London zu berichten. Im Juni 1942 wurde er verhaftet und im März des darauffolgenden Jahres als Nacht-und-Nebel-Häftling ins KZ Mauthausen deportiert.

Hitlers „Nacht und Nebel“-Erlass vom Dezember 1941 war für Menschen vorgesehen, die in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und auch Norwegen wegen Widerstands gegen die Besatzungsmacht verhaftet, aber nicht zum Tod verurteilt worden waren. Sie wurden nach Deutschland verschleppt, wobei deren Angehörige keine Auskünfte darüber erhalten durften. Ihr „spurloses Verschwinden“ sollte als Abschreckung dienen. Jean Cayrols Deportation blieb allerdings nicht geheim und Louis Aragon sowie andere französische Schriftsteller protestierten öffentlich, wenn auch vergebens dagegen.

Schon kurz nach seiner Ankunft im KZ Mauthausen wurde Cayrol ins Nebenlager Gusen überstellt, wo er sechs Monate lang Schwerstarbeit im Steinbruch verrichten musste. Nur durch die Solidarität von Mithäftlingen und vor allem durch die Hilfe des später im Lager ermordeten Priesters Johann Gruber konnte Cayrol überleben. Schließlich kam er an einen Arbeitsplatz in dem im Lager angesiedelten Werk der Steyr-Daimler-Puch AG. Unter dem Tisch einer Werkshalle verborgen, konnte er hier wieder lyrische Texte schreiben, während darüber die Endkontrolle von Waffen und Munition ablief.

Diese Texte, die Cayrol nicht als Gedichte bezeichnen wollte, waren nach der Befreiung des Konzentrationslagers plötzlich verschwunden. Doch 1955 wurden sie dem Dichter aus Deutschland anonym zugesandt. Eine Auswahl der Texte veröffentlichte er spät aber doch 1997 unter dem Titel „Alerte aux ombres“ (Schattenalarm). Aus dem Februar 1945 stammen die Verse vom „Mittagsengel“:

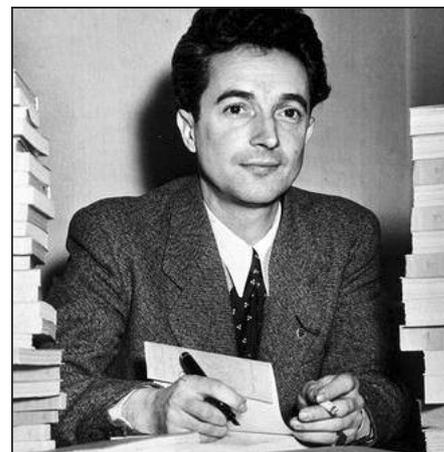
*Der Mittagsengel klopft an die Tür
in seinen Augen sah ich des Lebens Reste
ein wenig Erde, eine Brücke zerstört,
ein Himmel so lieb und verdorrte Äste.*

*Der Mittagsengel, von Hunger geplagt,
schläft stehend ein, die Augen zu.
Wer von uns reicht ihm die Hand?
Der Mittagsengel sagt kein einziges Wort.*

*Der Mittagsengel spart eine Lippe für
den Durst
was wird aus ihm werden, wer weiß das
schon.*

*Blutenden Herzens, ein verzauberter Tag,
ein Mond ganz weiß und winterlich kalt.*

*Der Mittagsengel schläft an meiner Schulter,
steif schon wie noch grünes Holz,
der von Frieden geblendete Engel, der du
auf den Lippen des Vaters warst.*



Jean Cayrol (1911–2005)

*Hör den kläglichen Laut des Hungers!
Mitternacht bricht über dem Mittagsengel herein.*

*Wo eilst du hin mit geknicktem Flügel?
Sein Schatten bleibt und stillt unseren Hunger.*

Noch im Jahr seiner Rückkehr aus dem befreiten Konzentrationslager Mauthausen/Gusen schrieb und veröffentlichte Jean Cayrol seine „Poèmes de la nuit et du brouillard“ (Gedichte der Nacht und des Nebels), in denen er die Zeit des Widerstands und der Haft im Konzentrationslager aufarbeitete. Auch die Schattenwesen aus seinem Roman „L’Espace d’une nuit“ (Im Bereich einer Nacht), der 1954 erschien, scheinen aus der Welt dieser Vergangenheit zu stammen. Später wird Cayrol von einer „Lazarenischen Literatur“ schreiben, verfasst von einem, der wie der Lazarus aus der Bibel vom Tod ins Leben zurückgekehrt ist, dem jedoch dann die Realität unwirklich erscheint. Dazwischen liegt Cayrols Arbeit am Kommentar zu Alain Resnais’ Dokumentarfilm, in dem es heißt:

*Die Züge sind vollgepfercht, verriegelt,
hundert Verschleppte pro Waggon,
kein Tag, keine Nacht, Hunger Durst,
Wahnsinn, Ersticken.*

*Eine Botschaft – manchmal wird sie auf-
gelesen.*

*Der Tod hält seine erste Auslese.
Eine zweite folgt am Bestimmungsort,
bei Nacht und Nebel.*

Und dann: „Ein erster Blick auf das Lager: ein anderer Planet.“ Es ist der Rückblick auf eine Vergangenheit, die kaum zu begreifen ist: „Die Wirklichkeit der Lager: die sie geschaffen haben, ignorieren sie, und die sie erleiden, können sie nicht fassen. Und wir, die wir nun zu sehen versuchen, was übrig blieb...“ Cayrol bleibt in seinem Text aber nicht allgemein, er ist Augenzeuge, und es wird auch deutlich, in welchem Konzentrationslager er inhaftiert war:



Szenenfotos aus „Nuit et brouillard“



„Das Hartheimer Schloss, das man in Reiseautobussen mit Mattglasscheiben besichtigen fährt – man kommt nicht zurück. Die ‚Dunkeltransporte‘ – ihr Ziel sind die Krematorien.“ Das Schloss Hartheim bei Linz wurde 1940 als Euthanasie-Anstalt eingerichtet, in der in den folgenden vier Jahren etwa 30.000 Menschen mit Behinderung und psychisch Kranke, aber auch Häftlinge aus den KZs Mauthausen, Gusen und Dachau ermordet wurden. An anderer Stelle findet sich der Hinweis auf den Konzern, für den der Autor schließlich selbst Zwangsarbeit leisten musste: „Die Industrieplanung zeigt Interesse für dieses unerschöpfliche Arbeitskräfte-Reservoir. Manche Werke haben ihre eigenen, der SS unzugänglichen Lager. Bei Steyr, Krupp, Heinkel, IG Farben, Siemens, Hermann Göring und anderen werden auf diese Weise die Lücken geschlossen.“

Filmmusik von Hanns Eisler

Neben den Bildern und dem Kommentar zeichnet Resnais' Film noch ein drittes Element aus: die Musik. Ausgerechnet den Schönberg-Schüler Hanns Eisler, der seit den 1930er Jahren mit Bertolt Brecht zusammenarbeitete, im US-Exil der Kommunistenjagd der McCarthy-Ära zum Opfer fiel und 1949 in die DDR ging, wo er deren Nationalhymne komponierte, lud Resnais ein, seinen Film zu vertonen. Dieser sagte zu und komponierte die Musik in der letzten Novemberwoche 1955 in Paris. Als „Nuit et brouillard“ 1956 mit dem Jean-Vigo-Preis ausgezeichnet wurde, schrieb der Regisseur sogleich an den Komponisten: „Ich beglückwünsche mich, im Oktober meine Zurückhaltung überwunden und Ihnen geschrieben zu haben.“

Der Film wurde 1956 ins Programm der Filmfestspiele von Cannes aufgenommen. Dagegen erhob die Regierung der BRD Einspruch, da – wie sie meinte – eine Präsentation in Cannes dem Deutschlandbild schade, in einer Zeit, in der Versöhnung an erster Stelle stehen sollte. Der Botschafter der BRD in Paris, Vollrath Freiherr von Maltzan berief sich in seiner Erklärung auf den Paragraphen 5 der Festspielordnung, wonach sich nur Filme am Wettbewerb beteiligen dürften, die die Gefühle anderer Staaten nicht verletzen. Und nach einer Intervention von Mitgliedern der französischen Regierung, allen voran der Staatssekretär für Handel und Industrie Maurice Lemaire, wurde der Film aus dem Programm gestrichen.

Die Vorgänge in Cannes blieben allerdings der Öffentlichkeit nicht verborgen. Im französischen Senat interpellierte am 10. April 1956 Edmond Michelet – er hatte sich 1940 der Résistance angeschlossen, war im Februar 1943 von der Gestapo verhaftet und im September desselben Jahres ins KZ Dachau deportiert worden, war Mitbegründer des *Comité International de Dachau* und in den Jahren 1945/46 Verteidigungsminister unter de Gaulle gewesen.

Der Senator fragte Maurice Lemaire, ob er nicht denke, dass die Ablehnung des Films durch die Auswahlkommission als öffentliche Ablehnung des französischen Widerstands und der Deportierten interpretiert werden könne. Und weiters: Ob der Staatssekretär nicht auch meine, dass die Regierung und das Volk der Bundesrepublik Deutschland Anstoß nehmen könnten an der Beschuldigung, die von der Presse formuliert wurde, dass diese Maßnahme als Resultat einer Intervention von deutschen Behörden geschehen sei (obwohl die Bundesrepublik doch ständig betone, dass sie sich absolut von den Nazi-Verbrechen distanzieren)? Michelets Interpellation wurde ausführlich in den Zeitungen *Franc-Tireur* und *La Croix* dokumentiert.

Auch der französische Außenminister Christian Pineau, der ebenfalls der Résistance angehört hatte und nach seiner Verhaftung durch die Gestapo ins KZ Buchenwald deportiert worden war, distanzierte sich von Lemaire's Intervention.

Am 16. April veröffentlichte die Zeitung *Le Monde* einen Protest Jean Cayrols, in dem er seinerseits die Frage stellte: „Meine deutschen Freunde, was halten Sie von diesem Attentat auf unsere Freundschaft, denn es ist ein Attentat, nicht wahr, lieber Heinrich Böll?“ Dieser

antwortete am darauffolgenden Tag in einem Telegramm: „LIEBER CAYROL ERST HEUTE ABEND BEKOMME ICH DEN VOLLEN TEXT IHRER ERKLÄRUNG IN LE MONDE ICH WERDE IHNEN GLEICH SCHREIBEN NEHMEN SIE HEUTE DEN HERZLICHSTEN AUSDRUCK MEINER SYMPATHIE UND FREUNDSCHAFT – IHR HEINRICH BOELL.“

In der BRD protestierten in der Folge neben Heinrich Böll auch Alfred Andersch, Wolfgang Hildesheimer, Eugen Kogon, Erich Kuby, Hans Werner Richter und andere gegen den Schritt der Bundesregierung. Im Bundestag verlangte die SPD eine aktuelle Fragestunde. Nach der Begründung für die Intervention befragt, antwortete Staatssekretär Hans Ritter von Lex, Cannes sei nicht „der rechte Ort [...] um einen Film zu zeigen, der nur allzu leicht dazu beitragen kann, den durch die nationalsozialistischen Verbrechen erzeugten Hass gegen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wieder zu beleben.“ Im Namen der SPD erklärte die spätere Bundestagspräsidentin Annemarie Renger dazu: „Glauben Sie nicht, dass man dadurch den Eindruck erwecken könnte, dass sich die Bundesregierung unnötigerweise mit etwas identifiziert, was sie nicht will?“

Die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN) prangerte ihrerseits in einem Protestschreiben die implizite Gleichsetzung von deutscher Ehre mit SS-Ehre an und stellte fest, nicht der Film, sondern das Verbot sei für das Ansehen Deutschlands schädlich.

Deutsche Fassung

„Nuit et brouillard“ wurde schließlich doch noch in Cannes gezeigt – am Sonntag, den 29. April 1956, außer Konkurrenz in einem kleinen Kino vor geladenen Gästen. Staatssekretär Lemaire verordnete schließlich, den Film am französischen Gedenktag für die Opfer der deutschen Konzentrationslager zu zeigen. Und am 22. Mai lief der Film in Pariser Kinos an. Die Auseinandersetzungen rund um die Interventionen hatten jedenfalls das Interesse am Film erheblich geweckt.

Auch in Deutschland. Als es darum ging, eine deutschsprachige Fassung des Films zu erstellen, wurde der Dichter Paul Celan damit beauftragt. Cayrol und Celan hatten einander 1954 kennengelernt, und seit Celan den Roman „L'espace d'une nuit“ ins Deutsche übertragen hatte, galt er als geeichter Cayrol-Übersetzer. In den Monaten Sep-

tember/Okttober 1956 erarbeitete er die deutschsprachige Fassung, wobei sein Text durchaus einen eigenen Stil aufweist. Schließlich musste auch er sich der Bildsprache und dem Schnitt des Regisseurs anpassen. Wobei es Paul Celan durch fortgesetztes Feilen von der wortwörtlichen Übersetzung bis zur endgültigen Fassung gelang, das Expressive, Eindringliche des Cayrol'schen Kommentars beizubehalten.

In der Übersetzung sind aber durchaus auch Parallelen zu Celans eigenem lyrischem Schaffen zu erkennen, das ebenso wie das Cayrols durch die Zeit des Nazi-Regimes gezeichnet war. 1920 in Czernowitz geboren, verlor Paul Celan nach dem Einmarsch deutscher und rumänischer Truppen 1941 beide Eltern. Er selbst überlebte im Arbeitslager, zur Arbeit im Straßenbau gezwungen. Nach der Befreiung studierte Celan in Bukarest, kam 1947 über Ungarn nach Wien und ließ sich schließlich im Jahr darauf in Paris nieder. So heißt es dann auch im Kommentar, als der Film gegen Ende zu Bildern aus dem nunmehr verwaisten Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau zurückkehrt:

Während ich zu euch spreche, dringt das Wasser in die Totenkammern; es ist das Wasser der Sümpfe und Ruinen, es ist kalt und trübe – wie unser schlechtes Gedächtnis.

Der Krieg schlummert nur.

Auf den Appellplätzen und rings um die Blocks hat sich wieder das Gras angesiedelt. Ein verlassenes Dorf – noch unheilsschwanger.

Das Krematorium ist außer Gebrauch, die Nazimethoden sind aus der Mode.

Wer von uns wacht hier und warnt uns, wenn die neuen Henker kommen? Haben sie wirklich ein anderes Gesicht als wir? Irgendwo gibt es noch Kapos, die Glück hatten, Prominente, für die sich wieder Verwendung fand, Denunzianten, die unbekannt blieben; gibt es noch all jene, die nie daran glauben wollten – oder nur von Zeit zu Zeit.

Und es gibt uns, die wir beim Anblick dieser Trümmer aufrichtig glauben, der Rassenwahn sei für immer darunter begraben, uns, die wir tun, als schöpften wir neue Hoffnung,

als glaubten wir wirklich, dass all das nur einer Zeit und nur einem Land angehört, uns, die wir vorbeisehen an den Dingen neben uns und nicht hören, dass der Schrei nicht verstummt.

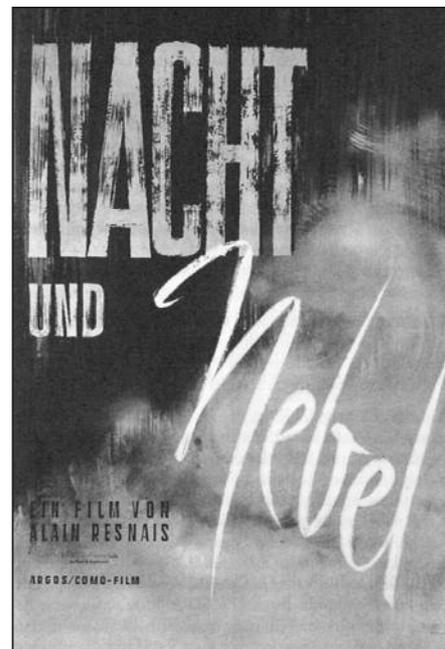
Resnais merkte bei Gelegenheit an, dass die Botschaft des Films durchaus auch auf den Krieg, den Frankreich damals in Algerien führte, bezogen war. Er habe keinen Film zum reinen Totengedenken machen, sondern sowohl die historische Wahrheit erzählen als auch auf andere Formen der Vernichtung aufmerksam machen wollen. Und er verwies auf die Lager, die die Franzosen für die gefangenen Algerier einrichteten. Auch Cayrol wies auf den Bezug zu Algerien hin. Im Februar 1956 schrieb er, man solle „nicht vergessen, dass unser Land nicht frei vom Rassenskandal ist“.

Für die deutschsprachige Fassung von „Nacht und Nebel“ gab es von offizieller Seite der BRD einige Wünsche. So hätte man es gern gesehen, wenn „die verwerfliche Rolle gewisser Teile der deutschen Industrie“, die im Film deutlich gezeigt wird, etwas abgeschwächt würde. Außerdem wollte man, dass der Name Hanns Eisler als Komponist nicht aufscheinen sollte. Damit stand man den Franzosen nicht nach. Alain Resnais hatte sich schon im Dezember 1955 mit der französischen Filmzensur herumschlagen müssen. Sie verlangte die Beseitigung einer Aufnahme aus dem Lager Pithiviers, auf der ein französischer Polizist zu sehen war. In diesem Lager waren französische Jüdinnen und Juden vor der Deportation interniert gewesen, und das Foto war gewissermaßen ein Beleg für die Kollaboration des Vichy-Regimes mit den Nazi-Besatzern. Resnais weigerte sich, die Aufnahme zu entfernen, stimmte jedoch schließlich einem Kompromiss zu, wonach das Képi retuschiert wurde, sodass dessen Träger nicht mehr als französischer Polizist erkennbar war. Der Name des Lagers blieb erhalten.

Was und wen erreichte „Nacht und Nebel“

Der französische Filmregisseur François Truffaut, der im Jahr des Erscheinens von „Nacht und Nebel“ die „erschreckende Sanftheit“ des Films hervorgehoben hatte, schrieb 1975 in seinem Buch „Les films de ma vie“ über diesen, er sei „kein Dokumentarfilm, keine Anklage, kein Gedicht, sondern eine Meditation über das wichtigste Ereignis des 20. Jahrhunderts.“ Und: „Ein paar Stunden lang wischt ‚Nuit et brouillard‘ alle anderen Filme aus: es ist absolut notwendig diesen Film zu sehen.“

Die Regierung der BRD kaufte übrigens, nachdem das Gewitter um Cannes abgezogen war, 200 Kopien des Films; schließlich hatte man doch nicht prinzi-



piell etwas gegen den Film. Ab Ende November 1956 konnten diese über das Bonner Bundespresseamt von Organisationen ausgeliehen werden – nicht von allen selbstverständlich: der Interessengemeinschaft der Wehrdienstgegner Ostfrieslands etwa wurde ihr Ansuchen negativ beschieden.

Im Zusammenhang mit Alain Resnais' Film wurde einmal mehr die Frage gestellt, ob Filme einen ethischen Effekt haben könnten. Auch hier war eine klare Antwort nicht möglich: Zugleich mit der BRD wurde der Film auch in Österreich gezeigt. Ich sah „Nacht und Nebel“ als fünfzehn oder sechzehn Jahre alter Gymnasiast im Kino meines Heimatortes. Es müssen also gerade Ferien gewesen sein. Und ich erinnere mich, dass es eine Nachmittagsvorstellung war. So kam es, dass ich den Film zusammen mit einem etwa gleichaltrigen Freund sah und wir uns im Anschluss lange über ihn und das, was wir durch ihn erfahren hatten, unterhielten. Mich begleitete die Erinnerung an den Film nachhaltig mein ganzes weiteres Leben. Ob das auch für den damaligen Freund zutraf, weiß ich nicht. Er trat später – möglicherweise aus einer Familientradition heraus – der Freiheitlichen Partei Österreichs bei, einer Partei, die als Sammelbecken für jene Nazis entstanden war, bei denen Entnazifizierung oder Re-Education erfolglos geblieben waren.

„Nacht und Nebel“ ist als DVD in der arte-Edition erhältlich. Über Entstehung und Rezeption des Films berichtet Ewout van der Knaap in seinem 2008 erschienen Buch: „Nacht und Nebel“. Gedächtnis des Holocaust und internationale Wirkungsgeschichte.

„Ich will mit Dir wegen der Marillenbäume sprechen“

Ferdinand Strasser und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Krems

ROBERT STREIBEL

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Krems begann in einer Zeit, die für KommunistInnen unter zweifach schwierigen und bedrohlichen Vorzeichen stand. Einerseits war da die Bedrohung durch die Gestapo, andererseits hatte die Sowjetunion mit Deutschland am 24. August 1939 einen Nichtangriffspakt geschlossen. In der Regel bestand die illegale Arbeit in der Weitergabe von Druckschriften, in der Produktion von Flugblättern oder – im Fall von Krems – in der Vorbereitung dafür. Ein Hauptaugenmerk wurde auf die Sammlung von Geld für die *Rote Hilfe* gelegt, um Familien von bereits inhaftierten GenossInnen zu unterstützen. In den Verhören mit der Gestapo erklärte Ferdinand Strasser, dass die „Rote Hilfe“-Aktion nie so genannt worden sei, sondern es sich lediglich darum gehandelt habe, Frauen und Kinder „von ehemaligen sozialdemokratischen Parteifreunden, die bei Kriegsausbruch aus mir unbekanntem Gründen verhaftet worden waren“, zu unterstützen.

Wer sich die lokale Situation in einer Kleinstadt vor Augen führt, dem wird die Unmöglichkeit der illegalen Arbeit verdeutlicht. Jeder kennt jeden, und die meisten Akteure sind durch ihre Vorgeschichte bereits punziert und bekannt. Nicht so dramatisch war die Situation für Ferdinand Strasser. Der Beginn seiner politischen Aktivitäten lag vor dem Ersten Weltkrieg als Schüler und reichte in Krems bis in die 1920er Jahre. Danach übersiedelte er nach St. Pölten, wo er als Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und Vizebürgermeister der Stadt tätig war. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion wurde er am 28. Juli 1937 verhaftet und im Jänner 1938 freigelassen.¹ Er lebte mit seiner Frau und seinem Sohn Manfred in Krems am Täglichen Markt Nr. 4. Sein Aufenthalt in der Sowjetunion war allgemein bekannt, was dazu führte, dass er seinen Job als Hilfsarbeiter bei der Technischen Zeuganstalt in Krems im Mai 1938 – wenige Wochen nach dem „Anschluss“ Österreichs – wieder verlor.

Wie vorsichtig Strasser nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion war, belegt ein späterer Brief der sozialdemokratischen Politikern Maria Emhart, die

Strasser aus St. Pölten kannte, wo sie Gemeinderätin und wegen der Beteiligung an den Februarkämpfen inhaftiert worden war. In einem Brief an Maria Strasser 1951 beschrieb sie das Wiedersehen: „Als ich nach meiner 2-jährigen Haft 1938 im Jänner nach Bischofshofen verbannt wurde, sah ich Ferdl bei einem Schispringen. Er flüchtete vor mir, wahrscheinlich wollte er seine besten Freunde treffen. [...] Ich gab aber nicht auf, lief hinter ihm her, so lange, bis ich ihn hinter einem Fenster hervorholen konnte. Und dann gingen wir zu dritt, mein Mann war auch dabei, spazieren. Ferdl erzählte uns vieles. Er musste damals Kärnten und Salzburg betreuen.“²

Kommunistische Widerstandsgruppe

In meinen bisherigen Forschungen über den Widerstand in Krems, die bereits in den 1980er Jahren begannen, war es ein Ziel, den Widerstand umfassend zu dokumentieren und zu zeigen, dass trotz der mörderischen Genauigkeit der Gestapo nicht das gesamte Netz der SpenderInnen für die *Rote Hilfe* ausgeforscht werden konnte. So kam es neben der Anklage gegen die drei führenden Köpfe des Widerstands Johann Hoffmann, Ferdinand Strasser und Franz Zeller zu Volksgerichtsverfahren gegen 16 weitere Personen. Durch ZeitzeugInnengespräche konnten mindestens noch einmal so viele SpenderInnen und AktivistInnen ermittelt werden.

Im ersten Gestapo-Verhör am 16. März 1941, zwei Tage nach seiner Verhaftung, gab der Tischlergehilfe Johann Hoffmann den Beginn des Organisationsaufbaus in Krems mit Anfang 1940 an. Wenige Monate später wurde der Kontakt zu Leopold Fritzsche, einem Vertreter des Zentralkomitees der KPÖ in Wien, hergestellt. Hoffmann wurde ein Lichtbild von Fritzsche vorgelegt, worauf er bestätigte, dass es sich dabei um den Mann handle, der sich ihm gegenüber lediglich als „Toni“ ausgegeben hatte.³ Im Mai 1940 kam es zu einem Treffen mit Stefanie Engler („Grete“) aus Wien, die als „Verbindungsmännin“ der „Provinzkommission“ der KPÖ fungierte. Dabei war auch der Schweißer Johann Ebner aus St. Pölten anwesend.

Belegt sind weitere Treffen mit Fritzsche und Engler im August und im Oktober 1940. Im Jänner 1941 kam es zu einem Treffen in der Wohnung von Rosa Holzer, bei dem auch der Zugschaffner August Steindl aus St. Pölten anwesend war. Am 14. Februar 1941 fand ein weiteres Treffen in der Wohnung von Holzer statt, bei dem der Zugschaffner Franz Pötsch aus St. Pölten einen Abziehapparat mitbrachte.

Der am 15. März 1941 verhaftete Hilfsarbeiter Franz Zeller nannte erst im Verhör am 3. April zum ersten Mal den Namen von Ferdinand Strasser. Eingeleitet wird dieses Verhörprotokoll mit Zellers Worten: „Ich habe bei meiner Vernehmung am 28.3.1941 Angaben über meine weitere Tätigkeit für die kommunistische Partei mit Absicht verschwiegen. Ich bin heute bereit, die volle Wahrheit anzugeben.“ Unter welchen Umständen Zeller gezwungen war, diese Angaben zu machen, kann heute nur vermutet werden. Zwölf Tage später wurde Strasser verhaftet.

In den Verhören mit Johann Hoffmann wurde der Name von Strasser ebenfalls erst in der dritten Einvernahme am 10. April 1941, also sieben Tage nach der Nennung durch Zeller, protokolliert. In diesem Verhör wurde Hoffmann vorgehalten, dass er sich mit Zeller und Strasser auf dem Kreuzberg getroffen habe. Hoffmann dazu: „Ich will nicht in Abrede stellen, dass Ferdinand Strasser von dem Bestehen einer KP-Organisation in Krems Kenntnis gehabt hat. Dies möchte ich damit begründen, dass ich mit Strasser [...] über politische Fragen bis in die letzte Zeit des Öfteren gesprochen habe. Bei solchen Gesprächen kann es möglich gewesen sein, dass wir über organisatorische Fragen in der KPÖ von Krems gesprochen haben. Wie weit sich Ferdinand Strasser in der KPÖ betätigt hat, ist mir nicht bekannt.“

Hoffmann war der Verbindungsmann der Kremser Gruppe nach St. Pölten. Er bat Alois Zeller, der als Chauffeur in der Tischlerei Geppert arbeitete, die Funktion der Postanlaufstelle zu übernehmen. Zeller überbrachte daraufhin regelmäßig Nachrichten an Hoffmann. Einen der letzten Briefe hatte Alois Zeller geöffnet: „Lieber Freund! Komme Dich besuchen,



Das Wohnhaus von Ferdinand Strasser am „Tägliches Markt Nr. 4“ in Krems.

will mit Dir wegen der Marillenbäume sprechen“⁴ Kurze Zeit später kam ein Eisenbahner in Uniform und erkundigte sich nach den Marillenbäumen, worauf Zeller ihn in die Wohnung von Hoffmann brachte.

Ferdinand Strasser bestätigte bei seinem Verhör am 20. August 1941 im Landgericht St. Pölten verschiedene solche Treffen. Jenes in der Wohnung von Rosa Holzer versuchte Strasser herunterzuspielen, indem er betonte, dass lediglich alte politische Erinnerungen aufgefrischt worden seien und über die allgemeine politische Lage gesprochen wurde. August Steindl kenne er noch aus seiner Zeit in St. Pölten, und überdies habe er ihm im Jänner 1938 auch Geld aus einer Sammlung unter Sozialdemokraten als Unterstützung gegeben. Das offenbar letzte Treffen mit Franz Zeller fand im Gasthaus Friedrichsruhe im Alauntal im Februar 1941 statt. Zeller berichtete hier von den Verhaftungen in St. Pölten, Strasser gab ihm den Rat, alle Verbindungen abzubrechen.

Strasser stritt in den Verhören nicht ab, der Leiter der Kremser Widerstandsgruppe gewesen zu sein. Von Zeller und Hoffmann sei er immer wieder um Rat gefragt worden. „Ich wurde nicht als Leiter bestimmt, doch als solcher infolge meiner gegebenen Anweisungen angesehen.“ Mit Fortdauer des Verhörs bestätigte Strasser, dass er seit Frühsommer 1940 einer kommunistischen Parteiorganisation als Mitglied angehört, einen monatlichen Betrag bezahlt und an verschiedenen Besprechungen teilgenommen habe. Als Beweggrund führte er an, dass er sich gegenüber den Altreich-

angehörigen zurückgesetzt gefühlt habe. Er habe dagegen opponiert, dass Österreich als minderwertig und als Volk „zweiter Güte“ seitens des nationalsozialistischen Staates behandelt worden sei. Die selbst erlebte Enttäuschung habe „zu einer Gegeneinstellung und Abneigung zu dieser politischen Idee“ geführt.

Die Verhöre mit Franz Zeller und Johann Hoffmann zeigen auch, wie Kontakte zu neuen SympathisantInnen geknüpft wurden. Der aus dem Konzentrationslager Buchenwald freigelassene St. Pöltner Augustin Wirth musste seine Tochter zu einer Pflegefamilie geben. Für diese Aufgabe hatte er die Kremser Tabakarbeiterin Edith Klein gefunden. Als Wirth seine Tochter besuchte, traf er in der Wohnung auch Johann Hoffmann. Edith Klein übergab in der Folge das gesammelte Geld an Wirth. Klein wurde zwar von der Gestapo verhört, die Erhebungen und Verhöre führten aber zu keiner Anklage. Bei einem Interview, das der Verfasser mit ihr 1985 führen konnte, wollte sie weiterhin ihre SpenderInnen nicht verraten.⁵

Erinnerungen an den Vater

Die ersten Erinnerungen von Manfred Strasser an seinen Vater sind ein Besuch im Exil in der Tschechoslowakei: „Da kann ich mich nur an kleine Sachen erinnern. An die Moldaubrücke, als wir Fischern zugeschaut haben, ich war ja damals erst zwei Jahre alt.“⁶ Vom Besuch im Riesengebirge ist die Liebe zur Märchenfigur Rubezahl geblieben. Nach der Übersiedlung von St. Pölten nach Krems stand plötzlich ein Mann mit Vollbart in der Tür. Manfred Strasser war vier Jahre alt. Ferdinand Strasser war illegal aus der Sowjetunion nach Österreich zurückgekehrt, um wieder in der KPÖ politisch aktiv zu werden. Damit seine Tarnung nicht auffliegt, wurde der Vater als „Onkel“ vorgestellt.

Erst nach dem „Anschluss“ Österreichs im März 1938, als der Vater endlich Arbeit gefunden hatte, kann sich der Sohn an das Zusammenleben mit seinem Vater erinnern: „In der Zeit hat mein Vater viel mit mir unternommen. Wir haben einen Schrebergarten gehabt, und am Sonntag hab ich meistens mit meinem Vater einen Ausflug gemacht ins Gasthaus Hagen im Alauntal. Dort hat er sich immer mit Leuten getroffen, mit Männern. Und dann erst – nachher – ist mir vorgekommen, das waren die Leute wie der Hoffmann und der Zeller, die haben sich beim Hagen immer getroffen.“ Das letzte Treffen, zu dem Manfred seinen



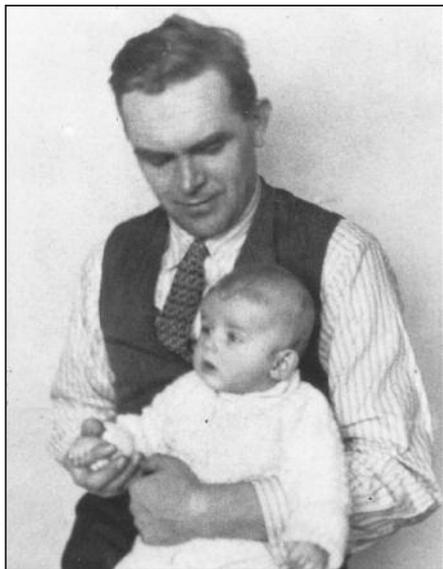
Manfred Strasser, Sohn von Ferdinand Strasser, im Februar 2021.

Vater begleitet hat, war am Ostersonntag des Jahres 1941: „Wir waren in Senftenberg, am Ostermontag sind wir nach Hause gekommen.“ Am Tag danach, dem 15. April, wurde Ferdinand Strasser von der Gestapo verhaftet.

Manfred konnte seinen Vater im Gefängnis besuchen. Dass der Vater hingerichtet wurde, musste die Familie aus der Zeitung erfahren. „Ich kann mich erinnern, meine Mutter ist dann nach Wien gefahren und wollte den Totenschein haben. Da hat der Beamte dort gesagt: Wieso wissen sie, dass er tot ist? Sie hat gesagt, dass es ist doch in der Zeitung gestanden ist. Dann sagt er: Ach so, dann ist es eh kein Geheimnis mehr.“ Dass der Vater Kommunist war, das habe er, so Manfred Strasser, erst nach der Befreiung Österreichs mitbekommen: „Da ist er ja dann geehrt worden als Widerstandskämpfer, und da bin ich erst draufgekommen.“ Während seiner Schulzeit habe ihn nur eine Lehrerin spüren lassen, dass er „anders“ sei. „Ich bin mehr draußen im Eck gestanden als auf der Bank gesessen. Wir hatten ja damals die Tintenglasln in der Bank gehabt. Wann irgendwo einer die Tinten ausgeschüttet hat, dann war es bestimmt ich. Obwohl ich es gar nicht war, habe ich die Strafe ausgefasst.“

Tragische Helden

In der Analyse des kommunistischen Widerstands in Krems spielte die damalige geopolitische Situation bisher nur eine untergeordnete Rolle. Die konkreten Inhalte der von Strassers Gruppe weitergegebenen Flugschriften wurden kaum thematisiert. Da es nicht mehr dazu kam,



Ferdinand Strasser (1901–1942) mit seinem Sohn Manfred.

dass eigenständige Flugblätter hergestellt wurden, betraf dies vor allem die sechs Ausgaben der illegalen kommunistischen Flugschrift „Weg und Ziel“, die 1940 im Umfang von zwei bis zwölf Seiten hektographiert erschien. Ausgaben dieser Flugschrift befinden sich auch in den Ermittlungsakten über Strasser, Zeller und Hoffmann.

Doch nicht nur die politischen Positionen, die in dieser Zeit des Nichtangriffspakts von Kommunisten vertreten wurden, machten die Akteure zu tragischen Helden. Sie hatten, ungeachtet dessen, wie groß die Vorsichtsmaßnahmen auch waren, keine Überlebenschance, da die Gestapo die KPÖ durch Spitzel an zentraler Stelle angezapft hatte. Im Zeitraum, in dem Ferdinand Strasser und die übrigen Kremser Aktivitäten setzten, war dies Kurt Koppel („Ossi“). In einem Abschlussbericht der Gestapo wird vermerkt: „Durch Einbau von V-Personen und Überwachungen wurden die Grundlagen für eine neuerliche erfolgreiche Aktion geschaffen.“ Auf die Spitzeltätigkeit von Kurt Koppel und seiner Verlobten Margarete Kahane ging die Verhaftung von 700 bis 800 WiderstandskämpferInnen zurück.⁷

Dass es sich bei den Akteuren des Widerstands in Krems um tragische Helden handelte, soll hier anhand der wesentlichen Positionen der KPÖ in der Phase des Nichtangriffspakts veranschaulicht werden. Es geht mir dabei auch darum, die Kremser Lokalgeschichte in einen weltgeschichtlichen Kontext zu stellen. Was passierte in der kommunistischen Bewegung, als sich die Kremser Kommunisten heimlich mit VertreterInnen der KPÖ-Leitung aus

Wien oder mit Verbindungsleuten aus St. Pölten trafen? Ob die gelieferten Zeitungen gelesen und reflektiert wurden, muss ebenso offen bleiben wie die Beweggründe der Widerstandskämpfer für ihre gefährlichen Aktivitäten. Dass die Solidarität mit den Inhaftierten und die Sammlung von Unterstützungsgeldern ein entscheidendes Momentum darstellen, dürfte jedoch außer Zweifel stehen.

Im Gegensatz zu Deutschland entwickelte sich die illegale kommunistische Tätigkeit in der „Ostmark“ auch in den Jahren 1939 und 1940. Alleine in Niederösterreich wurden Anfang 1941 217 Personen in den Städten St. Pölten, Krems und Waidhofen an der Ybbs festgenommen.⁸ Als Franz Zeller im April und Mai 1940 mit der Sammlung der Kremser Kommunisten begann, hieß es in einer Stellungnahme der KPD wie auch im von der KPÖ herausgegebenen „Weg und Ziel“, dass sich die deutschen Arbeiter und Werk tätigen gegen die Versklavung anderer Völker durch den deutschen Imperialismus wenden sollten. Zugleich sollten sie aber auch „die verbrecherische Politik der reaktionären Führer der deutschen Sozialdemokratie, die einen Sieg des anglo-französischen Imperialismus anstreben (bekämpfen)“.⁹

Als der Vertreter der Provinzkommission der KPÖ Leopold Fritzsche im Juni 1940 mit Strasser und Zeller spazieren ging, schickte die Komintern eine Instruktion an die KP in Dänemark, das seit 9. April 1940 von deutschen Truppen besetzt war. Obwohl die Deutschen in Dänemark einmarschierten, sollten die Kommunisten nicht an vorderster Front im Widerstand stehen: „Im Kampf gegen die Reaktion und die Regierung im Land muss die Partei sich hüten, wenn sie demagogische Erklärungen der Besatzungsbehörden anführt, unter den Massen den Eindruck zu erwecken, als stünde sie an der Seite der Okkupationsbehörden“, hieß es in der Anweisung. Der Kampf gegen die „imperialistischen Mächte“ gestatte keine Konzessionen „was unter den schweren Bedingungen der Okkupation ein geschicktes Manövrieren gegenüber den Okkupationsbehörden nicht ausschließt“.¹⁰

Als Stefanie Engler im August 1940 als Verbindungsfrau zwischen St. Pölten und Krems in die Stadt in der Wachau kam, wurde Leo Trotzki in Mexiko City auf Geheiß von Stalin ermordet. Als die Kremser KommunistInnen monatlich Geld für inhaftierte GenossInnen sammelten, schrieb der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop im

Oktober 1940 an Stalin, dass der „Führer“ die historische Aufgabe der vier Mächte – der Sowjetunion, Italiens, Japans und Deutschlands – darin sähe, „ihre Politik auf längste Sicht zu ordnen und durch Abgrenzung ihrer Interessen nach säkularen Maßstäben die zukünftige Entwicklung ihrer Völker in die richtigen Bahnen zu lenken“.¹¹

Und was mögen sich die Kremser Kommunisten gedacht haben, als sie im November 1940 in der *Donauwacht* und in Tageszeitungen vom Besuch des sowjetischen Außenministers Molotow in Berlin lasen und sahen, wie dieser flankiert von hochrangigen Nationalsozialisten am Anhalter Bahnhof stand. Die Schlagzeile lautete „Der Führer empfing Molotow“, und beim Empfang im Ehrenhof lüftete Molotow den Hut, während er mit dem Hitlergruß empfangen wurde.¹² Im Jahr 1940 prolongierte die deutsche Wehrmacht ihren Siegeszug, besetzte Frankreich und Dänemark und führte einen Luftkrieg gegen England.

„Weg und Ziel“

Durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 24. August 1939 hatte sich die Bewertung des Weltkriegs durch die Kommunistische Internationale geändert. Dies spiegelt sich auch in „Weg und Ziel“ wider, wo nun von „imperialistischen Kriegen“ die Rede war. Was haben sich die Kremser Kommunisten wohl dabei gedacht, als sie lesen mussten, dass der „Nichtangriffspakt nicht ein militärisches Bündnis“, sondern ein Friedensvertrag sei. „Das russische Volk kann den Völkern der kapitalistischen Welt den eigenen Kampf gegen ihre Unterdrücker nicht ersparen, indem es selbst an ihrer Stelle gegen die Kapitalisten aller Länder Krieg führt.“¹³

Die erste Ausgabe von „Weg und Ziel“ setzte sich ausschließlich mit außenpolitischen Fragen und der Definition des aktuellen Kriegs als imperialistischer Krieg auseinander. Da es sich um einen Krieg der Kapitalisten handelte, ist auch von „Hitlerkapitalisten“ die Rede, die sich als Sozialisten tarnen würden. Demnach würden auch die „englischen Kapitalisten ihren imperialistischen Krieg als Kampf für Friede, Freiheit und Demokratie“ tarnen. In der zweiten Ausgabe ist zumindest von der faschistischen Tyrannei die Rede, und der Slogan „Der Friede ist der Tod des Faschismus“ ist gesperrt gedruckt. Gleichzeitig hieß es: „Weder für noch gegen Deutschland, weder für noch gegen England, sondern für den Sozialismus, gegen den Kapita-

lismus. Das ist die Politik der Komintern und der von ihr beeinflussten S.U.“ Zu- mindest in einem Absatz gibt es so etwas wie einen praktischen Ansatz für die Ge- nossInnen in der Illegalität: „Nur indem wir alle faschistischen Organisationen benützen zum Kampf um die Tagesinter- essen der Arbeiter und Bauern gegen Ausbeutung und Entrechtung, bereiten wir die Revolution vor.“

Auch in der dritten Ausgabe von „Weg und Ziel“ ging es nur um außenpolitische Fragen, im Besonderen um die Frage, warum die Sowjetunion Deutschland nicht boykottiere. Diejenigen, die für einen Boykott eintraten, wurden „Deser- teure des Klassenkampfes“ genannt. In- teressant ist, dass in diesem Zusammen- hang auch der Satz zu finden ist: „Jene warten auf etwas: Krieg zwischen Deutschland und Russland, auf den auto- matischen Zusammenbruch des Faschis- mus auf den Tod Hitlers (als wäre damit die deutsche Kapitalistenklasse tot!).“

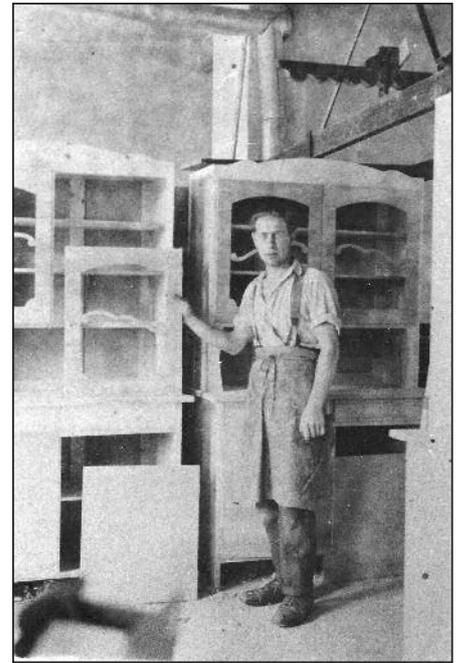
Erst in der vierten Ausgabe wurde der Krieg, den Deutschland führte, klarer de- finiert, und Hitler als das „brauchbare Sprachrohr der deutschen Finanzkapita- listen“ bezeichnet. Klar gemacht wird, dass die „Hitlerkapitalisten mit einem barbarischen, mörderischen Terror dem eigenen Volk die Freiheit geraubt“ ha- ben: „Neun Völker spüren heute die Knu- te des mörderischen Hitlerkapitalismus.“ Die Aufgabe müsse es sein, „brüderlich vereint mit allen Opfern des Hitlerkapita- lismus ihn zu stürzen und für das Selbst- bestimmungsrecht bis zur Unabhängig- keit aller von ihm versklavten Nationen zu kämpfen“. Eine Kooperation mit den Westmächten komme aber nicht in Frage, denn das „Proletariat eines jeden dieser Länder, jeder entschlossene Revolutionär darf nur für die Umwandlung des impe- rialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, in die Revolution“ sein.

In einem Abschnitt über die Soldaten- arbeit findet sich ein klares Bekenntnis gegen die Desertion: „Wir desertieren nicht, weil die Desertion Flucht vor dem Klassenkampf, vor der revolutionären Arbeit im Heer bedeutet. Wo die Masse ist, müssen wir sein. Wir laufen nicht zu den Westmächten über, weil wir sonst die Masse der Indifferenten dem Einfluss der Faschisten überlassen.“ Keine individuel- le Sabotage, sondern Massensabotage müsse das Ziel sein. Ein Lehrspruch lau- tete: „Nie glauben, dass die Schulung, die Theorie, die richtige Linie allein genügt! Das Entscheidende ist die Durchführung, die Anwendung der Theorie auf die Pra- xis. Nur dann ist uns der Sieg sicher.“

In der fünften Ausgabe von „Weg und Ziel“ wurde eine Rede von Georgi Dimitroff, dem damaligen General- sekretär der Kommunistischen Interna- tionale, auf insgesamt zwölf Seiten abge- druckt. Die zentrale Botschaft lautete: Es gibt keinen Krieg des Nationalsozialis- mus, sondern nur imperialistische Krie- ge. Das Wesen dieses Kriegs sei volks- feindlich und reaktionär, während die Bourgeoise die Arbeitermassen mit dem Mythos vom antifaschistischen Krieg be- trüge. Das Proletariat müsse sich gegen die eigene Bourgeoisie wenden und da- mit ein Signal für das Proletariat des an- deren kriegführenden Staates setzen.

In der sechsten Ausgabe wird die Be- deutung des Nichtangriffspakts erläutert, da es darüber offenbar noch immer Un- klarheiten gab. Einerseits wurde die For- derung erhoben: „Wir wollen den Frie- den und keinen als ‚Vaterlandsverteidi- gung‘ maskierten imperialistischen Krieg“, andererseits entstand zum ersten Mal der Eindruck, dass hier nicht Funk- tionäre formulieren, die weit weg in Moskau sitzen. Vielmehr wurde ver- sucht, Antworten auf Fragen im Land zu geben, die sich damals viele stellten: „Die Sowjetunion ist nicht mit Deutsch- land verbündet. So falsch es wäre, den Nichtangriffspakt [...] zu bagatellisieren oder gar zu bekämpfen, so falsch ist es zu glauben, zwischen Kommunisten des 3. Reichs und den Nazis bestehe ein ‚Nichtangriffspakt‘ [...]. Wir haben kein Abkommen mit der uns aufgezwungenen Regierung geschlossen.“ Es gelte, „für das Selbstbestimmungsrecht aller von den Verderbern des deutschen Volkes unterdrückten Nationen zu kämpfen“. Zum ersten Mal heißt es, „dass wir ein Interesse an einem einigen, starken Deutschland (haben), aber vor allem an einem Deutschland ohne Faschisten, an einem Deutschland, das das Selbst- bestimmungsrecht des österreichischen Volkes und aller von den Nazis unter- drückten Völker anerkennt“.

Während in der Periode des deutsch- sowjetischen Nichtangriffspakts der Krieg als Konflikt zwischen imperialis- tischen Mächten um die Neuaufteilung der Welt interpretiert wurde, hatte der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 eine neue Wende in der Politik der kommunistischen Parteien zur Folge. Der Krieg wurde nun als Ab- wehrkampf demokratisch orientierter Staaten gegen die faschistische Aggres- sion Deutschlands charakterisiert. Daran anknüpfend kehrte auch die KPÖ zur Politik einer antifaschistischen Volks-



Johann Hoffmann (1895–1942)

front zurück, wie sie am 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Jahr 1935 entwickelt worden war.

Gnadengesuch

Sowohl Maria Strasser als auch ihr Mann reichten nach den am 12. Juni 1942 vom Volksgerichtshof gefällten Todesurteil Gnadengesuche ein. Ferdin- and Strasser nahm in seiner Begründung auch auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt Bezug. Seine Gedan- ken seien „völlig verwirrt“ worden, „als das Deutsche Reich 1940 mit der Sowjetunion den bekannten Lieferungs- vertrag abschloss und die beiden Regie- rungen sich gegenseitig Unterstützung zusicherten“. ¹⁴ Weiter führte er aus: „Da zu dieser Zeit jede Bekämpfung des Bol- schewismus in der Öffentlichkeit aufhör- te, fand ich auch nichts mehr Unrechtes daran, die Familie eingezogener Kom- munisten zu unterstützen.“ Seine Samm- lungstätigkeit und die Flugschriften, die er erhalten habe, hätten in einer Zeit stattgefunden, „in der von einer Trübung der deutsch-russischen Beziehungen noch lange keine Rede war“.

Auf seine familiäre Situation verwei- send, erwähnte Strasser, dass sechs sei- ner Brüder an der Front stünden und „sich dort bisher bewährt haben“. Sich selbst stellte er als Verführten und nicht als Führer dar, „weil ich das Opfer von Drahtziehern wurde, die vielleicht teil- weise noch gar nicht gefasst sind“. Die kommunistische Bewegung sei in der Bevölkerung nicht verankert und werde „von außen hereingetragen“. Am 14. Juli 1942 schrieb auch Maria Strasser ein

Gnadengesuch an den „Führer“, in dem sie betonte, dass ihr Mann alles andere als ein „Unwürdiger“ sei. Er hätte nur das Bestreben gehabt, seinen Mitmenschen zu helfen.

Briefe aus der Haft

Neben den Verhörprotokollen, der Anklageschrift und dem Gerichtsurteil bleiben meist nur die Briefe, die die Inhaftierten aus der Haft an ihre Familien schrieben. Diese lassen auf die persönliche Sichtweise der Angeklagten und Verurteilten schließen, über die politischen Beweggründe geben sie, da sie der Zensur unterlagen, keine direkten Rückschlüsse. Im Fall von Ferdinand Strasser liegen insgesamt drei Briefe aus der Haft vor: Vom 1. Februar, 14. Juni und 2. August 1942. „Viel Hoffnung, dass sich alles noch zum Guten wendet“, hatte er zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. „Ich bin ruhig und erwarte in schwerer Haft den Tag, an dem sich mein Geschick erfüllt und mein Lebenswerk seinen Abschluss findet.“ Er dankte seiner Frau: „Immer hast Du fest und treu zu mir gehalten. [...] Ich habe zwar gemeint, ich könnte Dir das alles einmal vergelten. Es hat aber scheinbar nicht sein sollen.“ Seinen Sohn Manfred sah er als sein Vermächtnis an. Er grüßte alle Freunde und Bekannten, „soweit sie noch auf Grüße von mir reflektieren“.

Im letzten Brief vom 2. August 1942 bilanzierte Strasser sein Leben. In diesem Schreiben wird auch klar, dass er sich in seinem Gnadengesuch nur aus taktischen Gründen als „Verführer“ dargestellt habe: „Du hast recht, solange der Mensch atmet, hofft er. Wenn aber dennoch der Tod kommen sollte, so werde ich zu sterben wissen. Ich habe bloß noch die Pflicht Dir zu sagen wie ich so geworden bin. [...] So bin ich geworden, der ich bin, mit meinen Kenntnissen, hart, mein Ziel unverrückbar verfolgend, ohne Kompromisse.“ Er machte seiner Frau auch den Vorschlag, rasch die Scheidung einzubringen, damit sie in Zukunft weniger Schwierigkeiten haben werde.

In einem 1956 in der *Volksstimme*, dem Zentralorgan der KPÖ, erschienenen Artikel zitiert Susanne Wantoch aus dem Abschiedsbrief Strassers an seine Eltern: „Glaubt nicht, dass ich vor dem Tode zittere. Ich habe nun schon das Sterben in zwei Kriegen mitgemacht, habe selber dem Tod unmittelbar ins Gesicht geschaut und mir ist er nichts gar so Schreckliches mehr. Freilich, ein Tod durch Erschießen – und diese Todesart hat man früher immer für Revolutionäre

gehabt – wäre schöner. Aber komme es, wie es komme. Noch hoffe ich auf einen Gnadenakt.“¹⁵ Maria Strasser schrieb am 18. September an ihren Mann, dass die Ungewissheit für sie „zum Wahnsinnigwerden“ sei. Sie wollte sich noch einmal mit ihm aussprechen und wünschte, gemeinsam mit ihm sterben zu können: „Ach einmal noch, ein einziges Mal bei Dir sein können. Ich hatte einen Menschen, ein starkes, treues Herz an das ich mich flüchten konnte, dort war ich sicher und geborgen.“ Sie schloss mit den Worten: „[...] bleibe stark und aufrecht, bester Mann“.

Am Prozess am 12. Juni 1942 durften die Angehörigen nicht teilnehmen. Wie sich Strasser in diesem Prozess verhalten hat, ist nur aus zweiter Hand erhalten. Laut Schilderung von Wantoch habe ihn ein namentlich nicht genannter Schutzbündler bei einem Besuch in Krems gewarnt, worauf Strasser erwidert habe: „Wenn sie mich erwischen, kostet es mich den Kopf, damit müssen wir rechnen. Aber je mehr wir machen, desto schneller werden die Nazis erledigt sein.“¹⁶ Am 30. September 1942 wurde Ferdinand Strasser gemeinsam mit Franz Zeller und Johann Hoffmann im Landesgericht in Wien hingerichtet. Nach der Hinrichtung soll ein bekannter Nationalsozialist von St. Pölten – so Wantoch – dem anonymen Schutzbündler seine Anerkennung über die Haltung Strassers zum Ausdruck gebracht haben: „Aber ich sag dir, wir haben alle Achtung vor ihm, weil er bei der Verhandlung seine Gesinnung nicht geleugnet hat. Er hat gesagt, dass er Zeit seines Lebens für die Arbeiterklasse gekämpft hat; seit 1934 so hat er gesagt, hat er erkannt, dass die SP nicht den richtigen Weg gegangen ist, deshalb ist er zur KP gegangen. Ich hab’ die größte Hochachtung vor ihm, weil er tapfer seine Überzeugung bekannt hat.“

Sowohl in den Verhören als auch in ihrer Verteidigung im Verlauf des Gerichtsverfahrens bewegten sich die Kremser Widerstandskämpfer zwischen Heroismus und Verzweiflung. Der Abschiedsbrief von Franz Zeller kann als ein Beispiel einer illusionslosen Hoffnungslosigkeit gelten: „Ich habe ja bis heute nicht gewusst, was Leben ist, denn das Schicksal hat mich in meinem Leben zu hart angefasst. Ich war ja nie im Leben ein schlechter Mensch, ich habe nur einen Fehler gehabt, den ich heute mit meinem Leben büßen muss, dass ich zu gut war. Ich habe nirgends nein sagen können überhaupt, wenn ich anderen Menschen etwas Gutes tun konnte.“¹⁷

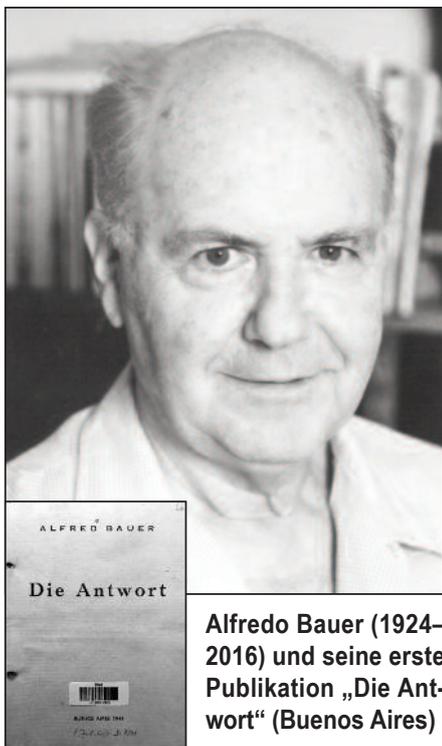
Unter den ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten aus Krems, die zur Wehrmacht eingezogen worden waren, machte die Geschichte über die Verhaftung und den Prozess schnell die Runde. So schrieb Louis Mahrer im Jänner 1941 an seinen Freund August Vakračka verklausuliert, dass jetzt viele Freunde nach Stein gewandert seien, womit er das dortige Gefängnis meinte. Um die Zensur zu umgehen, schrieb Mahrer am 30. Juli 1942 in einer Form, dass man in seinen Worten auch heldenhafte Soldaten vermuten hätte können: „Von den drei Freunden aus Kr. u. St. und ihrem Schicksal wird Dir Deine Mutter schon berichtet haben. Um des Vorbilds solcher Menschen willen, die so einfach und treu ihrer Wahrheit folgten, müssen wir niemals erlahmen. Wäre nicht jede Unsicherheit und Zaghaftheit ein Verrat an ihrem wahrhaft heldenhaften Sterben.“¹⁸

Die Beisetzung der Leichen von Strasser, Hoffmann und Zeller erfolgte am 13. Oktober 1942 auf dem Wiener Zentralfriedhof in einem Schachtgrab. Im Jahr 1966 wurden die Überreste in die Gruppe 40 (Reihe 32, Nr. 31 für Strasser) umgebettet. Am 2. April 1943, nicht einmal ein Jahr nach der Hinrichtung von Ferdinand Strasser, bekam sein Sohn Manfred den Zuweisungsschein für die Hitlerjugend. Er sollte sich am 16. April bei der Bannführung in der Schillerstraße in Krems einfinden. Damit wollte sich die Mutter jedoch nicht abfinden, weshalb sie um eine Rückstellung aus gesundheitlichen Gründen ersuchte.

In England, New York und Montevideo bekannt

Die Nachricht über die Hinrichtung von Ferdinand Strasser, Johann Hoffmann und Franz Zeller wurde auch in der österreichischen Exilpresse verbreitet. Bereits am 20. November 1942 erschien in der New Yorker Zeitung *Austrian Labor Information* der Artikel „Der Widerstand in Österreich“.¹⁹ Am 5. Dezember 1942 brachte die in England erscheinende Exilzeitschrift *Zeitspiegel* eine umfangreiche Würdigung Strassers.²⁰ Zehn Tage später berichtete die in New York erscheinende *Freiheit für Österreich* über die Hinrichtung der drei Kremser Widerstandskämpfer.²¹

Im von Willy Scholz verfassten *Zeitspiegel*-Artikel finden sich detaillierte Hinweise auf Strassers Aktivitäten in der Illegalität vor 1938. Scholz erwähnt die illegale Bauernzeitung der KPÖ und verweist auf eine Broschüre, die Strasser für



Alfredo Bauer (1924–2016) und seine erste Publikation „Die Antwort“ (Buenos Aires)

die österreichische Landbevölkerung geschrieben hat. Da Scholz nach 1934 ebenfalls der KPÖ beitrug und im Jänner 1936 in der Sowjetunion war, ist eine Bekanntschaft mit Strasser anzunehmen. Scholz spielte auf die Tarnbroschüre „Was steht in deiner Hand“ aus dem Jahr 1935 an, in der es heißt: „Bauern lasst euch nicht belügen. [...] Die Bauernnot in den Ländern, in denen die Banken, die Großgrundbesitzer, die Kapitalisten regieren, und der Bauernwohlstand in der Sowjetunion bringen die Bauern immer mehr zum Nachdenken.“²² Der Autor versuchte darin aufzuzeigen, dass Arbeiter und Bauern ein gemeinsames Interesse hätten: „Die Herren des Ständestaates sind die wahren Räuber; die Arbeiter wollen gemeinsam mit den Bauern diese Räuber vertreiben und das Eigentum der armen Bauern für ewige Zeit vor diesen Räufern bewahren.“ Eine weitere Tarnbroschüre enthält das „Bauern-Hilfsprogramm der Kommunistischen Partei“.²³

Der französische Journalist und Schriftsteller George Govy, der im April 1945 die Befreiung Wiens erlebte, schrieb im September einen Artikel für *Austria Libre* in Montevideo. Hierin erinnerte er an den österreichischen Widerstand und erwähnte neben Hedy Urach, Erwin Puschmann, Franz Mager und Anton Reisinger auch Ferdinand Strasser. „Wien wird die Namen dieser Märtyrer nie vergessen.“²⁴

Ein weiteres berührendes Beispiel, wie der Name Ferdinand Strasser Österreicher im Exil beflügelt hat, ist das Gedicht, das der 19-jährige Alfred Bauer in

Buenos Aires schrieb. Der Titel des Gedichts lautet „Ferdinand Strasser“: „Sie haben dich wie einen Mörder behandelt / vors Schandgericht haben sie dich gestellt. / Du hast es in eine Tribüne verwandelt, du klagtest sie an vor den Augen der Welt. // Folter und Terror dich einzuschüchtern, / das haben die braunen Schergen versucht. / Du zittertest nicht vor den Henkern und Richtern, / du hast sie ins Angesicht verflucht. // Sie haben dich endlich hingerichtet, / zum grausen Exempel dein Haupt uns gezeigt. / Sie glaubten die Stimme der Freiheit vernichtet, / wenn Ferdinand Strassers Stimme schweigt. // Sie irrten sich: Fester steht Deine Sache / durch deinen großen gewaltigen Tod. / Er ruft uns auf die blutige Rache, / er zeigt uns das nahende Morgenrot. // Nicht sinnlos soll werden dein Helden sterben! / Das Ferdinand Strasser, schwören wir dir. / Und wenn sie höhnen: „Wo sind Strassers Erben?“ / dann treten wir vor und sprechen: Hier!“

Der 1924 in Wien geborene Alfredo Bauer, der 1939 mit seinen Eltern nach Argentinien geflüchtet war, wurde später als Arzt, Schriftsteller und Übersetzer bekannt. Seine erste Publikation trug den Titel „Die Antwort“ und war ein Chorspiel über den Freiheitskampf Österreichs. Es erschien 1944 in Buenos Aires und wurde am 15. Oktober anlässlich einer Feier zum dreijährigen Bestand des *Österreichischen Comités Buenos Aires* auf einer Sportanlage der Villa Ballester aufgeführt. In einer Anmerkung zu diesem Stück vermerkt Bauer, dass die fünfte Szene, die einen Widerstandskämpfer zum Thema hat, an einen Bericht über den Prozess gegen Ferdinand Strasser angelehnt ist. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass Alfredo Bauer im Jahr 2002 den Theodor-Kramer-Preis für Schreiben im Widerstand und im Exil in Krems verliehen bekam. Sein literarisches Wirken hat mit Ferdinand Strasser begonnen und wurde in der Stadt gewürdigt, in der dieser gelebt hat und wo er verhaftet wurde. Niemandem, auch dem Ausgezeichneten selbst, war dies nicht bewusst.

Nach der Befreiung wurde Maria Strasser die Wohnung des geflüchteten und später verurteilten Oberst Ferdinand Soche, der für die Sprengung der Donaubrücken am 8. Mai 1945 verurteilt worden war, zugewiesen. Nach seiner Freilassung aus der Haft forderte Soche die Wohnung zurück und versuchte, die Witwe Ferdinand Strassers delogieren zu lassen, was ihm allerdings misslang.²⁵ „Der Name Ferdinand Strasser [...] wird fortleben im österreichischen Volk“, hat-

te Willy Scholz im Jahr 1942 seinen Artikel im *Zeitspiegel* geschlossen. Ein Optimismus, der nicht nur in Krems Lügen gestraft wurde.

Anmerkungen:

1/ Robert Streibel: „Im Dienst der Befreiung der Arbeiterklasse“. Ferdinand Strasser: vom Sekretär der SDAP zum Mitglied des ZK der KPÖ, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 27. Jg. (2020), Nr. 3, S. 28–33.

2/ Privatarchiv Robert Streibel, Maria Emhart an Maria Strasser, 8.7.1951.

3/ Bundesarchiv Berlin, R 3017/VGH 4449, Verhör von Franz Zeller am 16.3.1941. Ich danke Hans Schafranek für die Überlassung dieser Dokumente.

4/ Ebd., Verhör mit Alois Zeller am 15.3.1941.

5/ Interview von Robert Streibel mit Edith Klein am 7.2.1985.

6/ Interview von Robert Streibel mit Manfred Strasser am 12.2.2021.

7/ Hans Schafranek: *Widerstand und Verrat. Gestapospitzel im antifaschistischen Untergrund 1938–1945*. Wien 2017. S. 83 und 422.

8/ Radomir Luža: *Der Widerstand in Österreich 1938–1945*. Wien 1983, S. 142.

9/ Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin bist Du!“ Vom Ende der linken Solidarität. *Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1941*. Berlin 2008, S. 267.

10/ Ebd., S. 270.

11/ Ebd., S. 305.

12/ *Kleine Volks-Zeitung*, 13.11.1940, S. 1; *Das kleine Volksblatt*, 14.11.1940, S. 1.

13/ *Weg und Ziel*. Organ der KPÖ, Nr. 1/1940. S. 1.

14/ BArch, R 3017/VGH 4449, Gnadengesuch, 15.6.1942.

15/ Susanne Wantoch: *Wie war dieses Leben reich*, in: *Volksstimme*, 1.5.1956, S. 19.

16/ Ebd.

17/ Privatarchiv Robert Streibel, Brief von Franz Zeller, 7.6.1942.

18/ Zit. nach Robert Streibel: *Krems 1938–1945. Eine Geschichte von Anpassung, Verrat und Widerstand*. Weitra 2014, S. 462.

19/ *Austrian Labor Information*. Anti Hitler Magazine. Published by the Austrian Labor Committee, New York, 20.11.1942. S. 8.

20/ Scholz., W. [Willy]: Ferdinand Strasser, in: *Zeitspiegel*, Nr. 49, 5.12.1942. S. 4.

21/ *Freiheit für Österreich*. Anti Nazi Monthly published by Assembly for a democratic Austrian Republic, New York, 15.12.1942, S. 7.

22/ DÖW-Flugschriftensammlung 4031a/20, *Was steht in deiner Hand*. Phönix Edition 1935.

23/ DÖW-Flugschriftensammlung 4031c/8, *Grodyl Neu gegen Kornkäfer*.

24/ *Austria Libre*. Mitteilungsblatt des Zentralkomitees für Lateinamerika, Montevideo, Nr. 5, September 1945, S. 6.

25/ Robert Streibel: *Der letzte Akt*, in: *Die Zeit*, 7.5.2014, S. 14.

Neuer Kalter Krieg – alter Kalter Krieg?

KARL WIMMLER

Die Entwicklung der politischen Weltlage hat in den letzten Monaten und Jahren dazu geführt, dass von verschiedener Seite vermehrt von einem neuen „Kalten Krieg“ gesprochen wird, manchmal die Gefahren beschwörend, nicht selten aber auch kriegsgeil genüsslich. Die Analogie wird davon abgeleitet, dass die „neue“ Konfrontation wie die „alte“ aus „West“ gegen „Ost“ oder umgekehrt bestünde. Es stellt sich allerdings die Frage, ob hier tatsächlich eine Neuauflage eines alten Phänomens vorliegt – weshalb es angezeigt ist, zunächst einmal einen Blick darauf zu werfen, worin der alte „Kalte Krieg“ bestand. Dabei finde ich es bemerkenswert, dass bereits in den 1960er Jahren diese Thematik aus einem Blickwinkel betrachtet wurde, der damals zwar unter SozialistInnen und KommunistInnen verbreitet, wenn auch nicht dominierend war, jedenfalls aber heute vergessen scheint. Dies spiegelt nicht zuletzt das damals nicht wenig beachtete, nun von mir wieder zu Rate gezogene zweibändige Werk des US-Publizisten David Horowitz „Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam“ wider, das in den 1960er Jahren in englischer Sprache und 1969 in zwei Bänden auf Deutsch erschien (Verlag Klaus Wagenbach, Berlin).¹ Dass dieser Autor, damals Direktor des *Bertrand Russell Center for Social Research*, sich in den Jahrzehnten danach vom linken AktivistIn und Forscher zu einem konservativen, ja offenbar (folgt man Wikipedia) reaktionären Propagandisten der US-Politik entwickelt hat, tut hier nichts zur Sache, zumal es in erster Linie um das Material geht, das Horowitz zusammengetragen hat. Es erlaubt ein Urteil, ohne alle seither von verschiedenen AutorInnen erschienenen Studien zu diesem Thema einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Das gängige westliche Narrativ über den Kalten Krieg lautet etwa so: Die Sowjetunion habe nach dem Zweiten Weltkrieg aggressiv ihre Einflusssphäre in alle Richtungen hin ausgedehnt und versucht, ihre kommunistische Ideologie anderen Staaten und Völkern auch gewaltsam aufzuzwingen. Das habe insbesondere in Europa zu einer Teilung des Kontinents entlang eines sowjetkommunistisch verantwortenden „Eisernen Vorhangs“ geführt, der den Staaten und

Völkern östlich davon „die Freiheit raubte“. Der Westen unter der Führung der USA sei dem von Anbeginn an als Anwalt der Freiheit entgegengetreten. Er bremste den sowjetischen Expansionismus zunächst durch die Alleinverfügung über die Atombombe, in der Folge durch entsprechende Rüstungsanstrengungen sowie wirtschaftliche Überlegenheit. Zudem habe er in Westeuropa, aber auch darüber hinaus einen beharrlichen Kampf gegen die Ausbreitung des Kommunismus, manchmal auch „Rollback“-Politik genannt, geführt.

Ist an dieser Erzählung etwas dran? Im Mai 1965 hielt der Historiker, Antistalinist, Gegner der Politik der Kommunistischen Parteien sowie Stalin- und Trotzki-Biograf Isaac Deutscher an der US-Universität von Berkeley eine Rede, die unter dem Titel „Die Mythen des Kalten Krieges“ 1969 auf Deutsch erschien – in einem Sammelband, der ebenfalls von David Horowitz herausgegeben wurde.² Deutscher begann so: „Nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich die Westmächte auf eine Zurücknahme von Bündnissen, auf den großen Konflikt mit ihrem früheren sowjetischen Verbündeten eingelassen hatten, sprach man gewöhnlich von zwei Kolossen, dem amerikanischen und dem russischen, die sich über ein Machtvakuum hinweg feindselig anstarrten. [...] Was [...] die Regierungen nicht sagten, war, daß einer dieser zwei Kolosse – der amerikanische – aus dem Zweiten Weltkrieg in voller Kraft und Stärke und unendlich reich hervorgegangen war; verglichen mit den anderen Alliierten hatte er kaum Verluste erlitten, hatte bloß einen Kratzer auf seiner Haut; wogegen der andere Koloss, der russische, fast kraftlos daniederlag und aus zahllosen Wunden blutete. Und diesem fast zerschmetterten, ausgebluteten Koloss wurde unterstellt, eine bedeutende militärische Bedrohung Europas zu beabsichtigen – mit einer Invasion Europas zu drohen. Dieser Koloss, Russland, verlor im letzten Krieg über 20 Millionen Menschen. Als in der Sowjetunion die erste Volkszählung nach dem Krieg durchgeführt wurde, stellte sich heraus, dass es in den Altersgruppen, die am Ende des Krieges älter als 18 Jahre waren – das heißt, die ganze erwachsene Bevölkerung der Sowjetunion – nur 31 Millionen Männer im Vergleich zu 53 Millio-

nen Frauen gab. Über Jahre hinweg bestellten nur alte Männer, Krüppel, Kinder und Frauen die Felder. Alte Frauen mussten mit bloßen Händen die riesigen Schuttmassen ihrer zerstörten Städte wegräumen. Und dieser Nation, die 20 Millionen Menschen verloren hatte – und man bedenke nur, wie viele der am Leben gebliebenen 31 Millionen Krüppel, Invaliden und Verwundete aus dem Weltkrieg und wie viele alte Männer waren – dieser Nation mit einem so furchtbaren, so riesigen Bevölkerungsdefizit, dieser Nation, der eine ganze Generation verlorengegangen war, dieser Nation wurde unterstellt, durch sie drohe Europa eine Invasion. [...] Darüber hinaus hatten die Russen vom Ende des Krieges an bis zur Proklamation der Truman-Doktrin 1947 ihre Armeen so schnell demobilisiert, dass sie von elfeinhalb Millionen Menschen am Ende des Krieges auf weniger als drei Millionen reduziert wurden. Erst nach der Formation der NATO begann die Remobilisierung wieder, aber es gab bezüglich der Anzahl der zu Mobilisierenden solche Schwierigkeiten, dass im Verlauf der nächsten drei bis vier Jahre nicht mehr als zusätzlich zwei Millionen zu den Waffen gerufen wurden. Natürlich konnte Russland – sogar wenn wir aus den zynischsten Beweggründen heraus argumentieren wollten, sogar wenn wir behaupteten, dass das Land die bösartigsten Regierenden hatte – natürlich konnte Russland in dieser Situation niemanden bedrohen.“

Soweit Isaac Deutscher am Beginn seiner Rede im Jahr 1965 in den USA. Und mit einer solchen Beurteilung stand Deutscher keineswegs allein, im Gegenteil, die führenden Strategen der USA dachten kaum anders. George Kennan, der bis 1946 US-Botschaftsrat und Gesandter in Moskau war und danach Leiter des außenpolitischen Planungsstabes der US-Administration wurde, bekannte 1958: „Ich war nie der Meinung, daß die Sowjetunion zu irgendeinem Zeitpunkt seit 1945 einen allgemeinen Weltkrieg herbeiwünschte oder daß sie aus irgendeinem vernünftigen Grunde geneigt gewesen wäre, einen solchen Krieg zu beginnen, selbst wenn die Atombombe nie erfunden worden wäre. Mit anderen Worten, ich glaube nicht, daß es unser Besitz der Atombombe war, der die Russen daran hinderte, Europa 1948 oder zu

irgendeinem anderen Zeitpunkt zu überrennen.“³ Und 1965 erklärte derselbe Kennan: „Es war jedem mit auch nur spärlichem Wissen über das Rußland dieser Tage vollkommen klar, dass die sowjetischen Führer keineswegs beabsichtigten, ihre Angelegenheiten durch militärische Angriffe über die Grenzen hinweg voranzutreiben.“ Und: „Indem man die NATO schuf [...] hatte man willkürlich eine Grenze durch Europa gezogen, gegen einen Angriff, den niemand plante.“⁴

„Sowjetischer Expansionismus“ als Propagandakonstruktion

Mit dem „sowjetischen Expansionismus“ hatte es daher eine ganz andere Bewandnis. Die Kräfteverhältnisse insbesondere in Europa hatten wenig mit einem „expansiven Kommunismus“ zu tun, sondern waren schlicht das Ergebnis des Bündnisses zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion zur Niederrichtung des Hitlerfaschismus, das im wesentlichen in den Verhandlungen von Jalta und Teheran festgeschrieben wurde. Bekanntlich wurde das westliche Europa dem Kapitalismus und den Westmächten zugeschlagen, und in Osteuropa sollte die Sowjetunion, wie Churchill selbst vorschlug, eine 90-prozentige Vorherrschaft ausüben. In Griechenland sollte Britannien eine 90-prozentige Vorherrschaft erhalten (weshalb sich Stalin im griechischen Bürgerkrieg daran hielt und eine sowjetische Hilfe auf Seiten der Kommunisten ausblieb). Die „Haltung der britischen und amerikanischen besitzenden Klassen“, so Deutscher weiter, hatte „etwas sehr Widersprüchliches. Sie überließen Osteuropa [...] ihrem Klassenfeind. Nach dem Krieg stellten sie genauere Überlegungen an; nach dem Krieg wollten sie es zurückhaben. Das war die Politik der Eindämmung.“ Wobei die „Eindämmung“ letztlich auf das Auseinanderbrechen der Sowjetunion setzte, wie David Horowitz feststellte: „Der Begriff der Eindämmung, d.h. die Einkreisung der größten Landmasse auf der Erde durch militärische, politische und wirtschaftliche Bastionen, gründete sich auf die Voraussetzung eines unmittelbaren Zerfalls des sowjetischen Staates. Dieses Bild von einem labilen kommunistischen Russland war verantwortlich für die neue militärische Metaphysik, die während der Nachkriegsjahre in der politischen Leitung die Oberhand gewonnen hatte.“⁵

Nun ist dies aber lediglich der – hier sehr kursorische – Blick auf Europa.



Die Konferenz von Jalta (auf der Krim) im Februar 1945 als Ausdruck der Anti-Hitler-Koalition (vorne v.l.): der britische Premier Winston Churchill, US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der sowjetische Regierungschef Josef Stalin.

Dieser blendet aus, dass sich die Herrschaftsweise im sowjetischen Einflussbereich bald unvergleichlich stark auf expandierende Geheimdienstorganisationen stützte und den Bevölkerungen erheblichen staatlichen und parteipolitischen Druck auferlegte. Im Vergleich dazu funktionierte die Absicherung des Kapitalismus in den meisten Ländern Westeuropas mit subtileren Herrschaftsformen. Der Kalte Krieg war aber mehr und von weitaus umfangreicheren Konflikten bestimmt als von der Konfrontation der beiden nach dem Zweiten Weltkrieg verbliebenen Hauptmächte der Weltpolitik auf europäischem Boden. Der Weltkrieg hatte – in ungleich massiverer Weise als der Erste – tatsächlich die ganze Welt in den Strudel der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen gezogen. Das britische Weltreich war dauerhaft geschwächt und auch das französische Imperium wankte. Zugleich erhoben sich in der bald so bezeichneten „Dritten Welt“ die unterschiedlichsten Kräfte, die um eine eigenständige Entwicklung zugunsten ihrer Völker und unterdrückten Klassen rangen.

Nun ist das westliche Narrativ zu diesem Prozess auf seltsame (oder soll man sagen: typische?) Weise schwammig. Bei Wikipedia beispielsweise klingt dies so: „Unter Dekolonisation werden die Ablösungsprozesse verstanden, die zum Ende einer kolonialen Herrschaft führen,

sowie die dem Erlangen der staatlichen Unabhängigkeit folgenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen. [...] Neben den Ablösungsprozessen der Kolonien von ihren Kolonialmächten umfasst der Begriff der ‚Dekolonisation‘ auch die gesellschaftlichen und kulturellen Dimensionen innerhalb der kolonisierten Völker und Staaten sowie die globalen Veränderungen auf der Ebene von Weltwirtschaft und Weltpolitik. Insgesamt schließt ‚Dekolonisation‘ damit drei Ebenen ein, die sich gegenseitig beeinflussen: Kolonialmacht, Kolonie und weltpolitische Entwicklung. Der Zweite Weltkrieg war der wichtigste Katalysator einer weltweiten Dekolonisierung, in der Indien (1947), Indonesien (1949) und später die Kolonien in Afrika ihre Selbstständigkeit erlangten.“⁶

Was hier als unverfängliche „Ablösungsprozesse“ bezeichnet wird, waren in aller Regel Befreiungskämpfe, die nicht selten mit militärischen Mitteln geführt wurden und teilweise auch Teil des Zweiten Weltkriegs waren, am offensichtlichsten in China, das sich bereits vor dem Weltkrieg gegen den späteren Nazi-Alliierten Japan zu erheben begonnen hatte. Und die „Dekolonisierung“ ging natürlich nicht „mit freundlicher Unterstützung“ einer der Westmächte vor sich, sondern musste diesen mühsam und unter bis heute spürbaren Opfern abgerungen werden. Deshalb brauchte es eine tiefgehend wirksame zweite west-



Der Premierminister des Kongo Patrice Lumumba (li.), hier im Juli 1960 mit UNO-Generalsekretär Dag Hammarskjöld, wurde 1961 über Auftrag der CIA ermordet.

liche Erzählung über diesen Prozess. Die Propaganda vom „Expansionsstreben des Weltkommunismus“, das zuvörderst von der Sowjetunion betrieben worden sein soll, machte sich nun auf allen Kontinenten bemerkbar.

Antikoloniale Befreiung und Sozialismus

Dabei hatte diese „Expansion“ wenig mit der Sowjetunion zu tun. Und mit „Kommunismus“ nur insofern, als sämtliche Befreiungsbemühungen abhängiger Länder und in abhängigen Ländern sich einer gegen den kapitalistischen Imperialismus richtenden Sprache und Argumentation bedienen und sich damit irgendwann, aber nicht in jedem Fall, auf sozialistische und kommunistische Argumente zu stützen begannen. Es waren auch nicht Stalin oder Mao Zedong, sondern der indische Premierminister Jawaharlal Nehru, der alles andere als eine Moskauer Marionette war, der gesagt hat: „Unweigerlich stoßen wir auf die einzig mögliche Lösung – die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, zunächst innerhalb der nationalen Grenzen und schließlich in der Welt als Ganzes, mit kontrollierter Produktion und Besitzverteilung zum Wohle des Volkes. [...] Es ist klar, dass das Wohl eines Volkes oder der ganzen Menschheit nicht aufgehoben werden darf, nur weil einige Völker, die von der bestehenden Gesellschaftsordnung profitieren, gegen eine Veränderung sind. Falls politische oder gesellschaftliche Institutio-

nen einer solchen Veränderung im Wege stehen, müssen sie beseitigt werden.“⁷

Vergleichbare Aussagen machten auch andere nicht-kommunistische Führer von Unabhängigkeitsbewegungen der Kolonialländer, in Afrika beispielsweise Tansanias Julius Nyerere. Und es ist heute kaum noch im Bewusstsein linker, sozialistischer BefreiungsanhängerInnen wie es von deren GegnerInnen beharrlich unterschlagen wird, dass der kubanische Revolutionsführer Fidel Castro (z.B. am 21. Mai

1959) öffentlich folgendermaßen urteilte: „Das große Problem, dem sich die Welt gegenübersteht, ist, dass sie wählen muss zwischen dem Kapitalismus, unter dem die Menschen Not leiden, und dem Kommunismus, der zwar wirtschaftliche Probleme löst, aber die vom Menschen hoch geschätzten Freiheiten unterdrückt. Sowohl Kubaner als auch alle anderen Lateinamerikaner unterstützen eine Revolution, die ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen vermag, ohne jedoch diese Freiheiten zu opfern.“⁸ Und bekanntlich haben Kommunisten in den ersten Jahren der kubanischen Revolution kaum eine Rolle gespielt. Deshalb stand für die damaligen linken Herausgeber der *US-Monthly Review*, Leo Huberman und Paul M. Sweezy, fest: „Von dem Augenblick an, als es den amerikanischen Politikern klar war, dass Fidel Castro entschlossen war, eine echte soziale Revolution durchzuführen, wurde es das oberste Ziel der amerikanischen Politik, seine Regierung zu stürzen.“⁹

Dabei soll keinesfalls unter den Tisch fallen, dass es natürlich sehr wohl Befreiungsbewegungen gab, in denen kommunistische Parteien eine bedeutende Rolle spielten. Nur waren sie dort in ungleich geringerem Maße als in Europa an die Politik der Sowjetunion angebunden. So war beispielsweise die indonesische KP zu Beginn der 1960er Jahre als vergleichsweise autonome Kraft die größte KP außerhalb der Sowjetunion und Chinas (und wurde nach dem CIA-inszenierten Putsch 1965 gegen den KP-unter-

stützten, aber nichtkommunistischen ersten Präsidenten Sukarno durch ein ungeheures Massaker an etwa einer Million von Mitgliedern praktisch, ja physisch vernichtet). Allerdings ist mit Eric Hobsbawm zu bedenken, dass „alle Staaten der Dritten Welt, ganz unabhängig von ihren konstitutionellen und politischen Bindungen, einen Hang zu Militäregimen oder zumindest die Tendenz, sich von Zeit zu Zeit dem Militär zu überlassen“, hatten.¹⁰ Dass er dies unter anderem auf deren „fehlende geschichtliche Legitimität“ zurückführt, erscheint mir insofern problematisch, als damit indirekt eine „Legitimität“ der Kolonialregime im Raum steht. Richtig ist, dass die neue Staatlichkeit vieler Länder der „Dritten Welt“ fragil und durch die fortgesetzte imperiale Politik vergleichsweise leicht erschütterbar war.

War die Denunzierung der Sowjetunion als „Reich des Bösen“ (Ronald Reagan 1983) noch Mitte der 1980er Jahre ohne jeden realen Hintergrund und also nur der US-Propagandamaschinerie geschuldet? Das wäre zu kurz gedacht. Denn die Revolutionen in der „Dritten Welt“ bedrohten nicht nur überall Interessen der USA, ihrer Konzerne und der absteigenden Verbündeten Frankreich und Großbritannien, wobei die Einfluss- und Kolonialgebiete der Letzteren bekanntlich auf weite Strecken in den Bereich des US-Imperiums übergingen. Sie suchten (und fanden manchmal, besonders in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg) Schutz und vorsichtige, hauptsächlich diplomatische Unterstützung beim Hauptantagonisten der US-Politik im Weltmaßstab, der Sowjetunion. Und unabhängig vom Willen der Sowjetunion oder deren Verfolgung eigener Interessen – ihre „bloße Existenz schuf im Süden Spielräume für größere Bewegungsfreiheit und öffnete weltweit den Weg zur Blockfreiheit, die, so befürchtete man in den USA, den Westen seiner Kontrolle über die Regionen, die ihm bisher Privilegien und Macht verschafft hatten, berauben könnte“.¹¹

Darüber hinaus: „Und zu keiner anderen Zeit machte dieses [sowjetische] Modell mehr Eindruck als in den Jahren nach 1945.“¹² Zugleich machte beispielsweise der mexikanische Staatspräsident und Castro-Gegner López Mateos „die USA dafür verantwortlich, Fidel Castro in das kommunistische Lager gedrängt zu haben“.¹³ In seiner Vorbemerkung zum Band „Strategien der Konterrevolution“ fasst der britische Philosoph, Religionskritiker und Mathematiker Bertrand



Invasion von Exilkubanern in der Schweinebucht am 17. April 1961.

Russel den allgemeinen Sachverhalt so zusammen: „Im Kalten Krieg gibt es eine wesentliche Einheit, die Wirtschafts- und Außenpolitik der USA. Diese Einheit wird durch die ständige Suche nach Märkten und Rohmaterialien geschaffen, auch indem ein großer Teil der Weltbevölkerung in Armut gehalten und die militärische Macht der USA in Dutzenden von Ländern dazu benützt wird, die Interessen des amerikanischen Kapitals zu schützen und die zu vernichten, die es wagen, Widerstand zu leisten.“

Die Expansion des US-Imperiums

Die Liste jener Regionen und Länder außerhalb Europas, in denen sich die USA insbesondere seit den 1950er Jahren ökonomisch, politisch oder militärisch eingemischt haben, ist bekanntlich lang. Alles aufzuzählen, ist hier nicht der Platz. Heute pfeifen über manche „Interventionen“ Schwärme von Spatzen Wahrheiten von den Dächern, die zur Zeit der Ereignisse als bösartige Verschwörungstheorien abgetan wurden. Manches Pfeifen ist zuweilen derart laut, dass beispielsweise US-Präsident Obama kurz nach seinem Amtsantritt in einem Vortrag am 4. Juni 2009 an der Universität in Kairo die Rolle der USA beim Sturz des iranischen Präsidenten Mossadegh (1953) ansprach und generös einzuräumen meinte: „Mitten im Kalten Krieg spielten die Vereinigten Staaten beim Sturz einer demokratisch gewählten iranischen Regierung eine Rolle“. ¹⁴

Derartige „Rollen“ wurden seit diesem Putsch nahezu pausenlos gespielt: Verhinderung der Wahl Ho Chi Minhs zum Präsidenten Gesamtvietnams nach dem Abzug Frankreichs, Sturz und Ermordung des ersten gewählten Ministerpräsidenten des Kongo, Patrice Lumumba,

oder Unterstützung bzw. Organisierung von sieben Militärputschen allein in der kurzen Amtszeit John F. Kennedys (El Salvador, Argentinien, Peru, Guatemala, Ecuador, Dominikanische Republik und Honduras). Und so weiter. Die Gründe für diese Interventionen und Putsche waren im Prinzip immer dieselben. Während die armen Länder bzw. ihre unteren Klassen wollten, dass sie selbst der erste Nutznießer bei der Entwicklung der Ressourcen ihres Landes sein sollten, waren die USA der Meinung, die „ersten Nutznießer“ sollten die US-amerikanischen Investoren sein, wobei die Bevölkerung der anderen Länder ihrer dienenden Funktion nachkommen müsse. „Während des Zeitraums 1950-1963 betrug der Nettokapitalabfluss von amerikanischen Firmen in Übersee zurück in die USA 17,4 Milliarden Dollar. Der Nettokapitalabfluss von amerikanischen Firmen, deren Hauptsitz in lateinamerikanischen Ländern lag, belief sich in den Jahren 1951-1961 auf vier Milliarden Dollar. Mit anderen Worten, die amerikanischen Privatinvestitionen in den unterentwickelten Ländern im allgemeinen und in Lateinamerika im besonderen wirkten als Saugpumpen“, die der Wirtschaft dieser Länder die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten entzogen. ¹⁵

Können nun all diese dargestellten Phänomene unter dem Begriff „Kalter Krieg“ subsumiert werden? Ist damit irgendetwas von dem beschrieben, worum es ging? Horowitz meinte seinerzeit, „daß die globale Natur des Konflikts den Widerstreit wirklich weltumspannender Kräfte reflektiert und nicht bloß die fehlgeleiteten und unbezähmbaren Kreuzfahrerinstinkte führender Politiker und Staatsmänner beider Seiten. Schon als die Truman-Doktrin verkündet wurde, befaßte sie sich mit tiefergehenden und

weltweiter verwurzelten Fragen als den Bedingungen der Nachkriegs-Friedensregelung in Europa oder dem Machtkonflikt zwischen den USA und der Sowjetunion. [...] Deshalb ist es, sogar bei einer Bestandsaufnahme der frühen Periode des Kalten Krieges klar, daß das globale Ausmaß des Konflikts das Ergebnis eines wirklich weltumspannenden Phänomens war: die Ausdehnung der Revolution auf die gegenwärtige weltweite soziale Entwicklung und die Entscheidung der USA, die Rolle der herrschenden kapitalistischen Weltmacht zu übernehmen“. ¹⁶ – Ist dies nicht schlüssig? Und sollte man sich daher nicht eingestehen, dass der Begriff „Kalter Krieg“ mehr verschleiert als klärt?

Sowjetische Machtpolitik?

Man könnte gegen die bisherige Darstellung einwenden, dass die Politik der Sowjetunion als Machtpolitik ausgeblendet worden sei. Nun hat die Sowjetunion zwar weder den Vietnamkrieg begonnen oder geführt noch den Koreakrieg, noch irgendwo geputscht (es sei denn, man lastet die Machtübernahme der KP in der Tschechoslowakei im Jahr 1948 der Sowjetunion an). Aber hat sie nicht in osteuropäischen Ländern gewaltsam interveniert? In Berlin 1953, in Ungarn 1956 und in der Tschechoslowakei 1968? War nicht die Einschränkung von bürgerlichen Freiheitsrechten und manche Herrschaftswillkür verschiedener (durchaus unterschiedlicher) Staatsapparate im Bereich des Warschauer Pakts ein gravierendes Hemmnis für eine befreite Entwicklung der betroffenen Länder und ihrer Werktätigen?

Nun, dies kann man spätestens nach 1989 nicht gut bestreiten, zumal es auch solche interventionistische Politik war, die dazu beitrug, dass sich viele Menschen in diesen Ländern von dieser Befreiungsmacht gegen den Hitlerfaschismus abwandten. Dennoch ist auch in dieser Hinsicht Vorsicht geboten. Die soziale Absicherung und der soziale Status der werktätigen Bevölkerung im realsozialistischen Lager hatten in mancher Hinsicht durchaus eine Qualität, die sich sogar an der Peripherie als Waffe gegen den Kapitalismus bzw. seine imperialen Möglichkeiten bemerkbar machte. So schrieb der *Economist* am 4. Juni 1960 die Türkei betreffend: „Die wirkliche Bedrohung liegt in der Tatsache, dass die türkischsprechenden sowjetischen Bürger auf der anderen Seite der Grenze einen Lebensstandard besitzen, der fast doppelt so hoch ist wie der der meisten



Demonstration für den vollständigen Abzug der US-Truppen aus Indochina am 3. April 1971 in Düsseldorf.

anatolischen Bauern. Während wiederum die große Mehrheit der Türken in der Türkei Analphabeten sind und eine höhere Bildung (trotz amerikanischer Bemühungen) äußerst spärlich anzutreffen ist, gibt es unter den sowjetischen Türken nur wenige oder gar keine Analphabeten, und ihre höhere Bildung macht erstaunlich schnelle Fortschritte. Darüber hinaus stehen in Turkmenistan Kapitalbeteiligungen an landwirtschaftlichen Projekten inmitten einer immer rascher verlaufenden industriellen Entwicklung an oberster Stelle.¹⁷

Allerdings ist auch einzuräumen, dass die sowjetische Außenpolitik vor allem ab Mitte der 1960er Jahre, also in der später so bezeichneten „Stagnationsperiode“ nach dem Führungswechsel von Chruschtschow zu Breschnew, in der Dritten Welt zunehmend als eigenständiger Machtfaktor insbesondere gegenüber den USA aufzutreten versuchte – durch Militärhilfe, geheimdienstliche Einmischung und politischen Druck. Dies führte insbesondere gegenüber dem kommunistischen Konkurrenten China zu dessen überzogenem Vorwurf des „Sozialimperialismus“, zugleich zur aussichtslosen Überschätzung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten, was schließlich zum inneren Zusammenbruch beitrug. Allerdings wird selbst von westlichen Forschern bestritten, dass die Sowjetunion dabei einem imperialen strategischen Plan gegen den US-Einfluss folgte. Eher handelte es sich um

fallweise Akte der politischen Solidarität, die in der Folge für eigene Interessen genutzt wurden.¹⁸

Der erhobene westliche Zeigefinger aber, der mit den Zahlen 1953, 1956 und 1968 auf das „Reich des Bösen“ im Osten zeigt, unterschlägt üblicherweise nicht nur die oben dargestellte weltweite Unterdrückungs- und Interventionspolitik der westlichen Führungsmacht und ihrer Verbündeten, sondern auch jene in Europa nach 1945, gegen die die sowjetische Absicherung ihres in Jalta vereinbarten Einflussgebietes, insbesondere was die Opfer betrifft, sicherlich nicht herankommt. Die Intervention Großbritanniens und der USA in Griechenland produzierte zehntausende Tote und hunderttausende Flüchtlinge, verwüstete Landstriche und verursachte Straflager samt Folter (und es waren auch die USA, die 1967 den Faschistenputsch mit tausenden Opfern mitinitiierten und das griechische Obristenregime unterstützten; ist es abwegig zu fragen, wie viele Opfer es im Vergleich dazu ein Jahr später in der Tschechoslowakei gab, ohne diese Intervention gutzuheißen?); und es waren die USA, die das faschistische und kolonialistische Salazar-Regime in Portugal bis 1974 stützten. Oder Spanien: Von 1946 bis 1961 erhielt Franco-Spanien US-Wirtschaftshilfe von einer Milliarde Dollar. *Amnesty International* berichtete 1963 von diesem Land der europäischen Werte: „In Spanien kann man von persönlicher Freiheit nicht spre-

chen, sondern nur von Verfolgung [...]. Spanien [ist] ein Polizeistaat in jeder Hinsicht.“¹⁹ Von all dem sehen die medialen Verteidiger der „westlichen Freiheit“ großzügig ab.

Nach 1989 hieß es zunächst: „Schwamm drüber!“ – Die Erzählung vom Kalten Krieg war vorbei, die Sowjetunion niedergedrungen, zerfallen bzw. zusammengebrochen, die dominierenden Medien verbreiteten Storys vom „Ende der Geschichte“ und vom „Sieg des Kapitalismus“. Nur wenige machten sich in der Folge kundig und stellten fest, dass sich während des Sieges des Kapitalismus das Bruttonationalprodukt Russlands von 1989 bis 1998 nahezu halbierte, die Armut der Bevölkerung in diesem Zeitraum ein Massenphänomen wurde, die Lebenserwartung insbesondere der Männer drastisch sank (von 63,9 Jahren 1986 auf 57,5 Jahre 1994) und erst ab Ende des Jahrhunderts wieder anstieg. Russland lag am Boden und wurde von eigenen Glücksrittern ebenso geplündert wie von ausländischen Hyänen.

Ist dies nun mit der eingangs geschilderten Ausgangsposition nach 1945 vergleichbar? Vielleicht insofern, als es auf die vergleichbare Absurdität hinweist, dass justament dieses Land nun („wieder“) expansiv Europa und „die Welt“ bedrohen sollte. Nachdem der Abwärtstrend seit dem Amtsantritt Putins gestoppt werden konnte, die Armut wesentlich reduziert wurde und das Bruttonationalprodukt den Vorzustand bald wieder erreicht hatte, musste letztlich als Hauptargument herhalten, dass es mit einer Halbinsel wiedervereinigt wurde, von der ein US-Senator vor einigen Jahren feststellte, die Krim habe länger zu Russland gehört als die Vereinigten Staaten existierten.

Aggression als Konstante des US-Imperiums

Äußerlich ruhte der weltweite US-Interventionismus eine kurze Zeit lang (oder wurde, wie im Falle Noriegas und Panamas als „Drogenkrieg“ etikettiert), während er hauptsächlich ökonomisch weiterging, bis nach der Bombardierung Serbiens ab „9/11“ (2001) unter dem Titel „War on Terror“ eine neue Kriegsrunde eingeläutet wurde. Diese stieß aber statt auf linke Befreiungsbewegungen oder progressive Regierungen hauptsächlich auf unbotmäßige Machtklüngel diverser Länder. Der Sozialismus bzw. Kommunismus hatte weltweit auf längere Zeit entscheidend an Ansehen eingebüßt. Ideologisch passte dazu

gut das Ende der 1990er Jahre erschiene-
ne „Schwarzbuch des Kommunismus“.

Darüber hinaus scheint in den armen
Ländern seither jedenfalls nichts mit
dem Aufbruch der 1950er bis 1970er
Jahre vergleichbar Revolutionäres vor-
handen zu sein. Das zeitweise Auf-
flackern linker oder sozialistischer Be-
wegungen in Lateinamerika wird seit da-
mals immer wieder zurückgeworfen,
möglicherweise auch, weil diese ihr
Hauptaugenmerk auf Wahlen richten.
Bei Einmischungen gegen progressive
Wahlergebnisse oder die Umsetzung so-
zialer Regierungsprogramme sind die
US-Profis mit Blockaden, reaktionären
Mobilisierungen oder Putschen schnell
bei der Hand und geübt. Besonders
schlimm aber scheint mir zu sein, dass
vor allem in Afrika und Asien durch die
Niederlagen der antiimperialistischen
Bewegungen und Staatsmodelle beson-
ders reaktionäre Bewegungen Ober-
wasser erhielten, die fundamentalistisch-
religiös dominiert sind.

Der deutsche Schriftsteller und Journal-
ist Dietmar Dath diagnostizierte in
einem Artikel zum 70. Geburtstag Sal-
man Rushdies, dass mit dem Erscheinen
der Satanischen Verse „diejenige Reli-
gion, die darin nur ein Beispiel für die
allgemeine Neigung der Menschen sein
sollte, sich ihre Vergangenheit zurecht-
zubiegen und so die bessere Zukunft ab-
zuschneiden, gerade den antiimperialis-
tischen Marxismus als das Gedanken-
system ablöste, dem sich Staaten, Stäm-
me und Einzelne verschrieben, wenn sie
sich vom Westen und Norden nicht mehr
sagen lassen wollten, wie Moderne
geht“.²⁰ Seit der „Islamischen Revoluti-
on“ im Iran (1979) haben sich die Ver-
fechter von Gottesstaaten bzw. eines
islamischen Gottesstaats darüber hinaus
nicht nur in Bosnien breit gemacht, son-
dern versuchen dies auch in anderen
europäischen Ländern. Jedenfalls scheint
sowohl in den industrialisierten, als auch
in den armen Ländern des Südens nahe-
zu alle Kraft verloren gegangen zu sein,
die auf eine friedliche und soziale Zu-
kunft auf diesem Planeten abzielt. Gibt es
noch viele SozialistInnen oder Kommu-
nistInnen, denen eine mit den Jahrzehnten
nach dem Zweiten Weltkrieg ver-
gleichbare Zukunftszuversicht eigen ist?

Der weltweite Krieg, der vom west-
lichen Imperium heute geführt wird, ist
noch weniger „kalt“ als der vorige. Es
steht ihm keine Sowjetunion gegenüber,
sondern ein erheblich schwächeres und
durch den dort durchgesetzten Kapitalis-
mus fragileres Russland, dessen einzig



Aktion der Kommunistischen Jugend Österreichs am Wiener Stephansplatz im März 1981, bei der ein beidseitig gestaltetes „Denkmal“ für den US-Präsidenten Ronald Reagan enthüllt wurde.

verbliebenes Faustpfand das Atom-
waffenarsenal zu sein scheint. Allerdings
ist inzwischen auch ein ziemlich anderes
China als jenes der 1950er bis 1970er
Jahre entstanden, in dem zwar nach wie
vor eine Kommunistische Partei die Poli-
tik dominiert, das aber – was die interna-
tionale Friedenspolitik betrifft – noch
schwer kalkulierbar ist und dem imperia-
le Ambitionen nicht abgesprochen wer-
den können, auch wenn sie derzeit ver-
gleichsweise marginal scheinen. Hinzu
kommt, dass das US-Imperium innerlich
bei weitem instabiler geworden ist als es
noch vor mehr als einem halben Jahrhun-
dert strahlte. Wenn daher heute von
einem „neuen Kalten Krieg“ gesprochen
wird, dann handelt es sich in aller Regel
eher um eine Vernebelung der Vorgänge,
eine Verengung auf europäische Sicht-
weisen und – wie schon beim alten – um
eine Bagatellisierung der aggressiven
Politik des US-Imperiums.

Vor mehr als einem Jahrhundert, mit-
ten im Ersten Weltkrieg, schrieb Rosa
Luxemburg: „Friedrich Engels sagte ein-
mal: die bürgerliche Gesellschaft steht
vor einem Dilemma: entweder Übergang
zum Sozialismus oder Rückfall in die
Barbarei.“²¹ Sind wir heute der Barbarei
nicht näher als vor einem halben Jahr-
hundert?

Anmerkungen:

1/ David Horowitz: Kalter Krieg. Hintergründe
der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, 2
Bände. Berlin 1969.

2/ David Horowitz (Hg.): Strategien der Konter-
revolution. Westliche Eindämmungspolitik 1917
bis Vietnam. Darmstadt 1969.

3/ Zit. in: Horowitz: Kalter Krieg, Bd. 2, S. 43.

4/ Zit. in: Horowitz (Hg.): Strategien, S. 14 und 18.

5/ Horowitz: Kalter Krieg, Bd. 2, S. 62.

6/ <https://de.wikipedia.org/wiki/Dekolonisation>
[10.11.2020].

7/ Zit. in Horowitz: Kalter Krieg, Bd. 1, S. 198.

8/ Ebd., Bd. 2, S. 186.

9/ Ebd., Bd. 1, S. 183.

10/ Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme.
München 2003, S. 436.

11/ Noam Chomsky: Wirtschaft und Gewalt.
Vom Kolonialismus zur neuen Weltordnung,
München 1995, S. 123.

12/ Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme.
München 1994, S. 439.

13/ Zit. nach: Horowitz: Kalter Krieg, Bd. 1, S. 191.

14/ [https://www.whitehouse.gov/the_press_offi-
ce/Remarks-by-the-President-at-Cairo-Universi-
ty-6-04-09](https://www.whitehouse.gov/the_press_office/Remarks-by-the-President-at-Cairo-University-6-04-09) [1.11.2020].

15/ Horowitz: Kalter Krieg, Bd. 1, S. 217.

16/ Horowitz (Hg.): Strategien, S. 13.

17/ Horowitz: Kalter Krieg, Bd. 1, S.180.

18/ Z.B.: Radoslav Jordanov: Addis Abeba
1977. Brüderliche Militärhilfe und globale mi-
litärische Strategie, in: Andreas Hilger (Hg.): Die
Sowjetunion und die Dritte Welt (1945–1991).
Berlin 2009, S. 239–258.

19/ Horowitz: Kalter Krieg, Bd. 1, S. 181.

20/ [http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bue-
cher/autoren/salman-rushdie-zum-70-selig-
sind-die-luegner-15066495.html](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/bue-
cher/autoren/salman-rushdie-zum-70-selig-
sind-die-luegner-15066495.html) [1.11.2020].

21/ Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozial-
demokratie (Junius-Broschüre), in: Politische
Schriften, Bd. 2. Frankfurt/M., Wien 1966, S. 31.

Schulheft „Geschichts–Politiken“

ELKE RENNER/PETER MALINA

Die aktuelle Ausgabe des „Schulhefts“ stellt Fragen an die Geschichte und an die Geschichtsschreibung, um aus verschiedenen Perspektiven dominante geschichtspolitische Erzählungen zu analysieren. Die Historizität von gesellschaftlichen Strukturen, von Konzepten, Denkweisen und Anschauungen, aber auch von Geschichtsbildern zu betonen, soll auch Grundlage dafür sein, solidarische und emanzipatorische Veränderungen denken zu können. Die vorgestellten wissenschaftlichen, journalistischen und literarischen Beiträge eröffnen ein weites Feld kritischer Beschäftigung mit Geschichte/n, die Verstrickungen in neoliberale Ideologien offenlegen und nach auf Respekt und Solidarität basierenden Herangehensweisen fragen.

Historische Sozialwissenschaft

Im Eingangstext mit dem Titel „Eine Vergangenheit, die uns angeht“ blicken Elke Renner und Peter Malina auf 40 Jahre der Schulheft-Reihe zurück und gehen Fragen nach Geschichte und Politik im Bildungsbereich nach. In der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit standen zwei Themenstränge im Mittelpunkt: einerseits Faschismus und Rechtsextremismus, andererseits Fragen der Friedensgeschichte und -pädagogik. Als die Schulhefte erstmals Ende der 1970er Jahre erschienen, befanden sich Geschichtswissenschaft und Geschichtsdidaktik in einer Phase des Wandels und der Neuorientierung, sowohl inhaltlich als auch methodisch. Das führte zunächst dazu, dass bisher unbefragte Geschichtskonzepte ihre Selbstsicherheit verloren. Nicht mehr die Beschreibung oder Auflistung von historischen Ereignissen und die Darstellung „großer“ historischer Persönlichkeiten, sondern das Geschichtsbewusstsein der am Bildungsprozess Beteiligten rückte in den Mittelpunkt des Interesses. Gleichzeitig wurde deutlich, dass sich Geschichtsbewusstsein (egal, wo es produziert oder rezipiert wird) verändert und daher dort, wo Wissen vermittelt wird, auch präziser danach gefragt wird, was der Inhalt und die Ziele der Wissensvermittlung sein sollen.

Mit dem Verblässen der traditionellen Geschichtswissenschaften rückten andere Themen, andere Geschichtsbereiche in den Vordergrund, die bisher nicht beach-

tet gewesen sind. Jetzt bekamen bisher wenig beachtete gesellschaftliche Gruppen einen neuen Stellenwert. Bewusst wurde, dass die einfachen Erklärungen nicht nur nicht einfach, sondern auch keine wirklichen Erklärungen waren. Bezogen auf die Geschichte hieß und heißt das: sich nicht mit den vorgegebenen Geschichtsbildern zufriedengeben – und nicht mit ihnen Frieden schließen, sondern nach Interessen und Absichten fragen und die „Großen“ und Mächtigen der Geschichte in Frage stellen. Parallel dazu entwickelte sich auch ein differenzierter Begriff von Politik, der sich ebenfalls aus der Enge der formalen Beschreibung politischer Institutionen löste und damit ein weites Feld für die gesellschaftspolitische historische Analyse eröffnete. Diese Entwicklung von einer Geschichte der herrschenden Fakten und Daten zu einer historischen Sozialwissenschaft ist auch in den Themenheften der Schulhefte nachzulesen.

Gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Die Schulhefte verstanden sich von Anfang an als eine Publikation, die dem Mainstream kritisch gegenübersteht und sich dort, wo es notwendig und unvermeidbar ist, auch dagegengestellt. Politik und Vergangenheit/Geschichte waren daher notwendigerweise ein wichtiger inhaltlicher Schwerpunkt. Um dieses Konzept zu realisieren, waren die Schulhefte auf Unterstützung angewiesen. Die Kooperation mit VertreterInnen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, des Instituts für Zeitgeschichte Wien und der Politikwissenschaft, den deutschen FriedenspädagogInnen und anderen solidarischen und fortschrittlichen Kräften waren hilfreich und unterstützend für die Arbeiten des institutionell ungebundenen Schulhefts. Von allem Anfang an waren die Schulhefte eine Publikation, die Fragen und Anfragen der jeweiligen Gegenwart aufnehmen und in die Diskussion bringen wollte. Sie waren an einem differenzierten Blick auf die Schulwirklichkeit (und die Gesellschaft) orientiert.

Geschichtspolitik wird vorwiegend als Teil politischer Bildung gesehen – eine Geschichte zum Umdenken. Ab 1983 entwickelten HerausgeberInnen, RedakteurInnen und AutorInnen eine nun bald

vierzigjährige Beschäftigung mit Rechtsextremismus und Faschismus. Dazu werden vielfältige Aspekte bearbeitet, u.a. auch das Thema „Biologismus-Sozialrassismus“. Die Absicht war, über die Betrachtung extremer Gesellschaftsformen hinaus Traditionen und Erscheinungen von Biologismus und Sozialrassismus zu beschreiben und zu erklären. Eine schwierige Aufgabe, zumal Biologismen, um einen sprachlich entsprechenden Vergleich zu gebrauchen, wie zähe Ablagerungen und manchmal akute Schwellungen im Mainstream liegen und auch viele LehrerInnen, ob fachspezifisch oder durch ihre „persönliche Meinung“, davon infiziert sind. Da sprüht es oft nur so von „natürlichen“ Autoritäten, Begabungen, notwendigen Selektionen, tierischen Aggressionserklärungen und entsprechender Pseudowissenschaft. Dazu gibt es jede Menge Unterstützung durch die Medien, wenn es zum Beispiel um Gewalt in der Schule, Leistungs- und Ausgrenzungsideologien und den neoliberalen rassistischen Europatunnel geht. Es wird immer schwieriger, aber umso notwendiger, den allgegenwärtigen und alltäglichen Ungleichheitsideologien emanzipatorisch motivierte Gesellschaftsanalysen entgegenzuhalten. Pseudowissenschaftlich propagierte Ideologien der Ungleichheit – Biologismen und Rassismen – hatten nicht nur im 19. und 20. Jahrhundert schreckliche Auswirkungen. Auch in der Gegenwart begleiten Selektions- und Leistungswahn neoliberal-kapitalistische Vorstellungen in den Bereichen der Bildung und untermauern Sozialabbau und imperialistische Machtansprüche.

Gegen „kuschelweiche Zeitgeschichte“

Es ist ein Phänomen der 1980er Jahre, dass ein Medienprodukt eine Darstellung der österreichischen Zeitgeschichte bot, die öffentlich anerkannt und für viele als Ersatz schulischer Geschichtsvermittlung gesehen wurde: Österreich I und Österreich II von Hugo Portisch und Sepp Riff. Am Institut für Zeitgeschichte Wien hatte sich 1987/88 eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit dieser Serie auseinanderzusetzen begann. In einem Zwischenbericht „Kuschelweiche Zeitgeschichte“ haben die Schulhefte die ersten Ergebnisse publiziert.

1989 war der Zweite Weltkrieg immer noch ein wesentlicher Bestandteil der kollektiven Erinnerung der österreichischen Gesellschaft. Lebensgeschichtliche Erfahrungen, traditionelle Geschichtsbilder und Vorurteile verhinderten allerdings mit Vehemenz eine (selbst)kritische kollektive wie private Aufarbeitung. Mit der Frage „Erinnern als Vergessen?“ rückte das Schulheft 56 diese verdeckten, verdrängten Erinnerungen wieder ins „Helle des Bewusstseins“. Wie vehement dieses vergessene Erinnern war, zeigte sich auch daran, welchen Stellenwert der Zweite Weltkrieg, der in seinen Auswirkungen immer noch präsent war, im öffentlichen Geschichtsbewusstsein hatte.

In ihrer Fernsehdokumentation Österreich I/II haben Hugo Portisch und Sepp Riff ein Angebot einer gültigen Geschichtsdarstellung versprochen und öffentlichen Zuspruch (auch im schulischen Bereich) erhalten. Für die Schulhefte war dies der Anlass, sich kritisch mit diesen anerkannten historischen Botschaften auseinanderzusetzen – auch und gerade dann, wenn sie das eigene Vorverständnis offenkundig bestätigen. Österreich I/II vermitteln eine alltags-taugliche, von vielen bereitwillig akzeptierte Darstellung von Geschichte. Sieht man genauer hin, so zeigt sich, dass auch hier vehement Geschichtsbilder geprägt werden. Heute hat sich die Konsensgeschichtsdarstellung von Hugo Portisch zur allseits beklatschten, verherrlichten und quasi verordneten Geschichtsauffassung der Republik verfestigt – wer wagt es da zu widersprechen?

Im Gedenken an die Vergangenheit ist und bleibt Mauthausen „Erinnerungsort vor unserer Haustür“, wie Peter Gstettner das nachdrücklich formuliert hat. Gstettner, Professor für Erziehungswissenschaften an der Klagenfurter Universität, steht von Beginn an auch in seiner Arbeit als Historiker für antifaschistisches Engagement – vor allem für die slowenische Minderheit in Österreich. Einen Schlusstrich unter die Vergangenheit zu ziehen und sie dem Vergessen zu überlassen, honoriert die Beständigkeit unbewusster Prägungen. Aber, so die Überzeugung der HerausgeberInnen der Schulhefte 105 und 106 (2002): Der Gedächtnisschwund kann gestoppt werden, wenn die „Mühen der Erinnerung“ als kollektiv zu lösende Möglichkeit aufgenommen werden. Voraussetzung dafür ist es, tödliche Intoleranz nicht hinzunehmen, Unrecht beim Namen zu nennen und dort, wo Unrecht wahrgenommen

wird, aktiv zu werden: „Nicht stillhalten, wenn Unrecht geschieht“ (so die Halleriner Widerstandskämpferin Agnes Primocic). Geschichte hat keinen unveränderlichen „Sinn“: Sie offenbart – wie Jubiläen meist zeigen – den Sinn, der ihr jeweils beigemessen/zugeschrieben wird.

Die Geschichte der Ersten Republik Österreich zu erinnern heißt, sich auch bewusst zu werden, dass dieses Erinnern Wandlungen und Veränderungen unterworfen ist. Das Schulheft 129 (2008) „Blickwechsel oder eine andere Erste Republik?“ versuchte, den Blick auf eine „andere“ Republikgeschichte möglich zu machen. Sowohl für die Geschichte des Ersten Weltkriegs als auch der Ersten Republik hat der marxistische Historiker Hans Hautmann klare, wesentliche Beiträge verfasst.

Schwerpunkt Frieden

Die Friedensthematik ist ein weiterer roter Faden, der durch fast vier Jahrzehnte der Schulheft-Reihe konsequent bearbeitet wird. Angesichts der begrenzten Möglichkeiten der Friedensbewegung und deutlicher Resignation stellte das Schulheft 72 (1994) „Niemals Frieden“ fest, bot aber gleichzeitig „Analysen und Betrachtungen zur Weltunordnung“ an. Im Vorwort heißt es dazu: „1983, vor mehr als zehn Jahren, erschien das Friedens-Schulheft ganz in Weiß mit Kinderschrift und Friedenstaube. Da gab es noch Aufbruchstimmung, Demonstrationen und Feste [...]. In den letzten Jahren hat die veränderte Weltsituation Verunsicherung und neue Bedürfnisse ausgelöst. Angesichts der vielen Krisen und Kriege wurde und wird es immer schwieriger, deren Wurzeln und Folgen wirklich zu erkennen.“ In dieser Situation erschien es den Schulheften wichtig, wesentliche Friedensfragen wieder in Erinnerung zu rufen – im Bewusstsein des schwer erfüllbaren Anspruchs, dass das in der Schule Machbare in dem Bewusstsein und dem Wissen um globale Zusammenhänge begründet sein müsse.

Zum 20-jährigen Bestehen des Vereins *LehrerInnen für den Frieden*, der die Schulhefte wesentlich inspiriert hatte, stellte sich neuerdings die Frage, ob Frustration, Resignation, Sentimentalität oder Feierstimmung angesagt sei. Auch wenn sie nicht zu den „Großen“ gehörten, hatten die *LehrerInnen für den Frieden* und die Schulhefte versucht, unabhängig ihre Ansichten weiterzugeben und ähnliche Initiativen auch in den Schulheften zu unterstützen. Diese „Stärke“ entsprang ihrer „Schwäche“, denn

nur so konnten sie es sich leisten, auf jeden Opportunismus zu verzichten.

In den letzten Jahren haben sich die Schulhefte wieder intensiv auf die Gegenwart konzentriert. Dennoch: Die Diskussion in den Schulheften um Geschichte und Vergangenheit ist nicht zu Ende. Immer mehr Menschen werden aus demokratischen Prozessen ausgeschlossen, auch dort, wo man meint, in Demokratien zu leben. Steigende Armut und Hilflosigkeit auf der einen Seite, die Interessen autoritärer Machteliten auf der anderen Seite vermindern immer mehr eine Demokratisierung der Gesellschaft. Veränderungen wären möglich, sie können und müssen angedacht, kommuniziert und letztendlich umgesetzt werden. Das Schulheft 167 („Widerstand: denkbar – sagbar – machbar“) beschäftigt sich mit den Chancen, Widerstand auf verschiedenen Ebenen und aus unterschiedlichen Perspektiven zu leisten. Wenn fantasievolle Vorstellungskraft, kritisches Urteilsvermögen und Eigensinn gesellschaftlich-politisch aktiviert werden, ist Widerstand „trotz allem“ möglich.

Eine „Kultur des Friedens“ muss erstritten, kritisches Denken muss gefördert und konsequenterweise als der Kritischen Pädagogik immanent aufgefasst werden. Neue Aspekte sollten in den letzten Jahren das Interesse an Geschichte in den Schulheften erweitern und die Anliegen von Menschen aufgreifen, die aus rassistischen Gründen daran gehindert werden, sich ihrer eigenen Geschichte zuzuwenden. Migration, Flucht und Elend und die damit zusammenhängenden bildungspolitischen Fragen und Forderungen rücken in den Fokus. Die neoliberale imperialistische Gewalt durchdringt alle Lebensbereiche. Die Beiträge der Schulhefte zur Geschichte zeigen: Vergangenheiten wirken in die Gegenwart hinein und werden zu einer permanenten Herausforderung. Damit ist die Voraussetzung gegeben, vom Jetzt in die Zukunft blicken, denn – wie es in der „Proletenpassion“ aus dem Jahre 1976 heißt: „Wir lernen im Vorwärtsgehen.“

Aus Geschichte lernen. Funktionen von Geschichtspolitik. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2021 (Pädagogische Taschenbuchreihe schulheft, Bd. 181), 185 S., 8,90 Euro



Eckart Kröplin: Operntheater in der DDR. Zwischen neuer Ästhetik und politischen Dogmen. Berlin: Henschel Verlag 2020, 360 S., 28 Euro

Wenn hierzulande Erinnerungen an die Musikwissenschaft der DDR wach werden, dann gelten diese zunächst dem „Nestor“ der marxistischen Musikwissenschaft Georg Knepler. Bleibende Leistungen dieser Disziplin sind aber nicht zuletzt auch mit dem Namen Eckart Kröplin verbunden, der als Professor für Theorie und Geschichte des Musiktheaters an der Theaterhochschule Leipzig tätig war. Mit seiner 1985 erschienenen Studie über die „Frühe sowjetische Oper“ bei Dmitrij Schostakowitsch und Sergej Prokofjew wurde Kröplin über die Grenzen der DDR hinaus bekannt. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt Kröplins ist Richard Wagner, über den er 2011 eine vierbändige Biografie und 2013 eine Publikation mit dem Titel „Richard Wagner und der Kommunismus“ verfasst hat. Drei Jahre später erschien im renommierten Metzler-Verlag Kröplins Wagner-Chronik. Nun hat Kröplin eine Studie über vier Jahrzehnte Operntheater der DDR vorgelegt, vom hoffnungsvollen Aufbruch in den 1940er und 1950er Jahren bis zum „Einsturz der Kulissen“ 1989/90.

Ungeachtet der kurzen Existenz dieses Staates wurden in der DDR künstlerische Leistungen vollbracht, die einen dauerhaften Wert in der Kulturgeschichte für sich beanspruchen können. Das erklärte Ziel der staatlichen Kulturpolitik bestand von Beginn an darin, die Kluft zwischen hoher Kunst und breiten Massen zu schließen. Den DDR-Bühnen ging es um ein volksnahes Theater für alle Schichten der Bevölkerung. Selbst aus entlegenen Dörfern gab es Zubringerdienste zu den Theatern in den Städten, die Eintrittspreise waren niedrig.

Der Band ist chronologisch gegliedert und innerhalb dieser Periodisierung nach Spielstätten. Im Mittelpunkt von Kröplins Darstellung stehen die Opernbühnen in den großen Opernzentren Berlin, Dresden und Leipzig. Nirgendwo sonst auf der Welt war das Netz der Opernbühnen dichter als in der DDR. Mehr als fünfzig Theater des Landes zeigten Operaufführungen, weshalb auch die „Opernprovinz“ von Schwerin über Meiningen bis Zwickau nicht zu kurz kommt. Kröplin erkennt vier Entwicklungsabschnitte für die DDR-Oper, die mit den entscheidenden politischen Einschnitten in der Geschichte des Landes

konform gehen: Die erste Phase ab 1949 ist jene des antifaschistischen Aufbruchs, der eine ästhetische Neuorientierung und die Durchsetzung von Maximen eines realistischen Musiktheaters brachte. Der Mauerbau im Jahr 1961 bedeutete auch für das Musikleben und die Operntheater einen empfindlichen Einschnitt und hatte den Weggang vieler KünstlerInnen zur Folge. Die Ablösung von Walter Ulbricht durch Erich Honecker im Jahr 1971 verhiess eine Liberalisierung der Kulturpolitik, die in den 1980er Jahren in eine Zeit des Stillstands und der „finalen Agonie“, wie Kröplin schreibt, übergang.

Das Operntheater der DDR wurde geprägt von Komponisten, Dirigenten, SängerInnen, Bühnenbildnern und RegisseurInnen. Opernkomponisten wie Paul Dessau, Siegfried Matthus, Udo Zimmermann, Friedrich Goldmann und Georg Katzer besaßen internationale Ausstrahlung und konnten sich mit der musikalischen Avantgarde in Westdeutschland und Europa messen. Zur Sprache kommen Dirigenten wie Erich Kleiber, Franz Konwitschny, Otmar Suitner, Kurt Sanderling und Kurt Masur, SängerInnen wie Theo Adam, Peter Schreier, Anna Tomowa-Sintow und Reiner Goldberg, die in der DDR Erfolge feierten. Die Geschichte der Oper in der DDR ist auch eine Geschichte inszenatorischer Meisterleistungen. Im Kapitel über die 1970er Jahre, die eine merkliche Belebung der Opernszene brachten, behandelt Kröplin die „berühmten Fünf“: Walter Felsenstein, seine beiden Schüler Götz Friedrich und Joachim Herz, Harry Kupfer sowie Ruth Berghaus. Diese RegisseurInnen bestimmten am nachhaltigsten das Gesicht der Musikbühnen der DDR und prägten auch die Opernszene im Westen entscheidend mit.

Die Attraktivität von Kröplins Operngeschichte besteht nicht zuletzt in der reichen Bebilderung des Bandes. Die erste Abbildung zeigt Paul Dessau, wie er 1969 Kulturminister Klaus Gysi die Partitur seiner Oper „Lanzelot“ überreicht. Im Hintergrund beobachtet Heiner Müller, der Autor des Librettos, die Szene. Das Foto verdeutlicht die große gesellschaftliche Bedeutung der Musik



Paul Dessau (rechts) übergibt Klaus Gysi, Minister für Kultur der DDR, die Partitur zu seiner Oper „Lanzelot“ (1969). Das Libretto schrieb Heiner Müller (Mitte).

in der DDR, wo Operaufführungen ein Politikum waren. Bereits der Untertitel des Bandes „Zwischen neuer Ästhetik und politischen Dogmen“ verweist auf die Tatsache, dass es in kaum einem anderen Land intensivere und heftigere Auseinandersetzungen gab um ideologische und ästhetische Positionen, über Inhalte, Wege, Techniken und mögliche Ziele eines „realistischen“ Operntheaters.

Die neuen Wege, die in der DDR ästhetisch und musikalisch beschritten wurden, stießen jedoch an die Grenzen eines unangemessenen kulturpolitischen Führungsanspruchs der SED. Nicht selten wurde versucht, auf den künstlerischen Prozess Einfluss zu nehmen. Das spannungsvolle Verhältnis von Staat und Oper, der „Graben zwischen Politik und Kunst“, ist demgemäß ein durchgängiges Motiv von Kröplins Darstellung. Er erinnert an die Polemik gegen Paul Dessaus Oper „Das Verhör des Lukullus“ (1951) und gegen Hanns Eislers Opernprojekt „Johann Faustus“ (1952), wobei er die gegen beide Werke verhängten Verdikte in die Diskussion um eine „deutsche Nationaloper“ in neuem sozialistischem Verständnis einordnet. Die Debatten um Dessaus „Lukullus“ und Eislers „Faustus“ wertet Kröplin als „kulturpolitische Katastrophen“, die eine marxistische Ästhetik und Kunstentwicklung blockierten. Erst in den 1960er Jahren wurde Verlorenes aufgeholt. Letztlich förderte die Kulturpolitik auch die avantgardistische Kunstauffassung, und es taten sich in zunehmendem Maße Freiräume für Innovation, für Außergewöhnliches und Provokantes auf. Es ist kein Zufall, dass Heiner Müllers Diktum „Was man noch nicht sagen kann, kann man vielleicht schon singen“ (1970 geschrieben nach seiner Arbeit am Libretto zu Paul Dessaus Oper „Lanzelot“) oft zitiert wird.

Der Band erschöpft sich nicht in der Aufzählung einzelner Aufführungen,

sondern nimmt die Musik- und Theaterverhältnisse der DDR als Ganzes in den Blick. Neben den Inszenierungsgeschichten, der Repertoirepolitik der einzelnen Häuser und den ästhetischen Debatten kommen etwa auch die Verbände, Zeitschriften und Verlage zur Sprache, in denen aktuelle Themen von Kunst, Ästhetik und Kulturpolitik diskutiert wurden. Im Mittelpunkt stehen Fachzeitschriften wie *Theater der Zeit* und *Sinn und Form* oder der Henschelverlag, in dem auch Kröpplins Buch erscheint. Begleitet wurde die Opernarbeit von Tagungen und Kolloquien, die vom Verband der Theaterschaffenden der DDR und vom Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR veranstaltet wurden.

Ein einem groß angelegten Exkurs behandelt Kröplin das „epische Musiktheater“ (Brecht, Eisler, Dessau) als ästhetischen Kontrapunkt zum „realistischen Musiktheater“ von Walter Felsenstein, der an der Komischen Oper in Berlin neue künstlerische und szenische Maßstäbe setzte. Harry Kupfer, Joachim Herz und Ruth Berghaus entwickelten das realistische Musiktheater mit Zutaten von Brechts epischem Theater weiter. Exemplarisch für die Erbe-Rezeption auf den Opernbühnen der DDR beleuchtet Kröplin den Umgang mit dem Werk Richard Wagners. Durch seine Vereinnahmung in der NS-Zeit galt Wagner zunächst als diskreditiert, weshalb zu Beginn vor allem seine frühen Werke rezipiert wurden. In den 1970er Jahren kam es zu neuen Inszenierungen von Parsifal und Tristan. Der Leipziger „Ring“, inszeniert von Joachim Herz (1973–76), setzte neue Maßstäbe, noch bevor Patrice Chéreau in Bayreuth seine Deutung zur Diskussion stellte. Am Ende des Buches findet sich ein Anhang, der die wichtigsten Operninszenierungen in 40 Jahren DDR auflistet.

Obwohl es in den letzten 30 Jahren eine wahre Flut an Veröffentlichungen über die DDR-Geschichte gab, ist Kröpplins Buch die erste systematische Analyse ihrer Operngeschichte. Dem Buch kommt zugute, dass Kröplin zeitgenössisch nicht nur ein Beobachter der musikalischen Szene war, sondern ein Mitgestalter. Er ist ein Insider, der das Opernleben der DDR entscheidend mitprägte, etwa als Chefdramaturg und stellvertretender Intendant der 1985 wiedereröffneten Semperoper in Dresden. Seinen eigenen Lebensweg schildert der Autor im Vorwort des Buches. „Operntheater in der DDR“ von Eckart

Kröplin ist ein mit Leidenschaft geschriebenes Buch, das unverzichtbar für all jene ist, die sich mit deutscher Kulturgeschichte nach 1945 beschäftigen.

MANFRED MUGRAUER

Helmut Lethen: Denn für dieses Leben ist der Mensch nicht schlau genug. Erinnerungen. Berlin: Rowohlt-Verlag 2020, 384 S., 24,70 Euro

Der in Wien lebende Germanist und Kulturwissenschaftler Helmut Lethen ist vor allem für die „Verhaltenslehren der Kälte – Lebensversuche zwischen den Kriegen“ (1994) bekannt. Vor mehreren Monaten legte er mit „Denn für dieses Leben ist der Mensch nicht schlau genug“ seine Autobiographie vor. Die erzählerisch hervorragende Darstellung einer individuellen politisch-akademischen Entwicklung vor dem Hintergrund der 68er-Bewegung liest sich ebenso als Bildungsroman einer ganzen Generation von AkademikerInnen, die in den 1970ern den Marsch durch die Institutionen antrat – nicht ohne dabei meist vollends in die Sphäre einer illusionslosen, linksliberalen Elite integriert zu werden. Im Falle Lethens ist die Lektüre seiner Erinnerungen dennoch zu empfehlen.

1939 geboren, wuchs Lethen im Deutschland des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit in einer Kleinbürgerfamilie auf. Fliegerbomben, die V2-Rakete, Häuserruinen und Besatzung prägen die ersten Kapitel. Der „schwache Vater“ hielt schon in den 1920er Jahren für die NSDAP als Arbeitsloser Reden. Nach dem Abitur geht Lethen zur Bundeswehr, schreibt sich dann 1960 an der Bonner Universität ein und probiert sich aus. Professorenfiguren und Leseerfahrungen säumen den Erinnerungsweg, Bekanntschaften mit Texten Benjamins, Brochs „Schlafwandlern“. Dann der Umzug nach Amsterdam: Freud, Mitscherlich, Adorno, Filme der Nouvelle Vague, Italowestern, Schallplatten. Zurück in Westberlin politisiert er sich in der Studentenbewegung und promoviert 1970 zur „Neuen Sachlichkeit“. Er beteiligt sich an der Gründung der KPD/AO, einer der zahlreichen K-Gruppen, die nach Lethen eher als unfreiwillige „Kühlaggregate“ fungierten, indem sie „militante Energien in den Kreisläufen symbolischer Praktiken“ aufbrauchten, denn als Avantgarden der Revolution. Die K-Gruppen hätten „als Ordnungsfaktor in einer chaotischen Zeit“ eine systemstabilisierende Funktion gehabt.

Für diese These erntete Lethen schon in den 1990ern empörte Kritik aus konservativen Kreisen.

Mit dem Ausschluss aus der KPD/AO wegen „Versöhnertums“ beginnt die akademische Laufbahn erst richtig: Zunächst arbeitet Lethen in der Redaktion der „Berliner Hefte“ und scheitert mit seiner Bewerbung in Marburg an der Hausmacht des MSB Spartakus, 1977 erhält er jedoch eine Professur in den Niederlanden: Schilderungen von Seminaren und Konferenzen, Reflexionen. In den 90er Jahren folgt schließlich der Durchbruch mit seinen „Verhaltenslehren der Kälte“, erste Reisen in die USA und die Rückkehr nach Deutschland. Einige Jahre später übernimmt Lethen die Leitung des *Internationalen Forschungszentrums Kulturwissenschaften* (IFK) in Wien und wird unvermutet einer späten, privat-politischen Prüfung unterzogen: Noch in Deutschland hatte er seine – ursprünglich aus dem links-ökologischen Eck stammende – Studentin Caroline Sommerfeld geheiratet. 2015 wechselt sie mit der Migrationskrise die Seiten und schreibt seither für neu-rechte Zeitschriften wie die *Sezession*. Lethen reißt dieser Wandel aus der akademischen Kontemplation, das Unbehagen ist deutlich nachzufühlen. Die Liebe zur eigenen Familie überwiegt letztlich die politische Differenz.

Eine Autobiographie zu lesen heißt bekanntlich nicht ein Leben zu lesen. Das sich-selbst-Schreiben des Autobiographischen verweist stärker auf den gegenwärtigen Autor selbst als auf die Geschichte. Insofern und auch weil Kaschierung dieses Erinnerungsprozesses explizit vermieden wird, handelt es sich bei Lethens Buch um eines, welches im Hier und Jetzt über die Vergangenheit (und Gegenwart) nachdenkt. Auch wenn er als „Renegat“ ab 1975 die „lebensfeindlichen Dimensionen der marxistisch-leninistischen Dogmen“ bilanziert, ist das nicht gleichzusetzen mit jenen Wandlungen, die Konvertiten wie André Glucksmann in seinen „Meisterdenkern“ oder der deutsche Ex-Außenminister Joschka Fischer vollzogen. Während zahlreiche desillusionierte K-Gruppler zu Propagandisten des realen Liberalismus und Fanatikern europäisch-amerikanischer Demokratie wurden, die man mittels Kriegen dem barbarischen Rest der Welt zu deren Gesundung überbringen müsse, begab sich Lethen eher in die stoizistische Kontemplationshaltung des Kulturwissenschaftlers, von der auch der Stil des Buches zeugt. Die Auffassung

vom eigenen „Künstlerpech“ und die Distanzierung machen unverkrampfte Auseinandersetzungen auf intellektueller Ebene möglich, von denen auch der politische Leser profitieren kann. Lethen inszeniert sich als gelehrter, aber unwissender Weiser, der seinen Anverwandten und sich selbst bei der Konversion zuschaut(e). Das geht sowohl Hand in Hand mit dem späten Interesse an einer Geschichte des Stoizismus und Balthasar Graciáns „Handorakel“ als auch mit seiner frühen Auseinandersetzung mit der Neuen Sachlichkeit und den „mittleren“ „Verhaltenslehren der Kälte“.

Eine Lektüre wert ist Helmut Lethens Buch auch aufgrund des Einblicks, den er in die Entwicklung der Geisteswissenschaften und des Universitätsbetriebs im Spätkapitalismus gibt. So beschreibt er, wie seine StudentInnen an den US-Universitäten exzessiv Neuro-Enhancer konsumieren. Schockiert gibt er sich nicht, sondern konstatiert lediglich, aus den ehemaligen Psychonauten seien Leistungsfreaks geworden.

Im Rahmen des periodischen Paradigmenwechsels der heutigen Geisteswissenschaften kann man Lethen nicht vorwerfen jedwede „Mode“ mitgemacht zu haben. Zur kommenden AkademikerInnen-Generation schließt er – bezogen auf die eigene Generation und ohne jede Resignation – nicht aus, dass diese „später einmal die geschlossene Formation eines Denkstils erkennen wird, der endgültig vergangen ist“. Die 68er als Broch'sche Schlafwandler – eine, wie mir scheint, legitime Denkfigur. In der Tat könnte man meinen, die Autobiographie wurde an einer Zeitenwende veröffentlicht, an der nun die politischen Relikte der Studentenbewegung, die Kritische Theorie sowie der Befreiungsdogmatismus der K-Gruppen endgültig ins Historische überzuleiten scheinen. Lethens Buch gehört zu den wertvolleren, gelösteren Beiträgen über diese Zeit.

ALEXANDER HARTL

Anne Rieger: 150 Jahre Rosa Luxemburg, hg. von der KPÖ Steiermark. Graz 2021, 37 S.

Die ArbeiterInnenbewegung hat in ihrer Geschichte viele Persönlichkeiten hervorgebracht, die auch lange nach ihrem Tod noch eine wichtige Rolle für jene spielen, die den politischen Kampf der GenossInnen fortführen. Zu ihnen zählt auch Rosa Luxemburg, die heuer vor 150 Jahren geboren und zu einer der prägendsten Akteurinnen unse-

rer Bewegung wurde. Anlässlich dieses Jubiläums hat der Bildungsverein der KPÖ Steiermark gemeinsam mit dem Frauenarbeitskreis der steirischen KP und befreundeten Organisationen eine Broschüre herausgebracht, die Leben und Werk der Rosa Luxemburg auf knapp 40 Seiten nachzeichnet.

Das Hervorheben der politischen Ideen von Rosa Luxemburg, ihres Wirkens zu Lebzeiten und eine Einbettung dessen in heutige Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung ist die wohl schönste Art, an sie zu erinnern. Diese Herangehensweise bewahrt zudem davor, in Nostalgie zu verfallen oder sich in biografischen Details zu verlieren. Darin liegt eine der großen Stärken der Broschüre, die von Anne Rieger verfasst wurde.

Sich vor Augen zu führen, wofür Rosa Luxemburg eingestanden ist und aus welchen Gründen sie das tat, kann für jene, die sich zum ersten Mal mit Rosas Wirken auseinandersetzen, ebenso nützlich sein wie für jene, die der ArbeiterInnenbewegung und dem marxistischen Denken schon länger nahestehen. So richtet sich die Broschüre ebenso an Leute, denen der Name Luxemburg vielleicht gar nichts sagt, wie an solche, die sie zum Anlass nehmen wollen, erneut in ihr Werk einzutauchen. Denn gerade in den letzten Jahren begegnet einem Rosa Luxemburg selbst im Mainstream-Diskurs gar nicht selten – wobei sie beinahe ebenso oft verkürzt rezipiert oder gar gänzlich falsch dargestellt wird, um sie gegen jene in Stellung zu bringen, für die sie bis zu ihrer Ermordung gekämpft hat. So ist es auch schon passiert, dass eines der berühmtesten Zitate Luxemburgs, „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, als ein Plädoyer für die bürgerlich-liberale Demokratie entstellt wurde.

Dabei hatte sich Rosa Luxemburg ganz und gar der ArbeiterInnenklasse verschrieben. Auch wenn sie die Kritik nach innen kompromisslos vorbrachte, war der Gegner ist, was das Ziel ist, war immer klar. Diese Haltung brachte sie schon in ihrer Schulzeit zum Ausdruck. So etwa in einem Gedicht, das in der Broschüre zitiert wird: „Für diejenigen fordere ich Strafe, die heute satt sind, die in Wollust leben, die nicht wissen, nicht fühlen, unter welchen Qualen Millionen ihr Brot verdienen.“ Diese Stringenz in ihrem Denken und ihrer politischen Aktivität wird in der Broschüre von Anne Rieger schön herausgearbeitet.

In kurzen Kapiteln werden sowohl die wichtigen Stationen in Rosa Luxem-



Die Broschüre kann kostenlos beim Bildungsverein der KPÖ Steiermark bestellt werden: <http://kpoe-bildungsverein.at/150-jahre-rosa-luxemburg>

burgs Leben – Polen, die Schweiz, Deutschland – wie auch Kernelemente ihrer politischen Tätigkeit skizziert. Im Zuge dessen wird versucht, die historisch-politischen Umstände zu umreißen, in denen Luxemburg agierte. Genauer eingegangen wird auf Luxemburgs Kampf gegen Militarismus und Krieg sowie auf ihren Einsatz für die Gleichberechtigung der Frau, aber auch auf ihr Eintreten gegen den einschleichenden Revisionismus in der eigenen Bewegung. Gut herausgearbeitet wird ebenfalls, wie Luxemburg dies in das Ringen um eine sozialistische Massenbewegung einbettete, die stets das Ziel hatte, die politische Macht zu erlangen, um die Gesellschaft im Sinne der Arbeiterklasse umzukrempeln.

Anne Rieger schafft es in der Broschüre auch, diese zentralen Elemente in Luxemburgs Denken nicht nur historisch zu betrachten, sondern aufzuzeigen, wie aktuell diese heute noch sind. So wird zum Beispiel im Kapitel „Frauenleben & Frauenwahlrecht“ anhand von „Tatsachen aus der Weiberwelt“ (Zitat Luxemburg) anno 2021 nachgewiesen, wie viel es noch zu erkämpfen gilt. Umso eindringlicher erscheint, wieviel wir von Rosa Luxemburg immer noch mitnehmen können. Nicht umsonst bot der Internationale Frauentag heuer eine gute Gelegenheit, die Broschüre großflächiger unter die Leute zu bringen.

Die Broschüre schafft es, die zentralen Positionen Rosa Luxemburgs stringent nachzuzeichnen, die bis heute unerlässlich

licher Bestandteil jeder Organisation der Arbeiterbewegung sein sollten, die Mittel und Wege sucht, diese Gesellschaft grundlegend zu verändern – so schwierig dies manchmal auch erscheinen mag. Und so endet die Broschüre auch nicht mit dem Tod Rosa Luxemburgs, sondern mit einem Verweis auf die große Demonstration, die auch heutzutage noch jährlich im Gedenken an Luxemburg und Liebknecht von vielen tausenden Menschen besucht wird. Und mit einem Appell: „Wir brauchen selbstbewusste, aktive Frauen, Engagement gegen Aufrüstung und Krieg sowie für Frieden, Demokratie und Sozialismus.“

ALEXANDER MELINZ

Werner Seppmann: Das Elend der Philosophie. Über Louis Althusser. Kassel: Mangroven Verlag 2020, 381 S., 27 Euro

Immer wieder ist das Kontinuum von Emanzipation und Befreiung, der ewige Kampf gegen Unterdrückung, auch von innen ausgehöhlt worden. Falsche Fahrten wurden dabei gelegt, Irrwege vorangetrieben und das große Ziel im Dienst bestehender Ausbeutung verschleiert. Meist geschieht diese Destruktion unter dem Vorwand der Klärung; ein „wahrhaft progressiver“ Kern soll in die Analyse der Verhältnisse angeblich Bewegung bringen. In Wahrheit aber wird nur Sand ins Getriebe gestreut. Inkludiert in diesem Unterfangen ist ein Absolutheitsanspruch, das dreist behauptete Monopol an der Wahrheit. Eine Subversion, die auch und vor allem den Marxismus trifft, dem in Revisionismus und Relativierung ständige Begleiter erwachsen. Ein großes Verdienst um die Aufdeckung solch eines Mechanismus der Zerstörung erwarb sich nun an zentraler Stelle der marxistische Soziologe und Philosoph Werner Seppmann. Der Punkt, an dem er das unternahm, hat einen Namen: Louis Althusser. An ihm expliziert Seppmann „Das Elend der Philosophie“. Ein prominenter Titel für ein Stück Theorie, dem der Autor aber auf bemerkenswerte Weise gerecht wird.

Sein Gegenstand mutet ebenso destruktiv wie erfolgreich an, denn: „seit über einem halben Jahrhundert ist Louis Althusser (1918–1990) eine einflussreiche Stimme innerhalb der internationalen Marxismus-Diskussion“ (S. 11). Was nicht unterschätzt werden sollte – und Seppmann tut es nicht. Er seziiert über fast 400 Seiten Althusser vielbeachtetes Denken und entblößt es als banalen Strukturalismus, in dem das täti-

ge Subjekt – nebst aller sich darauf beziehender Dialektik – einfach verschwindet. Nach der Lektüre von „Das Elend der Philosophie“ stellt sich daher die dringliche Frage, warum Althusser von allzu Vielen immer noch als „marxistische Lichtgestalt“ und als „Garant einer

Neufundierung marxistischen Denkens“ gesehen wird. Insbesondere nennt Werner Seppmann in diesem Zusammenhang den Kreis um Wolfgang Fritz Haug.

Im Zuge der Dekonstruktion dieses gefährlichen theoretischen Irrlichterns, die Seppmann Baustein für Baustein vornimmt, bedient er sich zuweilen durchaus auch deftiger, ja provokanter Ausdrücke. So ist auf Seite 67 die Rede von einer „kopflösen Althusser-Gemeinde“ und einer „intellektuellen Selbstdemontage“ des Meisters. Variantenreich kreist seine Kritik dabei immer wieder um das zentrale Moment des destruierten Subjekts. Er legt frei, dass Althusser und seine auch heute noch zahlreichen Jünger in Sichtweisen verhaftet sind, „die den Kapitalismus auf einen unüberschreitbaren Mechanismus der Selbstreproduktion reduzieren“ (S. 95). Damit steht das Determinationsgefüge dem handelnden Akteur quasi als unüberwindliches Hindernis im Wege – nichts geht mehr! Aber nicht nur das: Ein Verständnis gesellschaftlicher Erscheinungen, hier ist vordergründig Kapital und Kapitalismus gemeint, als Folge gesellschaftlicher Beziehungen zwischen Menschen, wird ausgelöscht.

Das Ergebnis der von Althusser vollzogenen inneren Aushöhlung ist demnach, so schließt Seppmann, eine „Entkernung des Marxismus“. Daraus folgt die Demontage des praxistheoretischen Fundaments und damit die „Beschädigung seiner antikapitalistischen Artikulationsfähigkeit“ (S. 11). Der Marxismus als Waffe wird somit stumpf. Das ist der speziell Althusser'sche Sand im Getriebe des Kontinuums von Emanzipation und Befreiung, an dessen evolutionärem Gipfel bis heute die unverfälschte Kapitalismus-Analyse von Marx und Engels steht. Genau diese Spitze aber zu brechen, ist – wie Seppmann verdeutlicht – die objektive, letztendlich entscheidende Folge des Denkens von Althusser. Um die Endkonsequenz eines solchen Ansatzes zu demonstrieren, bemüht der Autor ein in



Werner Seppmann (1950–2021)

seiner zuspitzenden Transparenz unüberbietbares Wort des Kasseler Politikwissenschaftler Alexander Gallas: „Kapitalismuskritik wird damit so sinnvoll wie die Kritik am schlechten Wetter.“ (S. 96).

Folgerichtig sieht Seppmann in Althusser's Ansatz ein prägendes theoretisches Paradoxon. Eines, in dem das Verständnis von Menschen „als Handlungssubjekte, die einerseits zwar von den sozio-ökonomischen Umständen geprägt sind, aber gleichzeitig auch als Schöpfer dieser Verhältnisse begriffen werden müssen“ verloren geht. Bei Althusser ist gerade eine solche Dialektik von Subjekt und Objekt ausgeschlossen, wird das Subjekt zum bloß Unterworfenen erniedrigt. Seppmann belegt das unter anderem mit dem Diktum Althusser's, dass „die Produktionsverhältnisse (und die politischen und ideologischen Verhältnisse einer Gesellschaft) [...] die wahren Subjekte seien.“ (S. 177) Damit ist die Gesellschaft gegenüber dem Individuum wieder als Abstraktion fixiert. Das Bewusstsein aber degeneriert dadurch auch zum „völlig passiven Zuschauer einer gesetzmäßigen Bewegung der Dinge, in die es unter keinen Umständen eingreifen kann“ (Georg Lukács). Daher geht auch die Kategorie der Totalität bei Althusser unwiederbringlich in Verlust: Eine substantielle Homogenität von Objekt und Subjekt verschwindet zwangsläufig.

Werner Seppmann zeigt auch ein ums andere Mal, dass Althusser immer wieder auf groteske Weise das Gegenteil von dem postuliert, was seine „Neue Marx-Lektüre“ inhaltlich tatsächlich leistet. Sieht man, wie er es unternimmt, zum Beispiel „die Produktionsverhältnisse“ als die wahren Subjekte in der menschlichen Welt, mutet seine zuweilen arg ins Praktizistische abgeleitende Auffassung grotesk an. Auf ebenso hierarchische wie mechanistische Weise spricht Althusser nämlich von einem Primat der Praxis vor der Theorie. Im „Elend der Philosophie heißt es dazu nur

lapidar: Das „entspricht nicht der Marx-schen Vorstellungswelt, sondern entstammt dem Arsenal des ‚Lehrbuch-Marxismus‘“. Eines äußerst schädlichen Lehrbuch-Marxismus, voll von falsch verstandener Orthodoxie, ist man verleitet zu ergänzen.

Seppmanns „Das Elend der Philosophie“ zu lesen erscheint, möchte ich sagen, unerlässlich, um im modernen Marx-Diskurs die Orientierung zu behalten. Vor allem, weil er schlüssig entlarvt, dass Althusser weder eine Weiterentwicklung bzw. Erneuerung Marx’schen Denkens noch einen Weg zu dessen wahrer Intention darstellt, sondern eben eine bloße Verunreinigung. Diese äußert sich auch, wie der Autor detailgenau herausarbeitet, in einer konstruierten Differenzierung zwischen „dem Marx der frühen Phasen und dem Meister der Kapital-Studien“ (S. 65). Ein Unterfangen Althusser’s, das aus dessen Perspektive durchaus Sinn und Zweck besitzt, denn: Nur auf solch einer Basis

lässt sich dann (auch noch unbelegt) eine, wie ich meine, ungeheuerliche Behauptung aufstellen: Nämlich jene von Althusser vertretene, dass Marx sich „von seinem humanistischen Menschenbild und letztlich auch von seinem historisch-materialistischen Methodenverständnis“ (S. 65) späterhin einfach verabschiedet habe. Der eigentlich befreiende Impetus seines Denkens verkommt hier also zur bloßen Jugendsünde.

Wichtig an Seppmanns Werk erscheint aber nicht nur diese Negation falschen Denkens. Vielmehr ist es im Besonderen der gleichzeitige Verweis darauf, an welchen Punkten die aktuelle Marx-Debatte positiv anknüpfen muss, um wieder gesellschaftliche Relevanz zu erlangen. Das sind Praxisorientierung sowie die Dialektik von tätigem Subjekt und dessen vorgegebenem Handlungsrahmen. In dessen Grenzen ist der Mensch frei, seine Welt zu gestalten. Genau das herauszuarbeiten, wird von Seppmann in der Auseinandersetzung mit einem

mechanistischen Strukturalismus auf vorbildliche Art geleistet.

Dabei platziert er allerdings Althusser und den östlichen, realsozialistischen Marxismus immer wieder – nicht ganz zu Unrecht – im selben Boot. Das bedeutet aber, meiner Ansicht nach dennoch, Ungleiches als gleich zu sehen. Immerhin handelte es sich im Osten nicht um eine intellektualistische Marotte, sondern wenigstens um den Versuch, Sozialismus in der Praxis zu etablieren. Ein Versuch, der eben auch an bleiern mechanistisch-strukturalistischem Denken scheiterte. Deshalb ist er nun ja Geschichte. Aber, im Gegensatz zu Althusser, ist dies ein Teil unserer Geschichte, nämlich der Geschichte der Arbeiterbewegung!

MICHAEL WENGRAF

Peter Veran: Plädoyer eines Märtyrers. Eine Grotteske. Wien: Promedia-Verlag 2021, 174 S., 17,90 Euro

Acht Geschworene, drei Berufsrichter, Staatsanwältin und Verteidiger – und der Angeklagte, ein nach 86 Jahren Exhumierter und auf wundersame Weise Wiederbelebter. Die vorsitzende Richterin eröffnet die Hauptverhandlung und nimmt die Personalien des Angeklagten auf:

Geboren? 1892, Texing, Erzherzogtum Österreich unter der Enns.

Wohnort? Historisches Grab Wien-Hietzing.

Beruf? Märtyrerkanzler.

Die Anklageschrift reicht von vielfachem Mord und anderen Verbrechen gegen Leib und Leben über die Nötigung der obersten Staatsorgane und der Justiz bis zur massenhaften Freiheitsentziehung, Landfriedensbruch, Missbrauch der Amtsgewalt und schwerer Sachbeschädigung (durch die Beschließung von Wohnhäusern). Der Angeklagte, Engelbert Dollfuß, verteidigt sich selbst – in einem stundenlangen Vortrag plädiert er auf Freispruch wegen „entschuldbarem Notstand“ und erläutert der „Frau Rat“ das Notstandsprojekt des Austrofaschismus. Dessen Ziel sei es gewesen, den Einfluss der „Ungeraden“ zu brechen – das waren Sozis, Liberale, Juden und sonstige unchristliche Elemente. Und der Nazi-Konkurrenz musste man sich auch noch erwehren.

Das „Plädoyer des Märtyrers“ verfängt bei der vorsitzenden Richterin nicht. Sie fragt ihn, ob er unterwegs irgendwo ang’rennt ist – formuliert es aber, laut Gerichtsprotokoll, etwas höflicher: „Haben Sie sich, Herr Märtyrerkanzler, auf Ihrem Weg von Ihrer Hietzinger

Ausstellung in der VHS Hietzing „In der französischen Résistance“

Wer waren die österreichischen Frauen und Männer, die in Frankreich in der Résistance kämpften? Sie kamen aus dem Spanischen Bürgerkrieg nach Frankreich oder flohen vor den Nazis über die Berge. Sie

pierten wenige Wochen vor Kriegsende im KZ-Nebenlager Ebensee. Nach der Befreiung marschierten manche mit dem Österreichischen Freiheitsbataillon auf der Ringstraße am Parlament vorbei, lebten wieder in Österreich oder blieben in Frankreich, manche übersiedelten nach Israel.

In der Ausstellung „Österreicherinnen und Österreicher in der französischen Résistance 1940–1945“ dokumentiert der Historiker Dr. Hans Schafranek 18 Lebenswege von im Widerstand Tätigen. Fünf von ihnen wurden von den Nationalsozialisten ermordet. Dokumentiert werden die Lebenswege von Ludwig („Luigi“) Beer, Melanie Berger, Lolly Eckhard, Elisabeth Eidinger, Max Goldberger, Josef Gradl, Johann Gredler, Oskar Grossmann, Anna Grün, Karl Hartl, Otto Heller, Paula Kaufmann, Franz Marek, Josef Meisel, Alfred Ochshorn, Georg Scheuer, Tilly Spiegel und Leo Trinczer.

Die Ausstellung besteht aus 21 Tafeln und ist bis Ende September 2021 in der VHS Hietzing zu besichtigen. Hofwiesengasse 48, 1130 Wien
Ebook: <https://www.vhs.at/de/e/hietzing/resistance>



waren interniert in Gurs, Saint-Cyprien, Mont-Louis und Le Vernet. Manche wurden aus Gefängnissen befreit oder es gelang ihnen die Flucht aus de, Konzentrationslager Auschwitz. Sie arbeiteten in Dienststellen der Wehrmacht in Nancy, unterstützten jüdische Flüchtlinge, streuten Flugzettel, bereiteten Sprengstoffanschläge vor, versuchten Soldaten als Bündnispartner zu gewinnen oder kamen getarnt als französische FremdarbeiterInnen wieder zurück in die „Ostmark“. Sie wurden in Dachau gehenkt, verschwanden im Folterkeller von Klaus Barbie in Lyon oder kre-

Grablege hierher vielleicht irgendwo, an einer Litfaßsäule etwa [...] etwas heftiger gestoßen?“

Beim Autor dieser Groteske handelt es sich um den Juristen und Historiker Werner Anzenberger, leitender Angestellter der steiermärkischen Arbeiterkammer für Arbeiter und Angestellte, steirischer Landesvorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen und Vizepräsident des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes*. Als Schriftsteller hat er sich den französisch klingenden Namen Veran zugelegt. Die Verwendung des Pseudonyms ermöglicht ihm dichterische Freiheiten, die ihm seine gesellschaftlichen Funktionen und seine wissenschaftliche Akribie nicht erlauben würden. Dennoch fließt beides – nämlich das profunde Wissen des Sozialpolitikers über gegenwärtige Entwicklungen sowie Anzenbergers Arbeit als Historiker, insbesondere bei der Erforschung des Februar 1934 und der austrofaschistischen Diktatur 1933/34 bis 1938 – in diese literarische Groteske ein. Dollfuß' fiktives Plädoyer behandelt nicht nur zahlreiche wenig bekannte Details bei der Installierung des so genannten „Ständestaates“ und darüber hinaus von unterschiedlichen Aktionen der antisozialen, demokratiefeindlichen Kräfte seit 1918, sondern bietet dem Autor auch Gelegenheit, den Austrofaschismus in die ultrareaktionären Bewegungen im Europa der Zwischenkriegszeit einzuordnen.

Vom Mai 1932 bis zu seiner Ermordung im Juli 1934 war Engelbert Dollfuß Bundeskanzler einer Koalitionsregierung aus Christlichsozialen (die sich als Partei des „politischen Katholizismus“ verstanden) und austrofaschistischen Heimwehren. 1933 schaltete seine Regierung Parlament und Verfassungsgerichtshof aus und regierte mit „Notverordnungen“. Nach der militärischen Niederwerfung der Sozialdemokratie im kurzen Bürgerkrieg des Februar 1934 verkündete Dollfuß im April 1934 „im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht“, dass das österreichische Volk „für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage“ ab 1. Mai eine neue Verfassung erhält. Die parlamentarisch-demokratischen Gewaltenteilung in Gesetzgebung, Vollziehung und Rechtsprechung wurde durch ein System ersetzt, das sich ideologisch an einem romantischen Bild der Zünfte des Mittelalters und realpolitisch am italienischen Faschismus orientierte. Am 25. Juli 1934 fiel er einem von Hitler-Deutsch-

land unterstützten Putschversuch österreichischer Nationalsozialisten zum Opfer. Seine AnhängerInnen stilisierten ihn daraufhin zum „Martyrerkanzler“, das so genannte Dollfuß-Lied wurde zur inoffiziellen Hymne des „Ständestaats“: „[...] Ein Toter führt uns an. / Er gab für Österreich sein Blut, / Ein wahrer deutscher Mann / [...] Mit Dollfuß in die neue Zeit“.

Von seinen politischen Gegnern wurde Dollfuß vielfach unterschätzt und auf Grund seiner Physiognomie (er war gerade 1,51 m groß) als „Millimetternich“ verhöhnt. Der studierte Rechtswissenschaftler war jedoch ein gewiefter Taktiker und die talentierteste und durchsetzungskräftigste Führungsfigur der Rechten in Österreich.

Im Ersten Weltkrieg hatte sich der junge Oberleutnant an der Dolomitenfront bewährt (er erhielt insgesamt acht Tapferkeitsmedaillen). Als Student war Dollfuß Mitglied der katholischen Studentenverbindung Franco-Bavaria Wien und Mitbegründer der „Deutschen Studentenschaft“, die bald an den meisten Universitäten in Deutschland und Österreich den Alleinvertretungsanspruch als Organisation der studentischen Selbstverwaltung durchsetzen konnte. Als Vertreter der Franco-Bavaria stellte Dollfuß 1920 auf der Generalversammlung des Cartellverbands den Antrag, dass Mitglieder des CV „deutsch-arischer Abstammung, nachweisbar bis auf die Großeltern“ sein müssen und bis zur Generation der Großeltern keine direkten jüdischen Verwandten haben dürfen. Dollfuß' Antrag wurde im CV zwar abgelehnt, aber die „Deutsche Studentenschaft“ entwickelte sich zu einer deutsch-national-rassistischen Kampforganisation, die die Universitäten von „zersetzenden“, „deutschfeindlichen“ Elementen zu säubern trachtete.

Beruflich und politisch fand Dollfuß seine Heimat im Niederösterreichischen Bauernbund, sein Organisationstalent führte ihn an die Spitze der Landwirtschaftskammer, wo er sich für Marktordnungsgesetze einsetzte und das landwirtschaftliche Bildungswesen ausbaute.

Aus seiner Sozialisation in der „Deutschen Studentenschaft“ wird verständlich, warum Dollfuß Österreich als „Vorposten des Deutschtums“ sah, und zwar auch noch, als er sich – seit seinem Amtsantritt als Bundeskanzler – gegen massiven politischen und ökonomischen Druck aus Berlin stemmte. Diese Politik der Abgrenzung von Deutschland setzte schon vor Hitlers Machtübernahme ein, verschärfte sich aber 1933. Die öster-

reichische Regierung konnte dabei auf die Unterstützung durch die italienischen Faschisten zählen. Erst mit der Herstellung des Bündnisses zwischen Mussolini und Hitler 1936 (der so genannten „Achse Rom–Berlin“) verlor der austrofaschistische „Ständestaat“ die Rückendeckung durch Italien. Dollfuß' Nachfolger Kurt Schuschnigg kapitulierte schließlich 1938 vor Hitler.

Das ist der historische Hintergrund, vor dem Peter Veran seinen literarischen Text entwickelt. Dollfuß' Plädoyer ist jedoch keine seriöse Nacherzählung des tatsächlichen historischen Geschehens, sondern – wie der Untertitel sagt – eine Groteske. Der groteske Charakter des Texts ergibt sich in erster Linie aus der Konfrontation der historischen Figur mit der politischen Gegenwart Österreichs im Jahr 2020, in dem der fiktive Prozess stattfindet. Dass der wieder zum Leben erweckte Dollfuß mit den Augen eines reaktionären Politikers der 1930er Jahre die politischen Entwicklungen im gegenwärtigen Österreich kommentiert, erzeugt einige witzige Pointen. Wiederholt erkennt der „Martyrerkanzler“ Parallelen zwischen seinem eigenen „Projekt“ und dem, was die türkis-blaue Koalitionsregierung 2018/19 umzusetzen trachtete. Diskutabel ist, dass der Autor zwar auf so manche Ähnlichkeiten zwischen Sebastian Kurz und Engelbert Dollfuß aufmerksam macht, dass er aber an einer Reihe von Beispielen darlegt, dass für ihn die wahren Nachfolger der Austrofaschisten die Freiheitlichen sind: Ihnen zollt der wiederauferstandene „Martyrerkanzler“ uneingeschränktes Lob.

Bei dieser Parallelführung der politischen Entwicklungen in den 1930er Jahren und in der Gegenwart gelingen Peter Veran teilweise köstliche Sprachbilder – etwa, wenn er (auch mit Bezug auf die antisoziale Rhetorik der FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein) die austrofaschistische Sozialpolitik als „Heilfasten“ etikettiert (S. 96) oder darauf verweist, dass man im Kampf gegen „landfremde“ Arme immer wieder sieht, „ewig gestrige und damit jahrhundertlang bewährte soziale Gestaltungsinstrumente bleiben doch ewig jung“ (S. 37).

Das Eis, auf dem sich der Autor bewegt, ist jedoch sehr dünn: Nicht jeder Vergleich ist stimmig, die anachronistische Vermischung der Sprachebenen gelingt meist nur dann, wenn er den Angeklagten betonen lässt, dass er jetzt einen Begriff gebraucht, der dem gegenwärtigen Polit-Sprech entnommen ist. Manchmal stolpert man über allzu



schnoddrig verwendete Begriffe wie „Mussoloni hat uns super Tipps gegeben“, oder der Autor vermischt Sprachbilder der Vergangenheit mit Kampfbegriffen der heutigen Rechten. Die Heimwehren verwarfen in ihrem „Korneuburger Eid“ von 1930 „den westlichen demokratischen Parlamentarismus“, was sich in erster Linie auf Frankreich und England bezog. Paul Veran macht daraus das Sprach-Ungetüm „gutmenschlicher Westen“ (S. 23). Manches ist auch innerhalb des Textes nicht stimmig: Einerseits arbeitet der Autor – witzigerweise auch in der Konfrontation des Angeklagten mit der „Frau Rat“, der vorsitzenden Richterin – an zahlreichen Beispielen Dollfuß’ rückwärtsgewandtes Frauenbild heraus, andererseits passiert ihm ein Lapsus wie der Begriff „Leghennen“ (S. 52), der eher zu der von den Nationalsozialisten propagierten „Kinderproduktion“ nach modernen hygienischen Standards als zum vormodernen Familienideal der Austrofaschisten passt.

Dollfuß’ Plädoyer für sein österreichisches „Notstandsprojekt“ erläutert auch, wie der Autor den Austrofaschismus einordnet – auch in Abgrenzung vom Nationalsozialismus: „Dass der Hitler sein Sendungsbewusstsein einfach nicht halbwegs vernünftig in Schranken halten, unseren faschistischen Pluralismus, von Portugal bis ins Baltikum, nicht akzeptieren und leben konnte, war der Anfang vom Ende eines politischen Jahrtausendkonzepts.“ (S. 109)

Dass Peter Veran Dollfuß aber wiederholt von einer „Staffelübergabe“ im März 1938 schwadronieren lässt, obwohl er an anderer Stelle den Terror der Nazis in jenen Tagen thematisiert, erweckt den Eindruck, als sei für ihn die national-

sozialistische Diktatur nur eine graduell verschärfte Fortsetzung des austrofaschistischen Ständestaats. Damit werden Austrofaschismus und Nationalsozialismus nicht als zwei höchst unterschiedliche Ausformungen des – um bei seinem Bild zu bleiben – autoritär-faschistischen „Jahrtausendkonzepts“ dargestellt, sondern bloß als Varianten desselben politischen Systems. Dazu passt auch Dollfuß’ Kommentar zu seiner eigenen Ermordung durch zwei SA-Männer im Bundeskanzleramt im Juli 1934: „Alles in allem erbärmlich, Frau Rat. Da sterb’ ich einen wahren Heldentod, und dann wird das so laienhaft inszeniert. Da sieht man’s wieder. Immer präpotent, die Nazis, die reichsdeutschen sowieso, immer die Nase oben und die Goschen offen. Immer haben sie alles besser gekonnt.“ (S. 110)

WINFRIED R. GARSCHA

Lea Grundig: Elfteiliger Bildzyklus zum Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx und Friedrich Engels. Berlin: Verlag 8. Mai 2020, 126 S., 22,90 Euro

In Berlin ist Ende 2020 eine illustrierte Neuausgabe des Kommunistischen Manifests von Karl Marx und Friedrich Engels erschienen. Sie beruht auf einem Zufallsfund im Keller des Pahl-Rugenstein-Verlags in Bonn, wo Teile des Archivs des Berliner Dietz-Verlags eingelagert waren. In einem Umschlag mit der Aufschrift „Manifest der KP 1969 / nicht veröffentlicht“ waren die Druckfahnen eines bereits fertig gestellten Grafikzyklus’ verborgen. Der *Verlag 8. Mai*, in dem auch die Berliner Tageszeitung *junge Welt* erscheint, erwarb den Fund auf der Leipziger Antiquariatsmesse im März 2019. Die elf farbigen Grafiken hätten 1968, 120 Jahre nach der Erstveröffentlichung des Kommunistischen Manifests, eine Jubiläumsausgabe im Dietz-Verlag illustrieren sollen.

Die Schöpferin dieser Grafiken ist Lea Grundig (1906–1977), die damals Präsidentin des Verbands Bildender Künstler der DDR war. „Ich wollte die Wahrheit des Kommunistischen Manifestes darstellen an den Ereignissen unseres Jahrhunderts. Es sollten also keine Illustrationen des Textes sein, sondern die künstlerische Beweisführung für seine Gültigkeit in unserer Gegenwart“, erläuterte Lea Grundig in einem zeitgenössischem Beitrag.

Andreas Wessel steuert eine Einleitung über Leben und Werk Lea Grun-

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Winfried R. Garscha, Heimo Halbrainer, Alexander Hartl, Peter Malina, Alexander Melinz, Manfred Mugrauer, Elke Renner, Helmut Rizy, Florian Schwanninger, Robert Streibel, Michael Wengraf, Karl Wimpler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

digs bei. Die in Dresden geborene Malerin und Grafikerin gehörte seit 1926 der KPD an. Als Jüdin und Kommunistin verfolgt, gelang ihr 1940 die Flucht nach Palästina. 1949 kehrte sie nach Dresden zurück, wo sie eine Professur für Grafik erhielt. In Wessels Beitrag ist auch nachzulesen, warum das Projekt letztlich nicht realisiert wurde, denn im April 1970 wurde der Vertrag auf Geheiß der SED-Führung gelöst.

70 Seiten des großformatigen Bandes beinhalten das Kommunistische Manifest, die Einleitung hat Dietmar Dath verfasst. „Wenn du gegen das Vorhandene kämpfst, musst du mit der ausgebeuteten Klasse gegen die ausbeutende Klasse kämpfen“, sonst „macht das Kapital die Welt erst zum Arbeits- und Armenhaus, dann zum Backofen, bald zum Schlachtfeld und schließlich zum Friedhof der Gattung Mensch“, so sein abschließender Befund.

MANFRED MUGRAUER